

taz 

die klimazeitung

freitag

20. september 2019

Anzeige

Schon seit 14 Jahren im Streik

Die Klimabilanz der Kanzlerin
14-15

Sonderausgabe zum globalen
Klimastreik mit Luisa Neubauer,
Frank Mastiaux, Eckart von
Hirschhausen, Naomi Klein und
vielen Aktivist:innen
2-28



Zeitung gegen
Dummheit,
Lüge und Hass

Die Tageszeitung
junge Welt 

Am Kiosk. Im Abo. jungewelt.de

Anzeige

ZUSAMMEN
MIT FRIDAYS FOR FUTURE
AUF DIE STRASSEN! **KLIMASTREIK AM
20. SEPT.**

Comments Design/By Freepik

Alle Infos & Orte:
www.klima-streik.org

#Klimastreik

#AlleFürsKlima

V.i.S.d.P.: NaturFreunde Deutschlands, Uwe Hirsch, Warschauer Str. 69a, 10243 Berlin

Der klimapolitische Höhepunkt ihrer bisher vierzehnjährigen Amtszeit: Kanzlerin Angela Merkel 2007 in Grönland Foto: Daniel Biskup/laif

Ausgabe Berlin
Nr. 12040
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch
19.353

GenossInnen, die
in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38

Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de



Draußen Panik, drinnen Pillepalle

Der Klimagipfel in New York zielt nicht auf Entscheidungen, sondern auf gute Stimmung. Die UNO sucht neue Allianzen, denn Trends und Politik gehen in die falsche Richtung

Von **Bernhard Pötter**

Schon der offizielle Titel ist eine Mogelpackung: Ein „Klima-Aktionsgipfel“ wird das Treffen, zu dem UN-Generalsekretär Antonio Guterres die Staats- und Regierungschef am 23. September nach New York eingeladen hat, sicher nicht. Es sind keine Beschlüsse oder neue Hilfgelder vorbereitet. Die „Action“ beim Klimaschutz findet anderswo statt – beim weltweiten Protest von Millionen Menschen, bei den Warnungen der Wissenschaft, bei lokalen und regionalen Maßnahmen von Firmen, Gemeinden und Staaten.

Guterres hat von den Staatsoberhäuptern Ideen verlangt, „wie wir die Emissionen radikal reduzieren, um zur Mitte des Jahrhunderts globale Null-Emissionen zu erreichen“. Von etwa 100 Ländern sind solche Erklärungen zu erwarten, aber entscheidende neue Ideen von den großen Klimasündern sind nicht bekannt. Angela Merkel will die Beschlüsse des Klimakabinetts vorstellen.

Für die UNO lautet die Devise: „Push back the Push back“: Sich gegen den Rückwärtsgang in der internationalen Klimapolitik zu stellen. „Es braucht neue Bündnisse, weil die alten nicht mehr funktionieren“, sagt Dirk Messner von der UN-Universität in Bonn. Denn der Medienhype um die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg, die in New York reden soll, zeigt auch, wie wenig derzeit in der globalen Klimapolitik passiert. Vier Jahre nach der umjubelten Verabschiedung des Pariser Abkommens und ein Jahr, bevor die UN-Staaten neue, verbesserte Klimapläne vorlegen müssen, fehlt die Dynamik.

Guterres versucht dagegen zu halten. Seit seinem Besuch in der Südsee im Frühjahr hat er in der UNO die Order ausgegeben, offiziell von „Climate Emergency“ zu sprechen. Er forderte in einem Brief an alle Staatsoberhäupter, keine neuen Kohlekraftwerke ab 2020 zu bauen, ihre Subventionen für fossile Brennstoffe (indirekt laut Weltwährungsfonds etwa 5 Billionen Dollar jährlich) zu streichen, CO₂ einen Preis zu geben und bis 2050 „klimaneutral“ zu



Greta Thunberg besucht nach ihrer Atlantiküberfahrt am 30. August die Vereinten Nationen in New York
Foto: Mary Altaffer/ap

aus dem Pariser Abkommen austreten. Zwar erfüllen die CO₂-Einsparungen von US-Staaten, Städten und Unternehmen einen großen Teil der US-Zusage aus dem Pariser Abkom-

Die USA, China, Indien und Brasilien bremsen, die EU ist nicht bereit

men. Aber die USA haben ihre Führungsrolle aufgegeben und einen Handelskrieg mit China vom Zaun gebrochen. Der Lieferer der chinesischen Führung den Anlass zu einer Warnung: Angesichts von Handelsstreit und Hongkong-Krise werde Peking kaum schärfere Klimaziele verkünden.

Damit fallen die zwei Akteure aus, die in Paris für einen Erfolg gesorgt haben. Die EU, dritter großer Player im Klimapoker, ist kaum sprechfähig. Die desi-

gnierte Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat zwar versprochen, das Klimaziel der EU von 40 auf „mindestens 50 Prozent“ bis 2030 zu heben. Doch ihre Kommission ist noch nicht im Amt. Derzeit werden die Warnungen der Wissenschaft immer lauter (siehe Seite 10).

Im Globalen Süden wiederum, der inzwischen für fast 60 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist, wächst die Blockadehaltung der Schwellenländer, die ihr Nichtstun mit dem Nichtstun der Industriestaaten begründen. Erst Mitte August schrieben die Umweltminister von China, Indien, Südafrika und Brasilien an Guterres, erst einmal sollten die Industriestaaten ihre Verpflichtungen einhalten. Zu Hause strengen sich manche durchaus an: China investiert so viel Geld wie sonst niemand in Wind und Solar, Indien ist bei seinem ehrgeizigen Solarziel auf Kurs. Aber Brasiliens Staatspräsident Jair Bolsonaro, der den Klimawandel leugnet, hat zumindest fahrlässig die vernichtenden Waldbrände am Amazonas angefacht. Und seine Regierung blockiert seit einem Jahr die UN-Klimaverhandlungen bei der Frage eines internationalen Emissionshandels.

Auch anderswo ist „Climate Action“ ein politisches Verliererthema: Der kanadische Premier Justin Trudeau zittert um seine Wiederwahl im Herbst, sein Herausforderer hat angekündigt, die Klimapolitik zu stützen. In Australien ist seit Mai wieder einmal eine Regierung der Klimaskeptiker am Ruder. Und Japan hängt weiter an der Kohle.

Die Lichtblicke sind spärlich: Große Fortschritte in Großbritannien, Schweden und Norwegen, Russland steht offenbar kurz davor, dem Pariser Abkommen beizutreten. Der Papst hat wieder einmal die Politik zum Klimaschutz aufgefordert, und über 50 internationale Konzerne preisen das 1,5-Grad-Ziel. Immer mehr kleinere Länder erklären, bis 2050 klimaneutral sein zu wollen, auch Deutschland und die EU sind dabei.

Auch wenn sich in New York die Staatenlenker gegenseitig beklatschen, auch wenn Millionen Menschen für besseren Klimaschutz demonstrieren – die vorherrschende „Action“ in der Atmosphäre ist nach wie vor der fast unbegrenzte Ausstoß von CO₂. Weltweit sind die Emissionen nach einer kleinen Pause seit 2016 wieder angestiegen. 2018 um 2,7 Prozent.

Wer streikt wie wo

„Wir wollen den 20. September zum größten globalen Klimastreik aller Zeiten machen“, steht auf der Homepage von Fridays for Future. Im Moment sieht es so aus, als ob das Gelingen könnte: Bisher sind in 129 Staaten und mehr als 2.000 Städten Proteste angekündigt. Ob Fridays for Future, Parents for Future oder All for Future – sie rufen zum bereits dritten weltweiten Klimastreik auf. Neu ist, dass nicht nur Schüler:innen, sondern alle 7,7 Milliarden Menschen zum Ausstand eingeladen sind. Die Kundgebung mit der meisten Aufmerksamkeit wird wohl in **New York** stattfinden: Dort streikt die schwedische Aktivistin Greta Thunberg im Vorfeld des UN-Sondergipfels am 23. September. Um 12 Uhr findet dort eine Versammlung am Foley Square statt, um 13 Uhr zieht die Demo weiter zum Battery Park, wo von 14.30 Uhr bis 17 Uhr eine Kundgebung läuft. Auch in Deutschland sind mehr als 450 Aktionen und Demonstrationen geplant: In **Berlin** rechnet man mit 10.000 Beteiligten. Zwischen 12 Uhr und 16 Uhr sind Kundgebungen am Brandenburger Tor geplant. Zwischen 12 Uhr und 16 Uhr sind Kundgebungen durch die Stadtmitte. In **Hamburg** am Jungfernstieg, in **München** am Königsplatz und in **Köln** am Hans-Böckler-Platz werden mehrere tausend Demonstrierende erwartet. Große Kundgebungen gibt es auch in **Düsseldorf** am Corneliussplatz, in **Bremen** am Hauptbahnhof und Marktplatz sowie in **Leipzig** am Augustusplatz.

Weltweit starten an diesem Freitag viele unterschiedliche Aktionen von FFF: Im tunesischen **Sfax** beginnt ein Müllsammel-Event. In **Pavia**, Italien, wird erst am morgigen Samstag sauber gemacht. Auf einer FFF-Demo am 27. September werden in Pavia 1.000 Menschen erwartet.

Um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen, werden sich die Menschen in der irakischen Hauptstadt **Bagdad** am Freitag zehn Minuten lang auf den Boden legen. In Japans Kapitale **Tokio** streiken Unternehmen und Privatpersonen – 1.000 Menschen werden erwartet. In der südkoreanischen Hauptstadt **Seoul** rechnet man mit bis zu 5.000 Demonstrierenden. Dort gibt es neben Seminaren und Reden von 11 bis 12 Uhr auch Sportaktivitäten wie „Kohle-Völkerball“.

In der mongolischen Hauptstadt **Ulan-Bator** wird mit 500 bis 1.000 Personen gerechnet. Dort erwartet Protestierende eine Fotostation, eine Ausstellung mit recycelter Kunst und Informationen über minimalistischen Lebensstil.

Im **Bukarest** werden zwischen 2.000 und 3.000 Menschen erwartet. In der rumänischen Hauptstadt wird ein Flashmob, ein Banner-Workshop und eine Demo durch einen Park organisiert, in dem der Stadtrat gesunde Bäume abholzen möchte.

Nicole Opitz



medienbündnis

Covering Climate Now

ist eine Initiative von rund 220 Redaktionen weltweit, die in der Woche vor dem Klimagipfel der UNO Beiträge zum Thema Erderwärmung veröffentlichen, die andere Medien kostenfrei übernehmen dürfen. Auch die taz ist dabei. Wir haben unsere Berichterstattung zum Klima deshalb noch einmal verstärkt – heute anlässlich des weltweiten Klimastreiktags und der Vorstellung der Ergebnisse des Klimakabinetts auf die gesamte Ausgabe.

editorial

Aufstand gegen die Schlafwandler

Alle Welt diskutiert, streitet und streikt sogar an diesem Freitag für das Weltklima. Millionen an Tausenden Orten treten in den Ausstand, um eine verschärfte Klimapolitik für die Rettung des Planeten einzufordern. In wenigen Tagen redet Greta Thunberg beim Klimagipfel der UNO in New York. Nach zähen Jahrzehnten ahnen wir eine Art globale Einigkeit von unten: dass das Pariser Ziel von höchstens 1,5 Grad Erderwärmung nicht überschritten werden darf – trotz Trump und AfD. Es gründen sich nicht nur Ortsgruppen von Fridays for Future, auch solche von Eltern, Großeltern, Unternehmern und sogar Yoga for Future. Aktivist:innen kleben sich auf Straßenkreuzungen fest, blockieren die Automesse IAA, die VW-Zentrale in Wolfsburg, Düngemittelfabriken. Interessierte veranstalten Bootstouren fürs Klima, Klimaandachten, Baumpflanz-, Kunstaktionen, Fahrraddemos und Klimacamps. Das Problem der menschengemachten Erderwärmung ist bei vielen Verursachern angekommen. Endlich. Ob es an den tückisch-schönen Sommern liegt oder an der unglaublichen Welle, die eine 16-jährige Schülerin aus Stockholm verursacht, ist dabei fast unerheblich.

An der taz liegt das neue globale Momentum für die Akzeptanz des Klimanotstands jedenfalls nicht. Diese kleine Zeitung hat das Thema nämlich bereits seit ihrer Gründung beackert. Bereits am 19. Juni 1979 berichten wir in der Rubrik „Ökologie“ auf Seite 8: „Fast unumstritten war auf der ersten Weltklimakonferenz, die die Weltorganisation für Meteorologie in Genf abhielt, die These, daß die Verschmutzung der Atmosphäre durch den immer größeren Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) einen ‚Treibhauseffekt‘ entstehen läßt, mit Konsequenzen, die sich heute noch nicht abschätzen lassen.“ Fazit vor gut 40 Jahren: „Was aber noch fehlt, ist die direkte Umsetzung der wissenschaftlichen Informationen in das gesellschaftliche Bewußtsein.“

Da sickert es also gerade hin. Vier Jahrzehnte später. Aber machen wir uns nichts vor: All die Aufrufe, Aufmärsche und Aufregungen interessieren die Physik der Atmosphäre da draußen überhaupt nicht. Für echte Klimapolitik gibt es nur eine Währung: sinkende CO₂-Werte weltweit. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Weil sich inzwischen viele Länder mit Kohle, Öl und Gas aus der Armut befreien – wie wir in den reichen Ländern einst auch. Das Problem wird so größer statt kleiner. Die Industriestaaten tragen auf jeden Fall die Verantwortung. Sie haben sich zu lange vor echtem Klimaschutz gedrückt.

Die Hoffnung, die sich mit Fridays for Future verbindet, ist ein Aufstand gegen dieses Schlafwandeln in die Katastrophe. Denn wir haben ja eigentlich alles, was wir brauchen, um das Problem zu lösen: Wir haben die Technik, die Ideen, das Geld, die Wissenschaft und oft auch die Zustimmung der Menschen. Was wir dringend noch brauchen, ist der Mut der Regierenden, das Thema anzugehen. Ein millionenfacher Streik gegen den üblichen Trott am 20. September kann für sie das richtige Signal sein, ihre Komfortzone zu verlassen. Damit wir nicht alle bald unsere Komfortzone verlassen müssen.

Für die taz ist der heutige Streiktag Anlass, voll auf das Thema Klima zu setzen. Wir hoffen, dass das ansteckend ist: bei uns selbst, bei unseren Leser:innen, bei der Politik, in der Wirtschaft und den Medien. Es wäre dringend nötig.

Kai Schöneberg, Bernhard Pötter

Anzeige

KLIMASCHUTZ
statt
RÜSTUNG
www.friedenskooperative.de

werden. Aber in der Klimapolitik ist der UN-Chef noch machtloser als in Fragen von Krieg und Frieden, wo es zumindest Blauhelm-Einsätze geben kann. Er hofft auf Engagement aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, von der Jugend und aus Städten und Bundesstaaten.

Der große Bremsen sind die USA. Präsident Donald Trump will in diesem Herbst offiziell

gnierte Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat zwar versprochen, das Klimaziel der EU von 40 auf „mindestens 50 Prozent“ bis 2030 zu heben. Doch ihre Kommission ist noch nicht im Amt. Derzeit werden die Warnungen der Wissenschaft immer lauter (siehe Seite 10).

Im Globalen Süden wiederum, der inzwischen für fast 60 Prozent der weltweiten CO₂-



Das große Schmelzen hat begonnen: Immer schneller verlieren Gletscher und die Eisschilde in Grönland und der Antarktis an Masse. Der Meeresspiegel steigt allein dadurch um etwa 1 Millimeter pro Jahr. Touristen fotografieren sich an einem schmelzenden Gletscher im Süden von Island, Juli 2019. Foto: Suzie Howell/NYT/Redux/laif

Orte des Klimawandels Island

Von Kersten Augustin

Als im März 1979 100.000 Menschen gegen den Bau einer Atomenergieanlage in der noch unbekannteren Gemeinde Gorleben auf die Straße gingen, war das die bis dahin größte Demonstration der noch jungen Anti-Atomkraftbewegung. 32 Jahre später wurde der Atomausstieg besiegelt.

Es war der größte Erfolg einer sozialen Bewegung in der Bundesrepublik. Aber der Ausstieg war – von heute aus betrachtet – kinderleicht.

Die Klimabewegung hat weniger Zeit – und die Aufgabe ist ungleich größer: Diesmal geht es nicht nur darum, ein paar Energiekonzerne zu zwingen, ihr Geld anders zu verdienen. Es geht darum, alles zu verändern: was wir essen, wie wir uns bewegen, wie wir leben wollen.

Verglichen mit dem Atomausstieg ist die globale Erwärmung eine Hydra mit sieben Köpfen, die CO₂ speien: Es reicht nicht, nur das Fliegen zu bekämpfen. Wer das tut, den tötet die Hydra mit einem anderen Kopf. Der Kampf muss auf allen Feldern zugleich stattfinden: Mobilität, Ernährung, Energie.

Selten ist eine Bewegung so schnell so groß geworden und hatte sofort Einfluss auf parlamentarische Politik. Darauf können die SchülerInnen stolz sein, unabhängig davon, was das Kabinett vorlegen wird.

Wenn am Freitag alle nach Hause gehen, haben sie voraussichtlich an der größten klimapolitischen Demonstration teilgenommen, die es bisher gab. Und wenn sie am Samstag aufstehen, werden Motoren aufjaulen und Bagger graben. Die globale Erwärmung geht weiter.

Schafft es die Bewegung, dauerhaft viele Menschen zu mobilisieren? Der Blick auf die Anti-AKW-Bewegung kann dabei helfen. Sieben Thesen zur Klimabewegung.

1 Angst allein reicht nicht

Die offensichtliche Parallele zuerst: Angst ist ein Mobilisie-

rungsfaktor. Damals wie heute fragten sich Menschen, ob sie noch Kinder in diese Welt setzen dürfen (sie durften, wie man sieht). Lange hatte die Klimabewegung das Problem, dass die Erderwärmung eine abstrakte Gefahr blieb. Die nukleare Bedrohung war konkreter: Eine falsche Entscheidung in einem Atomkraftwerk, ein Druck auf einen roten Knopf genügte.

In WGs in den 70er Jahren hing ein Plakat mit den Köpfen von Marx, Engels und Lenin. „Alle reden vom Wetter. Wir

ren zwar vergleichsweise erfolgreich. Aber die Hürden, mitzumachen, sind hoch, vor allem beteiligen sich junge Aktivisten.

3 Die Schwäche von FFF ist ihre Offenheit

Doch mit dem Klimastreik könnte sich diese Strategie abnutzen. Der freundlichen Aufforderung, doch bitte auszustempeln, werden viele Erwachsene nachkommen. Aber wirklich gestreikt, also während der Arbeitszeit demonstriert, wird kaum.

Kampf gegen die Hydra

Wie geht es nach dem Klimastreik weiter? Sieben Thesen zur Klimabewegung

nicht.“ Heute würde man schreiben: „Wir auch.“ Nach zwei Hitzesommern ist die Gefahr konkret. Auch die Antiatomkraftbewegung hatte ihre größten Mobilisierungen nach Zwischenfällen in Atomkraftwerken. Aber der Unterschied ist: Die Erderwärmung geht auch ohne Zwischenfälle weiter, auch im Winter. Um erfolgreich zu sein, muss aus abstrakter Angst konkretes Handeln werden.

2 Die Stärke von FFF ist ihre Offenheit

Bisher hat sich FFF gegen konkrete Ziele entschieden und mit dieser Strategie der maximalen Offenheit Erfolg gehabt. Man ließ sich von Springer einladen und setzte sich mit den Energieriesen auf Podien, blieb freundlich, aber bestimmt.

Mit dieser Offenheit hat FFF es geschafft, Menschen anzusprechen, die sonst zu Hause blieben. Andere Klimabewegungen wie Ende Gelände wa-

Weitere Demonstrationen werden sich an diesem 20. September messen lassen müssen, das verlangt die Medienlogik. Es wird schwer, die Aufmerksamkeit so hochzuhalten. Bei Fridays for Future gibt es einige, die jetzt über zivilen Ungehorsam sprechen. Andere wollen, dass ihre Marke sauber bleibt. Muss die Bewegung radikaler werden?

4 Teilen, ohne sich zu spalten

Bewegungen haben sich immer wieder an dieser Frage gespalten, zuletzt etwa die globalisierungskritische beim G20-Gipfel in Hamburg. Die Antiatomkraftbewegung hat das meist besser gemacht. Sie hatte unterschiedliche Angebote: Latschdemos für die einen, Sitzblockaden von X-tausendmal quer für die anderen, und dann noch Castor Schottern als radikalere Aktion oder autonome Kleingruppen, die sich an Gleise ketteten. Wichtig war,

dass die verschiedenen Akteure auch während der Debatten und Militanz solidarisch blieben.

Auch die Klimabewegung beginnt sich zu differenzieren: Für den Einstieg gibt es Fridays for Future, die Dachmarke, für Existenzialisten Extinction Rebellion, für Freunde des zivilen Ungehorsams Ende Gelände. Und als neues Start-up: Sand im Getriebe gegen die Autoindustrie.

Interessant ist, dass sich die vielen Töchter der Klimabewegung bisher gegenseitig befruchten, nicht schwächen. Die Offenheit der SchülerInnen hat auch radikalere AktivistInnen offener gemacht, etwa im Umgang mit Medien.

Am vergangenen Wochenende konnte man beobachten, dass die Bewegungen sich auch ästhetisch inspirieren. Den weißen Maleranzug trug man schon in der Kohlegrube. Nun haben ihn die AktivistInnen benutzt, um gegen die Autoindustrie zu protestieren. Der Maleranzug ist ein Symbol geworden wie die lachende Sonne der Antiatomkraftbewegung.

Doch der Protest in Frankfurt hat auch gezeigt, womit man sich keinen Gefallen tut. Die Blockade der Messe war wirksam – aber nicht der Autofahrer ist der Gegner, sondern die Automobilindustrie. Das zu vermitteln, hat nicht immer funktioniert. Wer BesucherInnen der Automesse „Ihr könnt nach Hause gehen“ zuzurufen wie in einem Fußballstadion, macht aus einer politisch-kollektiven eine moralische-individuelle Frage. Dann kann Verkehrsminister Andi Scheuer weiter in Talkshows die Pfliegerin auf dem Land bemühen, die auf ihr Auto angewiesen ist.

5 Die Klimabewegung muss diverser werden

Denn diese Pfliegerin versteht sich bisher selten als Teil der Klimabewegung. Die Bewegung ist hauptsächlich weiß, akademisch, urban, privilegiert. Darüber muss sie sich nicht grämen, diesen Befund teilt sie mit fast allen sozialen Bewegungen in Deutschland. Politisch aktiv sein, das muss man sich leider leisten können.

Doch während die Homogenität sonst kein Erfolgshinder-

nis war, muss die Klimabewegung aus eigenem Interesse diversiver werden. Menschen, die zu ihrer Familie auf einen anderen Kontinent fliegen wollen, müssen sich genauso wiederfinden wie Arbeiter, für die der Benzinspreis eine Rolle spielt. Es gibt Ansätze dafür, etwa in der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Aber am Klimastreik werden sich vor allem Menschen mit flexiblen Arbeitszeiten beteiligen. Auch hier lohnt sich ein Blick ins Wendland, wo man es geschafft hat, auf lokaler Ebene auch Bauern und andere Menschen zu politisieren, die sonst keine Straßen besetzen.

6 Wissenschaftlichkeit reicht nicht aus

Bisher reicht es Fridays for Future, auf die Klimaschutzziele zu verweisen, die von der Bundesregierung unterschrieben wurden. Die Bewegung muss sich nicht auf Überzeugungen, sondern kann sich auf Wissenschaft berufen. Das ist ein verdammt mächtiges Instrument, weil sich die meisten Menschen gern in der Tradition der Aufklärung sehen.

Anzeige

KRIEG IST DER GRÖSSTE KLIMAKILLER
www.friedenskooperative.de

Auf lange Sicht könnte das aber zu wenig sein. Was passiert, wenn eine Bundesregierung einen Plan vorlegt, der tatsächlich weitreichend ist? Würde sich die Bewegung mit Elektroautos für alle abspesen lassen? Welche Utopie hat sie? „Rechtslinks-Fragen lösen sich gerade auf“, sagt etwa Luisa Neubauer. Gleichzeitig fordern Neubauer und viele andere AktivistInnen, dass die Wachstumslogik infrage gestellt werden muss.

Über die Frage, ob die Rettung der Erde im Kapitalismus funktioniert, herrscht keine Einigkeit – es ist keine Frage der Wissenschaft, sondern der Überzeugung. Was passiert, wenn Klimaschutzpläne die einen belasten werden, die anderen nicht? Die Antwort könnte die Bewegung spalten und von ihren UnterstützerInnen entfremden, etwa von den Grünen, die sich mit Umverteilung schwertun.

7 Entscheidend ist auf der Straße

Als die Grünen 1998 mit der SPD koalitierten und beide den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, ließ die Bewegung auf der Straße nach: Castor-Transporte wurden weiter blockiert, aber weniger Menschen demonstrierten. Erst nach der Katastrophe in Fukushima formierte sich wieder eine Bewegung, die eine konservative Kanzlerin zum endgültigen Atomausstieg zwang.

Nun steht die Gründung einer Partei nicht bevor (obwohl in Erlangen bereits eine Klimaliste für den Stadtrat kan-

didiert). Aber wenn im nächsten Jahr die Grünen in die Regierung eintreten und weitere Klimagesetze verabschieden sollten, wird das manchen zu dem Trugschluss verleiten, dass nun die Arbeit getan wäre. Doch ohne Unterstützung von unten werden Gesetzesvorschläge von Lobbyisten und Talkshows abgestumpft. Regierungen können immer nur so radikal sein, wie es die Politik auf der Straße ist.

„Kommen Sie mit uns streiken, Herr Mastiaux?“

Feinde – oder sogar Verbündete für eine neue Klimapolitik? Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer und EnBW-Chef Frank Mastiaux im Streitgespräch



Luisa Neubauer, eine der Leitfiguren von Fridays for Future Fotos: picture alliance

Moderation Peter Unfried

taz: Frau Neubauer, Fridays for Future (FFF) arbeitet mit einer klaren Ansage an die Bundesregierung: Haltet die Klimaziele von Paris ein, die ihr unterschrieben habt. Die Transformation der Wirtschaft ist Grundvoraussetzung dafür. Darüber reden Sie kaum.

Luisa Neubauer: Natürlich, es ist zu leicht zu sagen: Hier, Politik, haltet Paris ein, und dann packen wir wieder ein, gehen in die Schule und dann wird das alles gut. Was da aber impliziert ist: dass wir von der Politik erwarten, dass sie die Rahmenbedingungen auch so setzt, dass Wirtschaftsakteure den Handlungsspielraum bekommen, Paris einzuhalten. Aber an der Stelle wird es kompliziert. Ich erinnere mich an Gespräche mit Menschen wie Herrn Altmaier...

... dem Bundeswirtschaftsminister von der CDU ...

... die dann sagen: Nee, nee, die Wirtschaft will man ja auch nicht verschrecken, deswegen machen wir da erst mal wenig – oder praktisch gar nichts.

Was bedeutet das für Sie?
Wir müssen unser Spektrum weiten und sagen zu den wirtschaftlichen Akteuren: Wenn ihr das nicht einfordert, wird das de facto nicht passieren. Das ist übrigens der Grund, warum wir sagen: Liebe UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen, kommt mit uns auf die Straße. Wir haben am 20. September wahrscheinlich den relevantesten klimapolitischen Tag des

Jahres. Wir brauchen die Wirtschaftsakteure, die mit uns auf der Straße stehen und sagen: Liebe Altmaiers dieses Landes, wir fordern euch auf, loszulegen. Wir können und wir wollen nicht länger eure Ausrede sein. Da richten wir uns ganz klar an die großen Wirtschaftsakteure wie die EnBW.

Beim Energiekonzern RWE hat Frau Neubauer bei der Aktionärsversammlung eine Art moralischen Appell gehalten. Moralische Ansprache ist ja nicht gerade das, worüber ein Unternehmer funktioniert, Herr Mastiaux?

Frank Mastiaux: Das würde ich so nicht sagen. Zunächst muss man feststellen: Es gibt nicht die Politik und die Wirtschaft. Ich glaube, wir müssen besser werden in diesem Dialog, in der Differenzierung von denen, die wirklich können, die, die wirklich nicht können, die, die wirklich wollen, und die, die wirklich nicht wollen. Und dazwischen sind die, die sagen, dass sie wollen, aber nicht wollen.

Großartiger Aphorismus.
Mastiaux: Auch wenn es ein bisschen flapsig formuliert war: Ich halte das für ein Kernproblem. Die Moral ist in ihrer Präsenz und Wucht überzeugend, aber vielleicht gar nicht die ursächliche – sagen wir mal – Überzeugungskraft. Aber Sie haben recht, Frau Neubauer, wir müssen über Rahmenbedingungen sprechen. Die Frage ist, ob wir es schaffen, endlich mal einen verbindlichen Um-



Frank Mastiaux will den Energiekonzern EnBW umbauen

setzungsplan zu entwickeln, bei dem nicht gleich beim ersten Schritt einer ausbüxt.

Was brauchen Sie?
Mastiaux: Da komme ich jetzt mal mit einer Forderung aus der Wirtschaft an die Leute, mit denen wir – das ist primär Politik – sprechen müssen. Wir können die Ressource bereitstellen, wir können es bis dann und dann umsetzen. Wenn aber Prozesse passieren, wo es einfach elend lange dauert, ohne dass man es als Unternehmen unmittelbar beeinflussen kann, dann wird es einfach unangenehm. Dann hilft natürlich, wenn eine Bewegung kommt, die sagt: Schluss jetzt! Wir sind die Generation, die darunter leidet.

Was behindert Sie?
Mastiaux: Das betrifft nicht nur Politik, sondern auch Behörden, Verwaltungen und natürlich auch Gegner von solchen Projekten. In Deutschland wird derzeit, glaube ich, eine halbe Windenergie-Anlage pro Tag gebaut. Wir bräuchten die siebenfache Menge, um da zu landen, wo wir landen müssten. Während auf der einen Seite viel Zeit und Raum ist für Verzögerungen aller Art, bleibt zu wenig Raum und Zeit für den eigentlichen Bau. Dadurch haben wir keine Planungssicherheit. Im Bereich Offshore ist das Problem die Deckelung. Wir haben 160 Leute, die wir in den letzten zehn Jahren eingestellt haben, um Offshore-Windparks zu bauen. Wir können jetzt per existierendem regulatorischen Rahmen als EnBW im Inland aber kein weiteres Projekt bis 2025 entwickeln. Deshalb schauen wir uns im Onshore-Bereich auch im Offshore-Bereich im Ausland um, beispielsweise in den USA oder Taiwan.

Neubauer: Wir sitzen im Wirtschaftsministerium, und uns wird gesagt, wir können keine Umweltauflagen haben, sonst wandern die Unternehmen ab. Und was passiert ist, es gibt keine Umweltauflagen und Unternehmen wandern ab. Da stimmt doch irgendwas nicht.

Kommen Sie am 20. September mit uns streiken, Herr Mastiaux?

Frank Mastiaux: Etwas fordern finde ich super, aber es gibt diesen einen unangenehmen Punkt, wenn man etwas dreimal gefordert hat. Man muss in eine Umsetzungsschleife kommen und dafür ganz genau überlegen: Was fordere ich von wem? Wenn wir diese Zielgruppe richtig verifizieren, können wir das machen.

schutzziel zu erreichen, halte ich in dieser Gemengelage für zunehmend schwierig. Das betrifft auch die Digitalisierung und eigentlich jedes komplexe Thema.

Neubauer: Ich glaube nicht, dass wir bei FFF Ihnen helfen können, was die Projektanbahnung betrifft. Unserer Erfahrung nach ist der effektive Hebel, den es braucht: loszulegen. Was wir erlebt haben in den letzten Monaten, ist, dass eine unglaubliche Energie freigesetzt

”

„Nein. No go. Da gibt es kein Zurück mehr. Das Thema ist durch“

EnBW-Chef Frank Mastiaux zu Atomkraft

Neubauer: Weichen Sie aus?
Mastiaux: Überhaupt nicht. Ich habe relativ klare Vorstellungen, was passieren müsste, weil die Umstände, die zur Nichtumsetzung führen, relativ transparent sind.

taz: Nämlich?
Nummer eins: Wir haben die Verbindlichkeit verloren, Projekte in einem fest definierten Rahmen umzusetzen. Wir sagen: Na ja, dann halt später. Bei Grönemeyer hieß das früher: „Wie eine träge Herde Kühe / schauen wir kurz auf / und grasen dann gemütlich weiter.“ Nummer zwei: An einem bestimmten Punkt müssen wir eine Debatte beenden, entscheiden und am Montag danach starten. Nummer drei: Ich glaube, dass wir einen sehr komplizierten Apparat um uns herum haben, in Deutschland. Das ist nicht nur die Politik. Das sind die Wirtschaftsverbände, das sind Unternehmen, das sind alle Institutionen, die mitreden. Dieser Apparat hat eine Autobahnbindung von A nach B in den 70er Jahren zeitgerecht umgesetzt gekriegt. Aber so ein komplexes Thema wie ein Klima-

wird, wenn man Menschen hinter dem großen Ganzen versammelt, hinter einer Vision, dass wir Paris einhalten. Das heißt für Deutschland, nicht erst 2050 klimaneutral werden, sondern 2030 und 2040, wie das die Wissenschaft fordert.

Was soll der klimapolitische Streiktag dazu beitragen?

Was wir am 20. September lostreten werden: Wir brauchen wirklich alle. Auch Menschen, die das nicht nachvollziehbar finden, warum jetzt ausgerechnet vor ihrem Haus ein Windrad stehen muss. Auch die Menschen, die tausende andere Menschen angestellt haben, ein Budget jenseits der Vorstellungskraft verwalten und mit diesem Budget und der politischen Einflussnahme eine Macht ausüben könnten, die ganz viele Hebel in Gang setzen kann.

Lassen Sie uns über das Zeitproblem reden. Die EnBW war ein Atom- und Kohle-Konzern, wo sie bis Fukushima das Geld jeden Tag mit Schubkarren rausgeschoben haben. Nun arbeiten Sie seit 2012 an der Transformation und sind längst nicht fertig.

Mastiaux: Die Frage ist, womit man das misst und wo man gestartet ist. 2011 hatte dieses Unternehmen 61 Prozent Kernkraft in seinem Kraftwerkportfolio. Der Rest war mehr oder weniger Kohle und Gas. Nach Fukushima verlor EnBW jedes Jahr ein Viertel seines Ertrags. Das heißt, die Veränderung des Unternehmens war wirtschaftlich fundamental wichtig. Seitdem bauen wir das um, haben 40 Prozent der Kohlekraftwerke aus dem Betrieb genommen, die Erneuerbaren vervielfacht, viel Geld in Netze für die Infrastruktur der Energiewende investiert. Wir sind noch lange nicht fertig, ist völlig richtig. Wir haben es aber immerhin geschafft, das Ziel zu erreichen, wieder so viel Geld zu verdienen, wie wir vor dem Umbau verdient haben.

Die EnBW gehört zur Hälfte dem von den Grünen regierten Baden-Württemberg, zur Hälfte neun CDU-regierten Landkreisen mit CDU.

Mastiaux: Man könnte auch sagen, es gehört den Bürgern. Unser Eigner ist nicht ein Oligarch auf einer Yacht vor Monaco. Wenn wir mit dem, was wir tun, Ertrag erwirtschaften, landet das unmittelbar beim Bürger, und mit dem Geld passiert etwas im Land für das Land. Und dann gibt es noch 21.000 Menschen bei uns, die wir beschäftigen.

Neubauer: Es ist schön zu sagen, das Geld kommt bei den Menschen an. De facto ist aber die Frage von Ownership eine ganz andere. Die Energiewende in Bürgerhand, die Idee von den Energiegenossenschaften, von den Leuten, die sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Energieinfrastruktur lokal, dezentral und ohne Machtmonopole organisieren, das spielt ja eigentlich keine Rolle.

Mastiaux: Wir bieten diverse Bürgerbeteiligungsmodelle an. Wir machen heute mit dem Verkauf von Strom aus eigener konventioneller Erzeugung, aus Großkraftwerken, noch nicht mal mehr 20 Prozent unseres Geldes, Tendenz weiter deutlich fallend, und bieten dezentrale Solarlösungen für Privathaushalte an. Wir sind längst weg von irgendwas, was Sie Monopol, Macht und solche Dinge genannt haben. Das ist überhaupt nicht mehr unser Geschäftsmodell.

Herr Mastiaux, Sie haben sieben Kohlekraftwerke. Es sei moralisch ihrer Generation gegenüber nicht vertretbar, hat Frau Neubauer bei RWE gesagt, solche Kraftwerke länger als 2030 laufen lassen. Was sagen Sie dazu?

Mastiaux: Alle Kohlekraftwerke, die ein bestimmtes Alter und eine bestimmte CO₂-Intensität haben, haben wir zur Abschaltung angemeldet, und sie werden von den Transportnetzbetreibern nur noch als Reservekraftwerke angefordert, wenn es zu Versorgungsengpässen kommt. Wir werden in den nächsten Jahren ohne konven-

Wie im März dieses Jahres zeigen wir heute wieder unsere Solidarität mit den OrganisatorInnen des **KLIMASTREIKS!** Wir wollen, dass unsere **MUTTER ERDE** bewohnbar bleibt und nicht durch **KRIEG, UNWISSENHEIT, LÜGEN** weiter zerstört wird. Bündeln wir dafür all unsere schöpferischen Kräfte!

Frauen für Frieden und Ökologie Hildegard von Meier, Eva Quistorp, Alexandra Wandel und Ulrike von Wiesenau Kontakt: Frauen.fuer.den.Frieden@gmx.de

tionelle Kraftwerke nicht auskommen. Die, die wir noch haben, sind am besten Ende der verfügbaren Kohlekraftwerke in Deutschland. Jedes dieser Kraftwerke liefert nicht nur Strom, sondern Fernwärme für viele Menschen. Wenn wir die nicht als technisches Abfallprodukt liefern, würden wir anderswo CO₂ erzeugen, um sie liefern zu können. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Das halte ich nicht für moralisch verwerflich.

Ihre Kohlekraftwerke laufen also länger als bis 2030?

Mastiaux: Ich würde sagen, das trifft möglicherweise für manche zu, manche werden vor 2030 außer Betrieb gehen.

Wahrscheinlich erklärt Frankreichs Staatspräsident Macron demnächst, zum Einhalten der europäischen Klimaziele brauche man Atomkraft. Sagen Sie dann: Ah ja, super, hurra, wir sind dabei?

Mastiaux: Nein. No go. Da gibt es kein Zurück mehr. Das Thema ist, wie man so salopp sagen würde, durch.

Neubauer: Wenn Sie als jemand, der in dem Unternehmen ganz viel bewegt, damit auch Erfolg feiern können, ist das erst mal großartig, nur stellt sich im Kontext der Klimakrise eine Verantwortungsfrage, die Menschen wie Sie mit einer neuen Verantwortung belegt. Was tun Sie, Herr Mastiaux, konkret, um Giganten wie Eon und RWE zu zeigen, wie sie es besser machen können? Weil, die checken es anscheinend nicht. Was machen Sie konkret, um ganz laut von der Straße einen Gegenpol zu bilden gegen den Bundesverband der Deutschen Industrie, der am 20. September verhindern wird, dass wir eine CO₂-Steuer haben?

Mastiaux: Wir sagen nicht nur, die CO₂-Steuer muss hoch, sondern wir sagen auch, welche Steuereffekte angepasst werden müssen, damit es sozial verträglich auch für Menschen mach-

bar ist, die sich vielleicht gerade mit Mühe für ihre fünfköpfige Familie einen Golf Diesel Kombi zusammengesparrt haben.

Wie hoch sollte der CO₂-Preis sein? FFF spricht von 180 Euro.

Mastiaux: Als der CO₂-Pass 5 Euro war, haben wir uns für 25 und 30 ausgesprochen, das ist der Mindestpreis, den wir brauchen.

Neubauer: Die Leute sagen immer wieder: Ja, wir machen doch schon. Sorry, Leute, ihr sagt das schon die letzten 30 Jahre. Ich glaube, wir sind uns dessen nicht bewusst, dass wir tatsächlich gerade eine Krise, eine Katastrophe erleben, die einer atomaren Bedrohung total ähnelt, in der Krassheit ihrer Auswirkungen. Wir alle, egal ob wir Einzelpersonen sind oder Unternehmen, müssen über uns hinauswachsen und uns dieser Krise stellen. Wir gehen deshalb auf die Straße, wir widersprechen deshalb so viel, wir hauen deshalb auf den Tisch, weil wir in diesen Krisenmodus kommen müssen, um endlich zu machen.

Luisa Neubauer, 23, Mit-Initiatorin der deutschen Fridays-for-Future-Proteste. Kommt aus Hamburg, studiert in Göttingen Geografie. Im Oktober erscheint ihr Buch (mit Alexander Repenning): „Vom Ende der Klimakrise“ (Klett-Cotta).

Frank Mastiaux, 55, seit 2012 Vorstandsvorsitzender der Energie Baden-Württemberg (EnBW) – drittgrößter Energiekonzern Deutschlands –, den er vom Atom- und Kohlestromkonzern zu einem diversifizierten Unternehmen mit transformieren will. Stammt aus dem Ruhrgebiet und lebt am Firmensitz Karlsruhe.

Dieses Interview ist eine komprimierte Version eines öffentlichen Gesprächs in der taz Kantine Berlin. Anett Sölles Video davon finden Sie auf taz.de.

Halb wahr, ganz falsch

In Deutschland haben die Leugner der Erderhitzung kaum Einfluss auf die Politik. Aber in der zweiten Reihe wird gern mit Fake News gegen den Konsens gestänkert

Von **Bernhard Pötter**

Am 12. September bekamen die Abgeordneten des Bundestags einen besonderen Brief. Thema: „Beratungen über CO₂-Reduktion“. Absender: Die Deutsche Wildtierstiftung. Tenor: Alles halb so wild. Eine neue Studie und eine „von mir durchgeführte Modellrechnung“ zeigten, dass die Pflanzen sehr viel mehr CO₂ aufnehmen könnten, als es der Weltklimarat IPCC berechnet hätte, schrieb der „Alleinvorstand“ der Stiftung, Fritz Vahrenholt.

Vahrenholt ist in der Klimaszene ein alter Bekannter. Der ehemalige SPD-Umweltsenator von Hamburg und Ex-RWE-Manager ist in Deutschland einer der lautesten Zweifler an der Klimapolitik und ihren wissenschaftlichen Grundlagen. Gerade hat er mit dem CDU-Politiker Philipp Lengsfeld das re:look climate-Institut gegründet, um „wissenschaftliche Daten durch eigenständig definierte und durch Spenden finanzierte Initiativen“ zu analysieren.

Da könnte er bei seinem Brief gleich anfangen. Denn die Zitate aus der Studie, Victor Brovkin. Im Interview mit dem Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf sagt Brovkin im Blog „Klimalounge“, Vahrenholts „Berechnungen sind fehlerhaft“, sie gründeten auf falschen Annahmen. Anders als die ursprüngliche Studie sei Vahrenholts Rechnung aber eben, „nicht in der Fachliteratur erschienen, sondern zielt auf ein Laienpublikum“.

Belegte Fakten mit Behauptungen angreifen, das Publikum für dumm verkaufen, den Prozess der Wissenschaft unterlaufen – so arbeiten die Leugner des Klimawandels überall. Anders als in den USA oder etwa in Brasilien, wo Faktenverdrehen in höchste Ämter gewählt werden und Gleichgesinnte auf wichtige Posten setzen, spielen die selbsternannten „Klimaskeptiker“ in der deutschen Politik nur eine marginale Rolle. Allerdings sind ihre Stimmen immer wieder zu hören – durch den Einzug der AfD auch in den Parlamenten. Im Bundestag vergeht keine Debatte zum Klimaschutz, in der die größte Oppositions-

parti nicht den Konsens der Wissenschaft infrage stellt.

Bis weit ins bürgerliche Lager gibt es Stimmen, das könne doch alles nicht wahr sein: Der FDP-Abgeordnete Gero Hocker warf dem Weltklimarat IPCC nach dessen Sonderbericht zum Thema Landwirtschaft vor, die Experten hätten nicht genau hingeschaut – ohne diesen Vorwurf allerdings zu belegen. Seine Parteifreundin Angelika Beer, Spitzenfrau für die Europawahl, bezeichnet das „angebliche Auftreten von mehr Extremwetterereignissen“ als „Fake News“, obwohl die Daten ihr widersprechen.

Im Magazin des deutschen Rotary-Clubs, einer gemeinnützigen Vereinigung der selbsternannten Wirtschaftselite, wird der Klimawandel als Instrument zum Kampf

„Die Politikberatung ist auf das Klimathema schlecht vorbereitet“

Carel Mohn, klimafakten.de

gegen den Kapitalismus bezeichnet. „Klimawandel ist ein hochideologischer, subversiver Begriff, der eine Utopie der ‚Klimaretterung‘ zum Ziel des politischen Handelns und zum moralischen Gebot erhoben hat“, heißt es unter der Überschrift „Bekanntnisse einer Klimaleugnerin“ in der Mai-Ausgabe.

Besonders an der Ikone der Fridays-for-Future-Bewegung, der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg, entzündet sich die Wut. Die AfD spottet über das „kranke Kind, von höchster Symbolkraft für die wahnhaftige Klimaretterungspolitik im Ganzen“. Aber auch der Enkel des ersten CDU-Bundeskanzlers Konrad Adenauer, Konrad Adenauer, zieht als Präsident des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins gegen Thunbergs „Klima-Wahnsinn“ vom Leder. Die Kölner Boulevardzeitung *Express* bietet ihm ein Forum für seine „Zahlen“,

eine Mischung aus Halbwahrheiten und Ganzfalschheiten: CO₂ sei nur ein Spurengas, Deutschland habe so geringe Emissionen, Klimaziele machten eh keinen Unterschied. Die Vorschläge der „Fridays“ jedenfalls sind für Adenauer schlicht „jeck“.

Carel Mohn ist Chefredakteur der preisgekrönten Webseite klimafakten.de, die von der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation finanziert wird. Ihr Auftrag: Faktenchecks zu Klimafragen. Er nennt diese Akteure „Leugnisten“ und sagt: „Trotz AfD sehe ich nicht, dass wir als Gesellschaft eine akute leugnistische Herausforderung haben – ganz im Gegenteil ist jetzt dank Fridays for Future die Stunde gekommen, in der endlich über die Instrumente beim Klimaschutz politisch gestritten wird.“ Viel einflussreicher nennt er die „Ja-aber-Klimaskeptiker“, die für den Umweltschutz eintreten, dann aber konkrete Fortschritte bremsen.

Die Debatte ums Klima, so Mohn, zeige aber, „wie schwach, schlecht organisiert und auf ihren Job schlecht vorbereitet unsere wissenschaftsbasierte Politikberatung in Klimafragen ist“. Es gebe kaum eine verlässliche Stelle, die Faktenchecks liefere, wenn sich Politiker bei Themen wie Fleischkonsum, Waldschutz oder Flugverkehr „manchmal aus Kalkül, manchmal weil sie es selbst nicht besser wissen“, mit nachweisbar falschen Aussagen zu Wort meldeten.

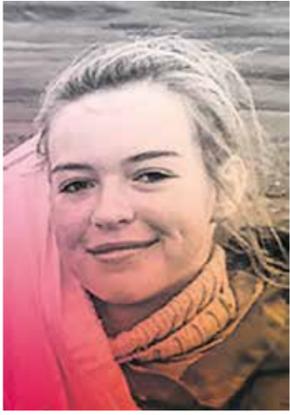
Manchmal kann man auch einfach darauf warten, dass sich die Klimaleugner in ihren eigenen Argumenten verheddern. So ist es der AfD-Fraktion im Bundestag widerfahren. Die Rechtspopulisten, die auch einen Mitarbeiter des Eike-Instituts beschäftigen, das seit Jahren gegen die Wissenschaft polemisiert, nerven die Regierung mit skurrilen Anfragen rund ums Klima.

Nun zweifelten sie an den Aussagen der Regierung, es gebe einen Konsens zum Klima unter 97 Prozent der Wissenschaftler. Das zuständige Bundesumweltministerium recherchierte und antwortete im August: Stimmt, die Zahlen seien nicht zu halten – sie lägen sogar noch höher: Bei 99,94 Prozent der Klimawissenschaftler.

Orte des Klimawandels Bahamas

Zerstörerische Kraft: Wirbelstürme werden kräftiger, bringen mehr Regen und verbleiben länger an einem Ort. Die Schäden steigen, auch weil immer mehr Menschen an den Küsten wohnen. Überlebende des Wirbelsturms „Dorian“ in den Überresten ihres Hauses in Marsh Harbour, September 2019. Foto: Daniele Volpe/ NYT/Redux/ laif





Gunnhildur Friða Hallgrímsdóttir, Reykjavík, Island, 19

Neulich erlebte ich die Beerdigung des ersten Gletschers, den Island wegen des Klimawandels verlor. Ich möchte so etwas nie wieder erleben. Ich streike, weil ich finde, Unternehmen müssten Verantwortung zeigen – und uns nicht sagen, wir müssten mehr Fahrrad fahren und Mandelmilch trinken. Die Regierung sollte uns ernster nehmen, statt auf Firmen zu hören, die Verluste fürchten.

„Wir Kinder setzen uns mit der Klimakrise ernster auseinander als Regierungsbeamte“



Dayamis Torino Véliz, Lima, Peru, 19

In Peru gibt es viele Umweltprobleme: In Lima haben drei Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Für Schüler:innen ist es sehr schwierig, jeden Freitag zu fehlen. Mit meiner Organisation Canto Vivo Ecologista Movement streiken wir allerdings. Wir treffen uns an einem öffentlichen Ort (zum Beispiel einer Plaza) und ziehen durch die Straßen. Oft werden wir von der Polizei blockiert.

„Die Menschen hier beschäftigt eher die Korruption als die Umwelt“



Atlas Sarrafoğlu, Istanbul, Türkei, 12

In der Türkei gibt es viele Klimatote – Kinder und Erwachsene. Zum Beispiel Berrivan, eine 13-jährige Saisonarbeiterin, die im Januar bei einem Tornado ums Leben kam. Seit März rede ich über die Klimakrise in der Türkei. Aber auch international! In Lausanne sprach ich beim Smile-for-Future-Klimagipfel. Gerade steigt die Anzahl der Streikenden in der Türkei. Wir sollten alles tun, um diese Krise zu stoppen.

„Weil es keine Streiks gab, habe ich andere motiviert, aktiv zu werden“

Alleine streiken ist wie alleine essen

Noch bis zum 27. September wird in weltweit mehr als 2.000 Städten protestiert. Die taz stellt neun Streikende vor

Anzeige



Neun von fast acht Milliarden potenziell Streikenden am 20. September auszuwählen, ist nicht einfach. Wen wollen wir befragen? Warum diese? Klar war schnell, dass Aktivist:innen auf allen Kontinenten zu Wort kommen sollten.

Aber wie kommt man an diese ran? Gut, dass Fridays for Future gut organisiert und vernetzt ist. Auf der Homepage der Bewegung gibt es eine Karte, auf der Tag für Tag mehr Punkte erschienen, die anzeigten, wo gestreikt wird. Namibia, Vanuatu, Estland: Die taz verschickte Mails in 44 Länder.

Um nicht nur Organisator:innen zu porträtieren, fragten wir nach Mitstreikenden. Manchmal fragten wir auch explizit nach nichtmännlichen Demonstrierenden. Denn die Bewegung ist divers und wir wollten keine „Jungs-fürs-Klima-taz“, nur weil die sich schneller meldeten.

Achtzehn Organisator:innen antworteten. Rita Nuahn war die erste: Ihr Lebensort in Liberia steht die Hälfte des Jahres meist unter Wasser. Sie erlebt den Klimawandel wortwörtlich vor der eigenen Haustür und kann deshalb manchmal nicht zur Schule. Andere Aktivist:innen antworteten später, aber mit Elan: Gabriel-Jerom aus Rumänien schrieb seine Mails vom Fahrrad aus.

Wissensstand, Lebensumstände und Alter – all das unterscheidet die Porträtierten. Eines haben sie gemeinsam: Sie gehen in der Klima-Aktionswoche vom 20. bis zum 27. September auf die Straße, um Druck auszuüben auf die Politik. Nicole Opitz



Fatma Darghouth, Ariana, Tunesien, 11

Die Menschen in Gafsa leiden unter den Phosphatfabriken, sie erkranken an Asthma oder Lungenkrebs. Meine Klassenkamerad:innen und ich sind uns der Umweltprobleme sehr bewusst. In der Stadt Sfax ist die Küste verschmutzt, weil die Menschen sich unverantwortlich verhalten, viele Fische sterben jeden Tag – ein alarmierendes Zeichen für die Zukunft unseres Planeten.

„Schon beim letzten globalen Streik im Mai sangen wir: Wir brauchen Veränderung!“



Gabriel-Jerom Nicoara, Bukarest, Rumänien, 23

Die Jahreszeiten werden immer verrückter. Wir hatten plötzlich sehr raue Winter und sehr heiße Sommer. Seit Kurzem gibt es hier Tornados. Ich streike, weil Bäume und das Leben in den Wäldern für mich sehr wichtig sind. Jedes Jahr verlieren wir bis zu 20 Millionen Kubikmeter Holz, und es wird illegal gewildert. Meine Kollegin Diana Negoita startete den Streik im März. Kurz danach kam ich dazu.

„In meiner Kindheit besuchte ich meine Oma. Sie lebt fast zero-waste“



Marcus Coste-Pascuta, Pavia, Italien, 18

Mein Interesse für den Klimawandel begann 2014, als in Pavia und Umgebung der Schnee nachließ. In Rumänien, wo ich geboren bin, ist vor allem die illegale Entwaldung ein Problem. Man kann auf Google Maps sehen, wie der Wald verschwindet. 2016 gab es einen Tornado. Das hat mir bewusst gemacht, wie dringlich die Situation ist. Ich wusste: Ich muss etwas tun. Jetzt bin ich Klimaaktivist.

„Für den 15. März habe ich einen Streik in Pavia organisiert, 4.000 Menschen waren da“



Myagmarsuren Gansukh, Ulan-Bator, Mongolei, 16

Unsere erste Demonstration im April verspätete sich, weil wir keine Genehmigung bekamen. Kindern ist es nicht erlaubt, Demonstrationen zu organisieren. Meine Familie und meine Eltern waren dagegen, dass ich etwas tue. Auch Lehrer:innen meinten, ich könne nichts bewegen. In der Mongolei dachten viele: Nett, ein warmer Winter. Aber: Zwischen 1940 und 2005 schmolz das Eis auf dem Berg Altai um zwischen 30 und 40 Prozent.

„Ich war lange die Einzige in der Mongolei, die protestierte“



Rita Nuahn, Paynesville, Liberia, 18

Es ist nicht so einfach für uns in Liberia, zu streiken. Ich hoffe trotzdem, unsere Regierung übernimmt mehr Verantwortung, um Lösungen für den Klimawandel zu finden. Unsere Region ist oft überschwemmt. 2017 und 2018 gab es schwere Hochwasser. Straßen, Schulen, Marktplätze und Krankenhäuser wurden überflutet. Deshalb konnte ich im Oktober 2017 für fünf Tage und im Oktober 2018 für fast zwei Wochen nicht zur Schule.

„Auch gerade jetzt steht bei uns der Boden unter Wasser“



Takuro Kajiwara, Tokio, Japan, 18

In Japan gibt es wenig junge Leute, die sich um Klimagerechtigkeit sorgen. Ich denke, der Grund dafür ist erstens die fehlende Berichterstattung in der Presse, zweitens interessieren sich viele nicht für soziale Fragen. Aber in Japan gibt es viele Zeichen des Klimawandels. Es gibt plötzlich Starkregen und unerwartete Taifune. Zu viele Banken investieren weiter in Kohle und andere nichtnachhaltige Projekte.

„Ältere Menschen sagen uns immer, dass es früher nicht so heiß war in Tokio“

Avanti
Geben Sie Flugreisen den Laufpass
Klimafreundlich im 5-Sterne-Bus ab Freiburg

Marokko	25.11.-13.12.19	3.590 €
Sizilien	27.12.-6.1.20	2.250 €
Griechenland	19.-30.1.20	1.990 €
Portugal	29.2.-14.3.20	2.390 €
Andalusien	14.-28.3.20	2.390 €
Peloponnes Wandern	5.-18.4.20	2.150 €
Jakobsweg	1.-15.5.20	2.690 €
Sardinien Camping	1.-12.6.20	1.395 €

Jetzt Gesamtkatalog anfordern!
www.avantireisen.de
Avanti Busreisen
Hans-Peter Christoph KG
Klarastraße 56, 79106 Freiburg
Tel. 07 61/ 38 65 88-0
info@avantireisen.de



Gut. Besser. Bioland.



Lidl lohnt sich



Bioland-Milchbauer
Keanu aus Noer



Bioland
für Alle



Für Druckfehler keine Haftung. • Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Rötelstr. 30, 74166 Neckarsulm.
Namen und Anschrift der regional tätigen Unternehmen unter www.lidl.de/filialsuche oder 0800 4353361.

lidl.de/bioland

Passt schon?

Der Klimawandel kommt nicht, er ist schon da.
Politik und Unternehmen sind auf der Suche nach Anpassungsstrategien



OSTFRIESISCHE INSELN –

Der Meeresspiegel steigt – aber um wieviel? Für Küstenländer ist das entscheidend, sie müssen ihre Deiche anpassen. Prognosen sind schwierig, denn der Wasserspiegel steigt nicht einheitlich. Auf Norderney sind die mittleren Tide-Hochwasser heute rund 26 Zentimeter höher als vor 100 Jahren, auf Wangerooge 31 Zentimeter. Warum? Und was heißt das für die Anpassung? Das erforscht unter anderem die Forschungsstelle Küste des Niedersächsischen Landesbetriebs für Küstenschutz mit Standorten in Norden und Norderney. (Quelle: Helmholtz-Verbund Reklim)



MÜNCHENBERG –

Das Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin (Inka BB) untersucht Anpassungsstrategien unter anderem für die Landwirtschaft. **Welche Sorten Winterweizen, Winterroggen, Wintererbsen und Silomais gedeihen auch bei Hitze und Trockenheit?** Lohnt der weitverbreitete Spargelanbau künftig noch, und wie lässt er sich wassersparend durchführen? Generell gilt für die Landwirtschaft: Die eine Anpassungsstrategie gibt es nicht, die Regionen werden ganz unterschiedlich betroffen sein. Die norddeutschen Bundesländer dürfen mit steigenden Erträgen rechnen, weil bei ausreichend Wasser die Vegetationsperiode länger wird. In den jetzt schon trockenen Regionen mit schlechten Böden in Teilen Ostdeutschlands könnten die Erträge sinken. (Quelle: Umweltbundesamt)



HARZ –

Dieser Sommer hat gezeigt: Die Anpassungsstrategien der Forstwirtschaft an den Klimawandel sind teuer und fordern einen langen Atem. **Welche Baumarten wachsen künftig in Deutschland? Welche werden in einer nachhaltigen Wirtschaft ohne fossile Energieträger gebraucht?** Unter Experten ist das umstritten.



WINTERBERG –

Vor allem in den Mittelgebirgen nimmt die Schneesicherheit ab; für künstliche Beschneigung sind in der Regel Temperaturen von unter 4 Grad notwendig. Diese Temperaturgrenze wird wohl seltener erreicht. Zudem macht eine wasser- und energieintensive Beschneigung Skigebiete unrentabel. Die Lösung: Auf Sommer- und Ganzjahresangebote umstellen. (Quelle: Umweltbundesamt)



JENA –

Jena ist eine von zahlreichen Kommunen, die in den vergangenen Jahren Projekte für Anpassungsstrategien durchgeführt haben. Die Universitätsstadt mit ihrer engen Hanglage leidet in heißen Sommern besonders unter Hitzeinseln. **Ihre Antwort darauf: Die "Jenaer Klima Anpassungsstrategie" (JenKAS). Für die Bebauung des innerstädtischen "Eichplatzes" heißt das: Kühlung durch Wasserflächen, Bäume und Dachbepflanzungen.** (Quelle: Thüringer Institut für Nachhaltigkeit)



GRIMMA –

Weil es künftig häufiger Starkregen geben könnte, steigt auch die Gefahr von Hochwasser. Die Bewohner in den betroffenen Gebieten können „weichen, widerstehen oder sich anpassen“, heißt es beim Helmholtz-Verbund regionale Klimaänderungen (Reklim). Weichen bedeutet, in besonders von regelmäßigen Überschwemmungen bedrohten Regionen nicht mehr zu bauen – die effektivste Maßnahme, um Schäden zu vermeiden. Widerstehen bedeutet, Schutzmauern oder Fluttore zu bauen, wie etwa in Grimma. Oder Baumaterialien zu verwenden, die mit Hochwasser besser zurecht kommen – geflieste Ladengeschäfte ließen sich zum Beispiel leichter reinigen, sagt Uwe Müller vom Sächsischen Landesumweltamt. Wichtigste Vorsorge gegen Hochwasser ist die naturnahe Gestaltung von Flüssen und der Erhalt von Auen. (Quelle: Helmholtz-Verbund Reklim)



BONN –

Welche Häuser und Städte sind von welchen Risiken des Klimawandels – Hitze, Hagel, Hochwasser – besonders und auf welche Weise betroffen? Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung mit Sitz in Bonn hat ein Werkzeug entwickelt, mit dem Hausbesitzer und Kommunen das herausfinden können: Das Informationssystem gis-immorisk Naturgefahren wird in den nächsten Tagen online gehen. (Quelle: Bundesinstitut für Bauforschung)



OFFENBACH –

Hitze kann gefährlich werden, vor allem für Alte, Kranke und Kinder. Schützen können sie sich durch veränderte Verhaltensweisen: Aktivitäten in den Morgen und Abend verlegen oder mehr trinken. Die dafür nötigen Informationen - Warnungen vor Hitzeperioden etwa – gibt der Deutsche Wetterdienst in Offenbach heraus. (Quelle: Deutscher Wetterdienst)



BONN –

Unternehmen aus der Versicherungsbranche, Entwicklungsverbände und Wissenschaftler haben sich zu dem Think-Tank Munich Climate Insurance Initiative (MCII) zusammengeschlossen. Angesiedelt am Bonner Institut für Umwelt und Menschliche Sicherheit an der Universität der Vereinten Nationen erarbeitet die MCII Konzepte, um Risiken durch den Klimawandel abzusichern, vor allem in Entwicklungsländern. (Quelle: climate-insurance.org)



STUTTGART –

Im warmen Südwesten sollten Landwirte den Boden möglichst ohne Pflug bearbeiten, um Wasser zu halten und Erosion vorzubeugen: Stichworte Mulchsaat und Minimalboden-Bearbeitung. Dies schützt sowohl gegen Trockenheit, als auch gegen Starkregen. Landwirte sollten zudem die Fruchtfolge erweitern und pro Kulturart mehrere Sorten anbauen. (Quelle: Umweltministerium Baden-Württemberg)

MEHR ENERGIE FÜRS KLIMA!

Die Energiewende wird ausgebremst. Dabei drängt die Zeit und die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir brauchen endlich politische Entscheidungen und ein klares Bekenntnis zur Energiewende.

1. Klarer und verbindlicher Plan zur Erreichung der Klimaziele 2030 statt absehbarem Scheitern wie bei den 2020er-Zielen.
2. Solar- und Windenergieausbau statt Genehmigungsstau.
3. Einfache und sozial verträgliche CO₂-Steuer für Wärme und Verkehr jetzt statt kompliziertem Zertifikatehandel in einigen Jahren.

Wir sind bereit.

Ihre EnBW

www.enbw.com/mehr-energie-fuers-klima

Wir machen das schon. — EnBW



Auf dem Trocken: Nach zwei Hitzesommern leidet die Natur in Europa. Klimamodelle für Deutschland sagen voraus, dass die Temperaturen bis 2100 um 2,5 bis 3,5 Grad steigen, die Sommer trockener und die Winter nasser werden. Eine Sandverwehung auf einem trockenen Acker bei Liebenwalde in Brandenburg, April 2019
Foto: Paul Langrock/Zenit

Orte des Klimawandels Deutschland

„Die Klimakrise ist ein medizinischer Notfall“

Er steht hinter den Schülerprotesten und ist Gründer von „Doctors for Future“. Der Mediziner, TV-Moderator und Kabarettist Eckart von Hirschhausen erklärt, warum er den Klimawandel mitverbockt hat

Interview **Bernhard Pötter**

taz: Herr von Hirschhausen, sind Sie der Leibarzt von Fridays for Future?

Eckart von Hirschhausen: Die Fridays for Future (FFF) brauchen keinen Leibarzt, die sind ja sehr gesund. Aber die Welt ist krank. Als Bild: Mutter Erde hat Fieber, und das steigt weiter. Der Planet gehört auf die Intensivstation. Deshalb bin ich Unterzeichner von Scientists for Future, Mitglied der Allianz Klimawandel und Gesundheit und Gründer von Doctors for Future. Ich unterstütze die Idee und die Forderung der Fridays for Future. Und ich freue mich über die Einladung, am Freitag auf der globalen Klimademo reden zu dürfen.

Was ist Ihre Diagnose?

Gesunde Menschen gibt es nur auf einer gesunden Erde. Der Zusammenhang von Klimakrise und Gesundheit hat bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit bekommen. Jahrelang ging es um Eisbären, Parts per Million von abstrakten Atmosphären-Phänomenen und um Klimamodelle. Dadurch ist unglaublich viel Zeit zum Handeln verloren worden, die wir jetzt nicht mehr haben.

Wann haben Sie realisiert, dass es ernst wird?

Das war vor zwei Jahren, eine Begegnung mit Jane Goodall. Diese Dame von über 80 Jahren ist einer der charismatischsten Menschen, denen ich begegnet bin. Sie stellte mir eine einfache, aber zentrale Frage: Wenn der Mensch die intelligenteste Art auf dem Planeten ist – warum zerstört er dann sein eigenes Zuhause? Ich habe erst dreimal schlucken müssen, weil es ja tatsächlich so absurd ist, dass wir die einzige Art sind, die in die Zukunft schauen kann, und gleichzeitig alles daransetzen, da nicht hinzugucken. Stattdessen kaufen wir uns Zeug, das wir nicht brauchen, von Geld und Ressourcen der künftigen Generationen, um Leute zu beeindrucken, die wir nicht mögen.

Warum sind FFF so erfolgreich?

Weil sie recht haben. Johan Rockström vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung sagt: Ihr von FFF habt zwei sehr starke Argumente: die Wahrheit und die Jugend.

FFF fordern, die Politik solle die Wissenschaft umsetzen. Ist das eine gute Idee: Politik nach der Wissenschaft zu machen?

Wonach soll denn sonst Politik gemacht werden? Nach alternativen Fakten? Eins meiner Lieblingsplakate auf den Demos ist: „Why get an education, when nobody listens to the educated?“ Wozu die Aufregung über angeblich verpasste Schulstunden, wenn keiner zuhört, was die Menschen zu sagen haben, die sich seit Jahrzehnten mit



Hier ohne Clownsnase: Eckart von Hirschhausen Foto: picture alliance

der Materie auseinandersetzen. Als die Steilvorlage kam, das Thema sei doch bitte was für Profis, haben über 26.000 Wissenschaftler die Stellungnahme von Scientists for Future unterzeichnet und gesagt: Ja – wir sind diese Profis. Wir stellen gern all unser Wissen zur Verfügung, um auf gute Lösungen hinzuarbeiten.

Sehen Sie Tendenzen in der Klimadebatte, die Wissenschaft zu instrumentalisieren?

Nein. Was sich die Wissenschaftler heute selber vorwerfen, ist, nicht klar und laut genug gewesen zu sein. Weil es zum vornehmen Ton gehört, sehr abgewogen und distanziert zu kommunizieren, waren viele Wissenschaftler offenbar nicht in der Lage, die Dringlichkeit der Situation in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Die aktuelle Entwicklung ist ja schneller und schlechter als angenommen. Auf der anderen Seite wäre FFF in Deutschland nicht so erfolgreich, wenn es nicht sowohl in der Wissenschaft als auch in der Zivilgesellschaft schon viele Vordenker und Wegbereiter gegeben hätte, bis hin zu all den Umweltverbänden und ihrer jahrelangen Basisarbeit. Deshalb an dieser Stelle danke an beide Seiten – die Protestler und die Profis – es braucht beides.

Der Vorwurf von FFF ist ja: Die (Groß-)Eltern haben es verbockt. Lassen Sie diese Kritik auch für sich persönlich zu?

Ja klar, der Vorwurf betrifft vor allem meine Generation. Meine Eltern haben einen sehr viel kleineren CO₂-Abdruck als ich, obwohl sie schon 30 Jahre länger auf Erden unterwegs sind. Ich war in meiner Jugend sehr friedensbewegt und habe für den Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert. Aber natürlich gehöre ich auch zu der Generation, die auf Pump der Erde lebt und die Ressourcen überstra-

paziert. Aber ich halte wenig von einem neuen Generationenkonflikt – wir schaffen das entweder gemeinsam oder gar nicht. Deshalb finde ich den 20. 9. auch so wichtig.

Was machen Sie dann?

Zusammen mit dem ehemaligen Chef der Charité, Detlev Ganten, und der Medizinstudierenden Sylvia Hartmann stehen wir am Brandenburger Tor dort für drei Generationen von Ärzten und rufen alle Gesundheitsberufe auf, sich solidarisch zu erklären unter dem Motto: 42 Grad = 112! Die Klimakrise ist ein medizinischer Notfall. Wir hoffen auf viele, die dem Aufruf #healthforfuture folgen, ob mit Berufskleidung oder ohne, natürlich auch alle Pflegenden, alle Therapeuten, alle Patienten. Denn die Grundlage aller medizinischen Bemühungen sind sauberes Wasser, saubere Luft, etwas zu essen und erträgliche Außentemperaturen. Wenn wir das verspielen, nutzen auch Tabletten nicht mehr.

Ganz schön ernst für einen Komiker.

Dabei hilft Endzeitstimmung nicht, gute Lösungen zu finden. Wir diskutieren zu viel über „Verzicht“, statt darüber, in welcher Welt wir lieber leben als in einer selbstzerstörerischen. Weniger Fleisch tut der Erde, den Tieren und den Menschen gut. Und sich aktiv zu bewegen ist auch gesünder als in einem Auto. Für einen selber und die Umwelt. Auf den Punkt gebracht: Ich atme immer noch lieber die Abgase von zehn Radfahrern ein als die von einem SUV.

Ihre Stiftung heißt: Humor hilft heilen. Welche Witze brauchen wir denn in der Klimakrise? Galgenhumor?

Ja. Da halte ich es mit Karl Valentin. Wenn es regnet, freue ich mich. Denn wenn ich mich nicht freue, regnet es auch. Humor ist der Wechsel der Perspektive, das AHA-Moment, bringt Menschen kreativ zusammen und entwirft die Machtstruktur – all das brauchen wir ja dringend für die große Transformation. Ich mag ja die Schilder bei Fridays for Future-Demos, wie „Klima ist wie Bier – wenn es zu warm wird ist es Scheiße.“ Einer noch: Es heißt nicht mehr Hitzewelle – man sagt jetzt Tsu-Warmi!“

Eckart von Hirschhausen

52, ist Mediziner, Kabarettist und Moderator diverser Fernsehsendungen. Mit seiner Stiftung „Humor hilft heilen“ will er den Einsatz von Clowns in Krankenhäusern unterstützen und mittels Forschung sowie Weiterbildung für Ärztinnen und Pflegekräfte dazu beitragen, den Klinikalltag humorvoller zu gestalten. Von Hirschhausen ist Gründer von Doctors for Future.

Anzeige

EINE
TOTE ERDE
BRAUCHT
KEINE
WIRTSCHAFT!



Mehr dazu unter www.moin.eu

China, USA, EU: die dreckigen drei

Wer ist der größte Klimasünder? Kommt drauf an, wie man rechnet. Deutschland emittiert doppelt so viel, wie global gerecht wäre

Von **Bernhard Pötter**

Wer sind die größten Klimasünder? Es kommt darauf an, wie man rechnet. Schaut man auf die CO₂-Emissionen der Nationalstaaten, liegt inzwischen China weit vorn. Die Supermacht aus Fernost stieß 2017 nach Zahlen der EU-Datenbasis EDGAR etwa 11 von weltweit 37 Milliarden Tonnen CO₂ aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aus. Es folgen die USA (5 Milliarden Tonnen) vor der EU (3,5 Milliarden), Indien, Russland und Japan. Bezieht man die Entwaldung in die Statistik ein, liegen Brasilien und Indonesien auf Rang 5 und 6.

Schaut man auf die „historischen Emissionen“, mit denen die Staaten die Atmosphäre seit der Industriellen Revolution belastet haben, dann sind die USA der größte Klimaschädling. Es folgen laut einer Studie des Thinktanks „Climate Analytics“ die EU und China. Diese großen drei sind für etwa die Hälfte der bisherigen Erwärmung verantwortlich. Mit Abstand folgen dann Russland, Indien und Brasilien.

Nimmt man wiederum den aktuellen Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung zum Maßstab, führen vor allem die reichen Ölstaaten mit hohem Einkommen: Katar mit 37 Tonnen, die Vereinigten Arabischen Emirate mit 21, dann Saudi-Arabien und Kuwait. Die USA, Kanada und Australien emittieren jeweils etwa 16 Tonnen pro Kopf. Die EU kommt auf einen Schnitt von etwa 7 Tonnen, weltweit sind es im Schnitt

5 Tonnen CO₂ pro Kopf – weniger als 2 Tonnen pro Einwohner gelten als verträglich mit dem Klimaziel von 2 Grad.

Unter den Konzernen belegt der chinesische Kohlegigant China Coal den ersten Rang bei den Verschmutzern. Im „Carbon Majors Report“ von 2017 listet der britische Thinktank Carbon Disclosure Project die dreckigsten Unternehmen der Welt auf. Demnach sind allein die 25 größten Verschmutzer für mehr als die Hälfte aller CO₂-Emissionen seit 1988 verantwortlich, als der Klimawandel offiziell als Problem erkannt wurde. Nach China Coal kommen die Staatskonzerne Saudi Aramco, Gazprom und Iranian Oil. An Platz 5

folgt das erste private Unternehmen: ExxonMobil, dann Coal India, Petroleos Mexicanos, Russia Coal und Royal Dutch Shell. Erster und einziger deutscher Konzern auf der Liste ist RWE auf Rang 41.

Und damit kommen wir zu Deutschland. Die Bundesrepublik verursacht zwar nur etwa 2 Prozent aller Klimagase weltweit – aber die Deutschen stellen auch nur etwa 1 Prozent der Weltbevölkerung. Schon für einen weltweit „gerechten“ Durchschnitt müssten die Emissionen also halbiert werden.

Historisch betrachtet ist Deutschland für etwa 4 Prozent des Problems verantwortlich. Mit etwa 9 Tonnen CO₂ pro Kopf liegt es weltweit auf Rang 29 der dreckigsten Länder. Auch ist der deutsche Ausstoß pro Kopf und absolut deutlich höher als im Schnitt der EU. Der Grund: Deutschland ist ein reiches Land. Im weltweiten Vergleich steigt meist der CO₂-Ausstoß mit Wohlstand und Sozialprodukt eines Landes an.

Die größten CO₂-Schleudern in Deutschland sind die Braunkohlekraftwerke. Allein der Meiler Neurath im rheinischen Revier stieß 2018 rund 32 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus – fast so viel wie ganz Dänemark. Dichtauf folgen die Kraftwerke Niederaußem, Jämschwalde, Weisweiler, Schwarze Pumpe, Lippendorf und Boxberg. Unter den 10 größten CO₂-Verschmutzern in der EU belegt Deutschland nach dem polnischen Werk Bełchatów die Plätze 2 bis 7 sowie 9.

„

Allein der Meiler Neurath im rheinischen Revier stieß 2018 rund 32 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus – fast so viel wie ganz Dänemark

Warnsirene der UNO im Dauereinsatz für die Welt

Der Weltklimarat IPCC schildert nüchtern die Dramatik der Erderhitzung. Das nächste Horrorszenario kommt am 25. September zu Ozeanen und Eisflächen

Von **Bernhard Pötter**

Zwei Tage nach den warmen Worten der Politik in New York werden aus Monaco harte Fakten kommen. Am 25. September veröffentlicht der UN-Klimarat IPCC dort sein nächstes Gutachten zum Zustand der Meere und Eisflächen, das von der UNO in Auftrag gegeben wurde. Wieder einmal wird die Warnung deutlich sein: Das Klima verändert sich schneller als befürchtet, mit großen Risiken für Mensch und Natur. Manche Entwicklungen lassen sich schon nicht mehr aufhalten.

Das wird der „Ozean-Bericht“ etwa vom Meeresspiegel berichten. Obwohl die Endfassung des Reports noch aussteht, ist schon klar: Die Meere steigen, weil sie sich erwärmen und die Eismassen der Gletscher in Bergen und Polregionen immer schneller schmelzen. Küstenstädte, in denen ein Großteil der Menschheit lebt, sind bedroht. Auch in den Meeren, die sich an der Oberfläche seit 1850 um etwa 1 Grad erwärmt haben, kommt es zu „Hitzezellen“, die Korallen töten und Fischbestände reduzieren – was wiederum die Ernährung der Küstenbevölkerung bedroht.

Der IPCC ist inzwischen praktisch im Dauereinsatz. Das Gre-

mium wurde 1988 von den UN-Organisationen für Meteorologie (WMO) und Umwelt (Unep) gegründet. Ein paar wenige Koordinatoren und „Leitautoren“ bringen Beiträge von Hunderten von Wissenschaftlern zusammen, die ohne Bezahlung und über Jahre hinweg den jeweils aktuellen Forschungsstand zu Klimafragen zusammentragen. In einem trans-

In einem Jahr drei Reports zu 1,5 Grad, zu Landnutzung, zu Ozeanen

parenten Prozess werden die Berichte geschrieben und am Schluss mit Vertretern der UN-Staaten Wort für Wort abgestimmt. Dadurch bekommen die Berichte großes politisches Gewicht. 2007 bekam der IPCC für sein Engagement den Friedensnobelpreis.

Erst im August schreckte das Gremium die Öffentlichkeit mit seinem Sonderbericht zu Klimawandel und Landnutzung. Ergebnis: 23 Prozent der menschengemachten Klima-

belastung gehen auf das Ernährungssystem zurück. Entwaldung für Futtermittel, Tierzucht, Transporte oder Abfall schlagen kräftig zu Buche. Nur mit einer weltweiten Agrarwende sei der Klimawandel beherrschbar, schrieben die Experten – und nur echter Klimaschutz sichere den fruchtbaren Boden und die Artenvielfalt, die die Grundlage der Ernährung für Menschen, Tiere und Pflanzen ist. Eine Ernährung mit deutlich weniger Fleisch könne dem Klima sehr helfen, konstatierten die Wissenschaftler.

Großes Aufsehen erregte im Herbst 2018 auch der „1,5 Grad-Sonderbericht“. Darin stellten die Wissenschaftler fest, das extrem ehrgeizige Ziel des Pariser Abkommens, die Erwärmung bis 2100 bei 1,5 Grad zu stoppen, sei nur zu erreichen, wenn überall Städte, Fabriken, Kraftwerke und Autos „schnell und weitreichend verändert werden“. Die weltweiten CO₂-Emissionen müssten zwischen 2010 und 2030 praktisch halbiert werden und weltweit bis 2050 praktisch überall auf null sinken. Bisher ist der Ausstoß der Treibhausgase allerdings fast nur gestiegen. Beim jetzigen Trend steuert die Erwärmung auf mehr als 3 Grad zu.



Von Natur aus
Zukunftsgestalterin

Wenn ich mich für eine Bank entscheide, dann mit gutem Gewissen.

Wenn mit gutem Gewissen, dann für die UmweltBank.

Jetzt Banking grün denken:

www.umweltbank.de

0911 5308-123



UmweltBank

Mein Geld macht grün.

Warten auf den großen Wurf

Während auf der Straße gestreikt wird, berät im Kanzleramt das Klimakabinett. Doch am Vortag liegen Union und SPD noch weit auseinander – vor allem bei Art und Höhe eines CO₂-Preises



Streiten über die Verteuerung von klimaschädlichen Abgasen: Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) am Kabinettschisch
Foto: Christian Thiel/imago

Aus Berlin **Malte Kreutzfeldt**

Die Erwartungen könnten höher nicht sein: Seit Monaten beantwortet die Bundesregierung alle Fragen zum Klimaschutz mit dem Verweis auf den 20. September. An diesem Freitag will das sogenannte Klimakabinett einen umfassenden Plan verabschieden, wie Deutschland sein Klimaziel für das Jahr 2030 erreichen kann. In der Nacht zuvor soll der Koalitionsausschuss die Ergebnisse dafür festzurren.

Aus Sicht der SchülerInnen von Fridays for Future, die parallel zur Sitzung des Klimakabinetts deutschlandweit zum Klimastreik aufgerufen haben, ist der Anspruch klar: „Das Klimakabinett muss Verantwortung übernehmen und statt einem Flickenteppich von Einzelmaßnahmen ein Konzept präsentieren, das die großen CO₂-Quellen im Blick hat“, erklärt die 17-jährige Pauline Brünger am Mittwochabend in Berlin. Auch Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer meint: „Statt noch mehr Pillepalle brauchen wir endlich einen großen Wurf.“

Dass diese hohen Erwartungen erfüllt werden, scheint wenige Stunden vor den entscheidenden Sitzungen unwahrscheinlich. Aussagen aus SPD- und Unionskreisen zeigen ebenso wie ein Entwurf des Klimaschutzprogramms vom Montagabend: Einigkeit gibt es bisher nur über Einzelmaßnahmen. Dass **Bahnfahrkarten** durch eine Senkung der Mehrwertsteuer billiger, **Flugreisen** durch eine Erhöhung der Ticketabgabe dagegen teurer werden, darf als gesichert gelten. Der Zuschuss zum Kauf eines **Elektroautos** wird steigen, die Lade-Infrastruktur ausgebaut.

Der umstrittene Deckel für die **Fotovoltaik**, der den Ausbau der Solarenergie im nächsten Jahr zum Erliegen bringen würde, dürfte gestrichen werden. Die energetische Sanierung von Gebäuden wird ziemlich sicher steuerlich stärker gefördert. Die Bundeszuschüsse für den **ÖPNV** und die Bahn werden deutlich steigen.

Bei den großen, übergreifenden Fragen gab es am Donnerstag aber noch keine Einigung. Das gilt vor allem für den geplanten **CO₂-Preis**, mit dem der Ausstoß des klimaschädlichen Gases künftig auch in den Bereichen Verkehr und Wohnen verteuert werden soll, um den Umstieg auf klimafreundlichere Alternativen zu beschleunigen. Im Entwurf des Klimaschutzprogramms fehlt dieser Teil noch komplett. Denn bisher ist weder geklärt, wie der CO₂-Ausstoß verteuert werden soll, noch wie hoch der Preis sein wird.

Die SPD bevorzugt zur Umsetzung eine **Steuer**; diese hätte den Vorteil, dass sie kurzfristig eingeführt werden könnte. Zudem ließe sich der Preis genau festlegen, was die Planungssicherheit für Industrie und KonsumentInnen erhöht. Die Union setzt dagegen auf einen neuen, nationalen **Emissionshandel**. Dabei müssten Raffinerien und Erdgasunternehmen für Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas Zertifikate kaufen, um diese an Verbraucher liefern zu dürfen.

In der Theorie lässt sich damit der CO₂-Ausstoß über die Menge der ausgegebenen Zertifikate genau steuern. Der Preis kann hingegen stark schwanken: Solange es genug Zertifikate gibt, bleibt er niedrig – was den Anreiz zum Wechsel von Heizung oder Auto verringert.

Wenn die Zertifikate dagegen knapp werden, kann der Preis unbegrenzt steigen – was zu plötzlichen hohen Mehrbelastungen führen würde. Um das zu verhindern, will die Union einen Mindest- und einen Höchstpreis festlegen – was wiederum dazu führt, dass die CO₂-Menge doch nicht begrenzt ist.

Faktisch wirkt ein Emissionshandel mit Mindest- und Höchstpreis sehr ähnlich wie eine Steuer. Aber er heißt eben nicht so – aus Sicht der Union, in der höhere Steuern für viele ein Tabu sind, ein entscheidender Vorteil. Zentraler Nachteil des Modells ist, dass es weitaus komplizierter ist. Bis es umge-

„Das Klimakabinett muss Verantwortung übernehmen“

Pauline Brünger, Fridays for Future

setzt werden kann, dürften nach Ansicht von Experten mindestens zwei bis drei Jahre vergehen.

Um die Vorstellungen in Einklang zu bringen, standen zuletzt mehrere mögliche **Kompromisse** im Raum: Die SPD würde sich wohl auf einen Emissionshandel einlassen, sofern bis zu seiner Einführung übergangsweise eine Steuer auf den Ausstoß von Kohlendioxid hinzukäme. So soll sichergestellt werden, dass es schon kurzfristig einen Effekt gibt. Die Union bietet als Kompromiss an, dass der Emissionshandel zunächst mit einem Festpreis starten

könnte – was die Einführung ebenfalls beschleunigen soll.

Ob das wirklich der Fall wäre, das sehen Experten unterschiedlich. Während Klimaexperte Ottmar Edenhofer vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung eine solche Lösung für machbar hält, warnt Christoph Podewils vom Thinktank Agora Energie: „Ein Emissionshandel mit Festpreis hätte erhebliche verfassungsrechtliche Risiken.“

Noch wichtiger als die Art des CO₂-Preises dürfte am Ende seine Höhe und deren weitere Entwicklung sein. Fridays for Future fordert 180 Euro pro Tonne, Edenhofer hält einen Einstiegspreis von 50 Euro pro Tonne im Jahr 2020 und bis 2030 einen jährlichen Anstieg von 10 Prozent für notwendig. Das SPD-geführte Umweltministerium hat in seinen Gutachten dagegen nur mit einem Einstiegspreis von 35 Euro gerechnet; in der Union kursieren noch geringere Werte.

Ebenfalls noch unklar ist, was mit diesem Geld passiert. Die meisten Modelle sind davon ausgegangen, dass es – über eine Pro-Kopf-Prämie und eine Strompreissenkung – komplett an die Bevölkerung zurückgegeben wird. Davon ist inzwischen nicht mehr die Rede. Zwar sprechen sowohl Union als aus SPD weiter von einer Senkung des Strompreises. Zumindest ein Teil der Einnahmen soll aber offenbar auch genutzt werden, um andere Teile des Klimaprogramms zu finanzieren – etwa die Investitionsanreize für neue Heizungen oder Elektroautos.

Ob alle diese Fragen beim Koalitionsgipfel in der Nacht und dem Klimakabinett am Vormittag geklärt werden

können, war bis zuletzt offen. Als wahrscheinlich galt in Berlin, dass die Runde nicht das komplette Klimaschutzprogramm verabschiedet, das schon als unvollständiger Entwurf 138 Seiten umfasste, sondern nur ein deutlich kürzeres Eckpunktepapier. Die Langfassung würde dann etwas später im Kabinett beschlossen werden, die entsprechenden Gesetzentwürfe bis Jahresende vorgelegt.

In der bisher vorliegenden, noch unvollständigen Form erreicht das Klimaschutzprogramm bis 2030 nur einen Rückgang der jährlichen CO₂-Emissionen um 120 bis 145 Millionen Tonnen. Gerade im Zuständigkeitsbereich von CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer fehlten noch viele Werte. Notwendig wäre für das deutsche 2030-Ziel eine Reduzierung um gut 300 Millionen Tonnen. Doch selbst wenn diese Lücke in der letzten Verhandlungslücke noch vollständig geschlossen werden sollte, dürften weder die streikenden SchülerInnen zufrieden sein noch die WissenschaftlerInnen, auf die sie sich berufen.

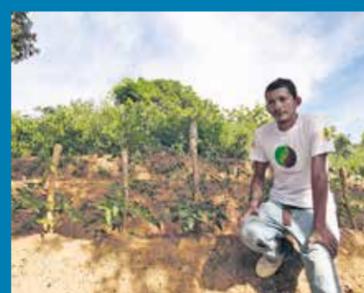
Denn das deutsche Klimaziel für 2030 stammt noch aus der Zeit vor dem Paris-Abkommen und langt – wenn überhaupt – nur für das 2-Grad-Ziel. Wenn die Regierung, wie im Entwurf des Klimaschutzprogramms, ihr Bekenntnis zum 1,5-Grad-Ziel ernst meint, hätte sie eigentlich deutlich schärfere Vorgaben machen müssen. Das ist aber nicht geschehen – zum Ärger des Bamberger Fridays-for-Future-Aktivistin Nick Heubeck: Für ihn bedeutet der Entwurf „einen Schlag ins Gesicht meiner Generation und der Menschen im Globalen Süden“.

Anzeigen

HUMUS AUFBAUEN STATT KOHLE ABBAUEN.

Wir gehen am 20. September mit auf die Straße. #AlleFürsKlima

#ökofürwir
Wir für mehr Klimaschutz



Der Klimawandel ist in Nicaragua besonders stark zu spüren, es kommt vermehrt zu Dürren und Überschwemmungen. Zusammen mit den betroffenen Menschen stellen sich Partnerorganisationen der Christlichen Initiative Romero gegen die Auswirkungen des Klimawandels. In ländlichen Regionen bilden sie Klimabeobachter*innen aus, schulen Jugendliche in agrarökologischen Methoden und bauen kommunale Wasserversorgungssysteme auf. Gleichzeitig betreiben sie Lobbyarbeit auf nationaler Ebene, um die Rahmenbedingungen für Klimaschutz zu schaffen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Spende die nötigen Anpassungen an den Klimawandel.

Mit 60 Euro ermöglichen Sie zum Beispiel acht Jugendlichen eine agrarökologische Schulung.

Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
48155 Münster
0251-6744130
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de



Spendenkonto
DARLEHNKASSE MÜNSTER
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM
SPENDENZWECK:
Klimaschutz Nicaragua TAZ



Immer wieder Sintflut: Südostasien lebt bereits im Klimawandel. Überschwemmungen werden häufiger, die UNO warnt deshalb vor mehr Armut, weniger Wirtschaftswachstum und Ausbreitung von Krankheiten. Verkehrspolizisten regeln den Verkehr in einer überfluteten Straße, Yuncheng City, Juli 2019
Foto: Zou Shan/Imaginechina/laif



Orte des Klimawandels China

Öko ist (k)ein Luxusproblem

Zwei Fallstudien zum persönlichen CO₂-Fußabdruck: Die Dielmanns leben relativ nachhaltig, aber sie fliegen zu viel. Charlotte Wilkens ist Umweltschutz egal, aber ihre Klimabilanz ist viel besser

Von Simone Schmollack

Als Grit Dielmann ihren ökologischen Fußabdruck berechnete, traf sie fast der Schlag. Würden alle Menschen auf der Welt so leben wie sie und ihre Familie, bräuchte es vier Erden. Dass die vierköpfige Familie mit ihrer Vielfliegerei dafür sorgt, den Treibhauseffekt voranzutreiben, ahnte sie. „Aber das hat mich doch geschockt“, sagt sie.

Ansonsten lebt die vierköpfige Familie so ökologisch und nachhaltig, wie das eine Familie heute tun kann: Alle essen kaum Fleisch, die 16-jährige Tochter ist Vegetarierin. Lebensmittel werden nicht weggeworfen, sondern bei der nächsten Mahlzeit verarbeitet. Beim Duschen achten die vier auf den Wasserverbrauch, die Heizung ist nie voll aufgedreht, sie trennen ihren Müll. Kleidung kaufen sie in Second-Hand-Läden. Sie fahren viel Fahrrad, das Auto nehmen sie nur für Touren, die anders nicht zu machen sind.

Normalerweise läge der CO₂-Fußabdruck der Dielmanns weit unter dem Durchschnitt der Bundesbürger*innen, 9 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr. Aber: Die Flugreisen der Familie, die haben es in sich. Dazu muss man wissen, dass Grit und Christoph Dielmann und ihre Kinder seit Ende 2015 in Melbourne, Australien, leben. Er, 51, Pfarrer, leitet dort die Dreifaltigkeitskirche, noch bis Ende 2022 wird die Familie auf dem Kontinent bleiben. Sie, 52, arbeitet als Lehrerin, die Kinder gehen zur Schule.

Allein ein Flug von Düsseldorf, wo sie vorher lebten, nach Melbourne produziert pro Person laut dem Ausgleichsanbieter Atmosfair über 8 Tonnen CO₂. Das klimaverträgliche Jahresbudget eines Menschen be-

trägt nur 2,3 Tonnen. Zum Vergleich: Der weltweite Schnitt liegt bei etwa 4,8 Tonnen.

„Uns ist das bewusst“, sagt Dielmann: „Aber was sollen wir machen?“ Nach Australien geht es eben (fast) nur per Flug. Mit dem Schiff von der Südspitze Spaniens aus, oder von Sri Lanka, der Insel Mauritius oder von Mittelamerika aus hätte es zu lange gedauert und wäre noch teurer als der Flug gewesen. Auch einmal in Melbourne angekommen, wollte die Familie nicht auf weitere Flüge verzichten. Das Land ist größer als Europa. Um von Melbourne nach Sydney, der größten Stadt Australiens, zu gelangen, fliegen die meisten Menschen, Australier*innen wie Tourist*innen. Auch die Dielmanns tun das.

Seit sie in Australien leben, waren sie dreimal in Sydney. Sie waren in Tasmanien, in Nordaustralien und im Süden des Landes. In diesem Sommer haben sie Urlaub in Amerika gemacht, mit Zwischenhalt auf Hawaii. Um bei der Inselkette im Pazifischen Ozean von einer Insel zur nächsten zu kommen, sind sie meist geflogen. Grit Dielmann hat es ausgerechnet: acht Flüge pro Person. „Das tut weh“, sagt sie. Und: „Das ist nicht zu entschuldigen.“ Flugscham heißt das wohl heutzutage.

Die Dielmanns sind politisch im linksliberalen Spektrum anzusiedeln, sie wählen „progressiv“, wie sie sagen. Sie sind politisch wie ökologisch gut informiert, finanziell gehören sie in Deutschland zu den Gut- bis Besserverdienenden. In Australien indes, wo die Lebenshaltungskosten höher sind, müssen sie rechnen. Brot, Milch und Käse sind etwa doppelt so teuer wie hierzulande, Obst und Fleisch kostet etwa anderthalb mal so

viel. Und doch zählen die Integrierten-Melbournier zu jenen Menschen, die – weil sie es sich finanziell leisten können – mehr Energie und Ressourcen verbrauchen als sozial Schwächere und Abgehängte.

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Ökobilanz, das hat das Umweltbundesamt (UBA) 2017 in einer repräsentativen Studie herausgefunden. Der Zusammenhang existiert unabhängig davon, ob sich jemand als umweltbewusst einschätzt oder nicht. Zusammengefasst lässt die Studie folgendes Ergebnis zu: Wer mehr Geld hat, kauft sich umweltschonende Hausgeräte wie Kühlschrank und Waschmaschine, aber auch ein größeres Auto. Steckt Geld in die Wärmedämmung, wohnt aber auch in einer größeren Wohnung. Fährt Rad, fliegt aber öfter.

Aus Protest CDU gewählt

Charlotte Wilkens gehört nicht zu denen mit mehr Geld. Die gelernte Setzerin ist seit Jahren arbeitslos. Als die Zeitungs- und Buchproduktion digitalisiert wurde, wurde ihr gekündigt. Nicht sofort, aber als sie sich weigerte, Arbeiten zu übernehmen, für die sie nicht ausgebildet war. Heute lebt die inzwischen 54-Jährige von Hartz IV. Umschulungen hat sie abgelehnt, sie sagt: „Ich will weder Köchin noch Altenpflegerin sein“, Jobs, die ihr zum Quereinstieg angeboten wurden. Wilkens will wenigstens „etwas Artverwandtes“ machen.

Sie hat 424 Euro im Monat zu Verfügung, den üblichen Hartz-IV-Satz. „Das reicht gerade so“, sagt sie. Wilkens lebt allein, hat keine Kinder, zurzeit auch keinen Freund. Sie brauche nicht viel, sagt sie: „Ich habe gelernt, zu verzichten.“ Aber ein neuer

Kühlschrank könnte es schon mal sein. Der in ihrer Küche ist über 20 Jahre alt und rostet an der oberen linken Ecke. „Die Ökobilanz des Gerätes ist grauenhaft“, sagt die Frau. Wilkens heißt anders, ihr richtiger Name soll nicht in der Zeitung stehen – um ihr nicht die letzten Chancen auf einen neuen Job zu verbauen. So hofft sie jedenfalls.

Urlaub? „Ist nicht drin.“ Das letzte Mal war sie vor acht Jahren länger außerhalb Berlins: zwei Wochen Campingurlaub mit Freunden. Sie fährt höchstens mal ein Wochenende nach Leipzig zu einer Freundin, mit dem FlixBus. Oder mit der S-Bahn nach Rüdersdorf, einem Berliner Vorort, zu Verwandten. Bei der letzten Bundestagswahl 2017 hat Wilkens CDU gewählt. „Das erste Mal“, sagt sie: „Aus Protest.“ Sonst habe sie ihr Kreuz immer bei der SPD gesetzt. „Aber die macht nichts für Menschen wie mich.“ Hartz IV ist immer noch da, obwohl „die Sozen“ das längst wieder abgeschafft haben wollten. Wilkens sagt: „Mein Frust ist groß.“ Die Grünen empfindet sie als „Ökoschwätzer“ und „Spinner“, die „satt in großen, schicken Wohnungen hocken und sich um die Zukunft keine Gedanken ma-

chen müssen“. Umweltschutz interessiert Wilkens nicht. Sie sagt wörtlich: „Im Winter ist mir mein warmer Arsch wichtiger als saubere Luft.“

Wilkens kauft im Discounter ein. „Mehr kann ich mir nicht leisten.“ Dort greift sie eher selten zu Gemüse und Obst und noch seltener zu Biogemüse, dafür öfter zu Fertigprodukten. „Meistens habe ich keine Lust zu kochen“, sagt sie: „Und wenn ich Hunger habe, muss es schnell gehen.“ Ein Fahrrad besitzt sie nicht, das wurde ihr

„Ich habe gelernt zu verzichten“

Charlotte Wilkens, Hartz-IV-Empfängerin

vor drei Jahren geklaut. Dafür fährt sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln: S-Bahn, U-Bahn, Bus, Straßenbahn. Wenn sie die 27,50 Euro für das Sozialticket nicht hat, läuft sie. Oder bleibt zu Hause. Wilkens ökologischer Fußabdruck, den sie mit der taz errechnet, liegt nicht nur weit unter dem deutschen, sondern sogar knapp unter dem weltweiten Durchschnitt.

Laut Umweltbundesamt produzieren Menschen wie Wilkens, die mit dem Fernbus fahren, pro Kilometer 32 Gramm CO₂. Ein Flugkilometer, wie ihn Familie Dielmann mehrfach weschrubbt, erzeugt dagegen rund 201 Gramm. Es ist verrückt: Das gehobene und kritisch-kreative Milieu, zu dem sich die Dielmanns rechnen, verstärkt die Klimakatastrophe um ein Vielfaches mehr als Wilkens, der Umweltschutz egal ist. In der UBA-Studie heißt es: „Der Einfluss des Einkommens ist dabei besonders groß: Die Befragten in der untersten Einkommensgruppe haben im Mittel einen Gesamtenergieverbrauch von rund 10.000 Kilowattstunden pro Jahr (kWh/a), bei Befragten mit hohen Einkommen liegt er mit knapp 20.000 kWh/a fast doppelt so hoch.“ Angehörige der prekären Milieus haben also den geringsten Energieverbrauch.

Grit Dielmann ist ratlos, wie sie ihr Leben ohne Fliegen organisieren soll. „Australien ist meine zweite Heimat geworden, ich muss da immer wieder hin“, sagt sie. Und Charlotte Wilkens? Sie winkt ab: „Ist doch eh alles egal.“ Dann lächelt sie: „Wenigstens einmal besser sein als diejenigen, die sich für etwas Besseres halten.“

Anzeige

ALLE FÜR'S KLIMA!

#AlleFürsKlima

PLASTIKATLAS **Klimawandel und Plastik**
Plastik wird aus Erdöl und Erdgas gemacht. Vom Bohrloch bis zum Plastikmüll entstehen gigantische Mengen klimaschädlicher Treibhausgas. Wir bekommen die Klimakrise nicht in den Griff, ohne die Plastikflut zu stoppen. Das zeigt der *Plastikatlas 2019*. boell.de/plastikatlas

ISS WAS?! **Klimawandel und Fleisch**
Wo kommt unser Essen her? Im Buch *Iss was?!* zeigen wir, wie wir mit dem Stück Fleisch auf dem Teller fast mit der ganzen Welt verbunden sind. boell.de/isswas

FLEISCHATLAS **Klimawandel und Verkehr**
Tierhaltung: Billig, umweltschädlich, qualvoll und ungesund – das muss nicht sein. Der *Fleischatlas 2018* zeigt, wie bessere Tierhaltung geht. boell.de/fleischatlas

KOHLEATLAS **Klimawandel und Kohle**
Kohle ist der Klimakiller Nr. 1. Mehr dazu finden Sie im *Kohleatlas*. boell.de/kohleatlas. Lieber hören statt lesen: Podcast *Lektionen über Kohle und die Welt*. boell.de/kohle

VERKEHR **Klimawandel und Verkehr**
Verkehrswende: Busse, E-Bikes, Fahrräder und breite Gehwege. Dossier *Eine lebenswerte Stadt für alle!* boell.de/verkehrswende

Unsere Materialien zum Thema kostenlos bestellen oder downloaden: boell.de/publikationen



Auf dem Dach der „Smilla“ in Grönland, August 2007: Merkel mit dem damaligen SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel
Foto: Michael Kappeler/ddp images/picture alliance

Die Schönwetter-Kanzlerin

Seit 14 Jahren regiert eine Klimaschützerin das Land. Trotzdem werden alle Ziele zur CO₂-Reduktion verfehlt. Was ist da schiefgelaufen?

Aus Berlin und Potsdam **Bernhard Pötter**

Als das Wort „Klimakanzlerin“ fällt, verzieht Angela Merkel amüsiert und leicht genervt die Schnute. Zehn Tage vor der Bundestagswahl 2017 beantwortet sie live im ZDF-Studio Fragen der Zuschauer. Als nach 40 Minuten die üblichen Themen durch sind – mehr Polizei, Grundrente, Migration –, fragt eine junge Frau mit blauer Bluse und Hornbrille nach den Klimazielen. Merkel meint, dass Deutschland da „Vorreiter in der EU“ sei. Und als die junge Frau nachbohrt, sagt die Kanzlerin: „Wir werden Wege finden, wie wir bis 2020 unser 40-Prozent-Ziel einhalten. Das verspreche ich Ihnen.“

Ob Merkel das an diesem 14. September 2017 wirklich glaubt, ist unklar. Aber die Situation zeigt, wie Merkel mit der „Menschheitsherausforderung, die unsere Verantwortung ist“ (Merkel über die Erderhitzung) umgeht: Sie kennt alle Details, aber andere Themen sind wichtiger. Im Wahlkampf kommt es nicht vor. Und: Angela Merkel kann mit dem Titel „Klimakanzlerin“ nichts anfangen. Zu Recht.

Denn Merkel macht Versprechungen, die sie nicht halten kann. Ein halbes Jahr nach diesem Abend kassiert Merkels viertes Kabinett offiziell das 40-Prozent-Ziel für 2020, das Merkel 2007 ausgerufen hat. Und nicht nur das: Kaum eines der deutschen Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele wird erreicht. Und bei den CO₂-Vorgaben für Gebäude und Autos werden die EU-Ziele so weit verfehlt, dass die Regierung wahrscheinlich bald Milliarden für CO₂-Lizenzen zahlen muss.

Wie konnte das passieren? Angela Merkel ist als Klimakanzlerin die Idealbesetzung. Als Physikerin versteht sie das Thema und seine Dringlichkeit so gut wie kaum ein Politiker. Schon als Umweltministerin hat sie den Klimaschutz geprägt – und der Klimaschutz sie. Sie führt eines der reichsten und innovativsten Länder der Erde, in dem Umweltschutz populär ist. Und sie ist seit 14 Jahren Kanzlerin. Lange genug, um echte Veränderungen durchzudrücken.

Aber auch lange genug, dass ihre alten Versprechen sie inzwischen einholen. Denn zum Ende ihrer Amtszeit zeigt sich: Merkel ist mit Elan gestartet, aber dann nicht am Ball geblieben. Gutes Klima war oft nur ein Thema für schönes Wetter. Als Angela Merkel die Macht hatte, ernsthaften Klimaschutz durchzusetzen, fehlte ihr dazu der Mut. Jetzt, wo sie diesen Mut wiedergefunden hat, könnte ihr die Macht fehlen.

Viele Gespräche mit Beamten, Freunden und Gegnern der Kanzlerin, mit Regierungsmitarbeitern, Beobachtern und Lobbyisten zeigen, wie eine ehrgeizige Klimapolitikerin trotz günstiger Umstände scheitert. Praktisch alle Gesprächspartner loben Merkels scharfen Verstand, ihr Detailwissen, das Fehlen von Eitelkeit und ihr Interesse an Lösungen. Wer allerdings die klimapolitische Fieberkurve der Merkel-Jahre nachzeichnet, bemerkt, wie umkämpft das Thema ist, wie stark andere Probleme bisweilen in den Vordergrund drängen. Aber auch, wie begrenzt selbst die Macht einer Kanzlerin ist – und wie schlecht Merkels Regie-

rungsstil auf eine Krise wie die Erderhitzung zugeschnitten ist.

Der CO₂-Fußabdruck der Kanzlerin ist desaströs: Im vergangenen Jahr saß Merkel in elf Monaten 81 Mal im Flugzeug. Sie flog 325.257 Kilometer. Das ergibt schätzungsweise eine Klimabelastung von etwa 300 Tonnen CO₂ – 30 Mal so viel wie der deutsche Durchschnitt. Aber hier geht es um ihre politische Klimabilanz.

14 Jahre Merkel: „Viel mehr war nicht drin“, nimmt sie einer ihrer größten Unterstützer und langjähriger Berater, der Klimaexperte Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), in Schutz. Greenpeace dagegen findet ihre Bilanz „mangelhaft“. Merkel selbst meint: „Schluss mit Pillepalle.“ Die Kanzlerin, sagt ihr Umfeld, ist auch selbst nicht zufrieden.

Ihre Amtszeit begann – mit einem verpassten Klimaziel. 2005 erreicht Deutschland nicht die CO₂-Reduktion von 25 Prozent, die Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Umweltministerin Merkel 1995 versprochen hatten. Aber 2007 wird das Klimajahr. In ihrer ersten GroKo ist die SPD fast auf Augenhöhe, deren Umweltminister Sigmar Gabriel will sich mit ökologischer Industriepolitik als Mann der Zukunft präsentieren. Der Mainstream ist öko: 2007 legt der Weltklimarat einen erschütternden Bericht vor und bekommt den Friedensnobelpreis, im Kino läuft Al Gores Film „Unbequeme Wahrheit“. Deutschland marschiert vorneweg: Das Kabinett verabschiedet das

Kein Regierungschef versteht den Klimawandel so gut wie Merkel. Trotzdem beginnt und endet ihre Amtszeit mit verpassten Zielen

„Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ (IEKP) mit 29 Maßnahmen, die mit viel Geld Ökostrom fördern, die Kfz-Steuer auf CO₂-Ausstoß umstellen, Energiesparen verordnen, Gebäude sanieren und Forschung anstoßen. Merkel drückt bei dem G8-Gipfel in Heiligendamm das „2-Grad-Ziel“ beim Klima durch. In Brüssel drängt sie als EU-Ratspräsidentin die Europäer zu einem ambitionierten Klimaziel bis 2020. Kanzlerin und Umweltminister ziehen rote Outdoor-Jacken an und besuchen vor den Augen von TV-Kameras die tauenden Gletscher von Grönland. Merkel ist jetzt Klimakanzlerin.

Statt dem Kampf gegen die Heißzeit folgt dann allerdings die kalte Dusche. Am 15. September 2008 kollabiert die US-Bank Lehman Brothers und kurz danach die Weltwirtschaft. Von da ab ist praktisch permanent Alarmstimmung: Wirtschaftskrise, Eurokrise, 2009 scheitert der Klimagipfel von Kopenhagen. Die Krisen gehen weiter:

Anzeigen

Griechenland, Ukraine, ab 2015 Flüchtlingskrise. Merkel steuert ihr Land durch diese Turbulenzen: Vorsichtig, sie sucht den kleinsten gemeinsamen Nenner, nimmt meistens alle mit – und riskiert wenig.

Die Klimakrise dagegen eskaliert still und leise im Hintergrund. Um ihr zu begegnen, reicht es aber nicht, zu reagieren, zu warten, nichts zu wagen. Merkel müsste überzeugen, drängen, vorangehen, mitreißen, sagen viele. „Der Regierungsapparat war auf diese Krise nicht eingestellt“, sagt einer ihrer Berater. Und Merkel fordert das nicht ein. Klimaschutz gilt als Steckenpferd des Umweltministers. „Alle anderen Ressorts sagten: Macht mal schön!“, erinnert sich dort ein Beamter. Ein „Klimakabinett“, in dem auch die Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen Verantwortung tragen, richtet Merkel erst im 14. Jahr ihrer Amtszeit ein.

2011 nutzt Merkel eine akute Krise für einen grünen Schwenk: Nach der Atomkatastrophe von Fukushima und der Wahlkatastrophe von Stuttgart, wo die CDU das Schaffer-Ländle ausgerechnet an die Grünen verliert, ruft sie die „Energiewende“ aus. Doch in ihrer schwarz-gelben Koalition ist die Rückkehr zum alten Atomausstieg von Rot-Grün höchst unpopulär. Die Koalition streitet um die steigenden Kosten für die Öko-Energien, verschleppt die dringende Reform des Emissionshandels und ignoriert die Emissionen aus Verkehr und Gebäuden. Noch 2011 jubelt CDU-Umweltminister Norbert Röttgen, das 40-Prozent-Ziel sei „in greifbarer Nähe gerückt“ und „ohne große Schwierigkeiten“ zu schaffen. Doch schon damals sinken die deutschen Emissionen nicht mehr, und sie werden es bis 2018 kaum tun.

„2013 war eine gute Chance, beim Klimaschutz voranzukommen“, sagt einer, der an vielen Entscheidungen eng beteiligt war. Aber daraus wird nichts. Die SPD stellt in der zweiten Groko die Kohle unter Artenschutz und schickt ihren Parteichef Sigmar Gabriel ins Wirtschaftsministerium. Der scheitert an den Gewerkschaften beim Versuch, die Kohle mit einer „Klimaabgabe“ aus dem Markt zu drängen. Fortan macht er nur noch seiner Parteifreundin Barbara Hendricks im Umweltministerium das Leben schwer.

In dieser Zeit rutscht das Klima weit nach unten auf Merkels Prioritätenliste. Im September 2014 machen sich weltweit Politik, Wirtschaft und auch Filmstars für ein neues Klimaabkommen stark. Merkel aber ignoriert eine Einladung zu einem UN-Klimagipfel in New York mit 120 Regierungschefs. Sie bleibt in Berlin und besucht derweil demonstrativ die Jahrestagung des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Und spottet im Ausschuss des Bundestags: Sie habe es nicht nötig, „mit Leonardo DiCaprio Häppchen zu essen“, erinnert sich eine Abgeordnete.

In diesen Jahren ruiniert Deutschland seinen Ruf als Vorreiter im globalen Klimaschutz. Der Begriff „Energiewende-Paradox“ kommt auf: Mit jährlich 20 Milliarden Euro Subventionen durch die Stromkunden schnell der Anteil des Ökostroms im Netz auf über 40 Prozent – aber die CO₂-Emissionen bleiben hoch. Der Klimaschutz hat nichts von der Energiewende. Es wird klar: Statt minus 40 Prozent erreicht Deutschland bis 2020 höchstens 33 bis 35 Prozent CO₂-Senkung.

Es gibt mindestens zwei Sichtweisen auf diese Entwicklung: „Merkel ist eine Überzeugungstäterin beim Klimaschutz“, sagt Hans Joachim Schellnhuber, wenn man ihn in Potsdam besucht. Der Mann mit dem schläfrigen Blick und dem wachen Verstand ist eine graue Eminenz der internationalen Klimapolitik. Er hat das „2-Grad-Ziel“ als Maßstab der Politik entworfen, den Begriff „Heißzeit“ geprägt, weltweit die Forschung vorangetrieben und Regierungen beraten. Jetzt ist er pensioniert, hat aber immer noch ein bescheidenes Büro am PIK und viel zu tun.

Auf dem Flur vor seinem Büro steht ein manns-hoher Globus, seit Jahren kaputt, kaum zu reparieren. Ein Schild warnt „Zerbrechlich – vorsichtig behandeln!“, Besucher lieben diese Symbolik. Schellnhuber hat auf Klimakonferenzen gelitten, dem Papst erklärt, was gerade im Himmel passiert und 25 Jahre lang Merkel zum Klima beraten. Er hat gesehen, wie politische Macht funktioniert. Und wie nicht.

Schellnhuber sagt, die Kanzlerin habe sich nur in Ausnahmefällen gegen „das System der fossilen Extraktionswirtschaft“ durchsetzen können. Das „System“ ist für den Wissenschaftler das Geflecht aus Parteien, Gewerkschaften und Lobbys. Als Frau, als Ostdeutsche, als Naturwissenschaftlerin ist sie für ihn ein „glücklicher Ausnahmefall“, die „immer nach Lücken im System gesucht hat.“

Die Kanzlerin als Gefangene „des Systems“? Manches spricht dafür. Merkel fehlen immer Koalitionspartner, denen das Thema wichtig ist. Sie hat eine Partei und Fraktion hinter (oder gegen) sich, die Klimaschutz „nicht mit der nötigen Konsequenz verfolgt hat“, wie es Andreas Jung vorsichtig formuliert. Jung ist CDU-Abgeordneter im Bundestag, einer der ganz wenigen ökologisch Interessierten der Fraktion, jetzt aber zuständig für Frankreich und Finanzen. Die eigentlichen Ökopoliten bei der Union, etwa im Umwelt- oder Energieausschuss, besetzen andere, die nicht unangenehm durch grüne Gedanken auffallen. „Die

werden von der Fraktion mit dem Auftrag in den Unterausschuss geschickt, dass da nichts passiert“, sagt ein hochrangiger Beamter.

Ihrer Fraktion mutet Merkel über die Jahre vieles zu: das Ende der Wehrpflicht, den Atomausstieg, die Euro-Rettung, ihre Flüchtlingspolitik. Hat sie ähnlich für ihre Klimapolitik gekämpft? Davon ist nichts bekannt. „In der Fraktion herrschte manchmal eine unglaubliche Stimmung gegen die Energiewende“, sagt Josef Göppel, der 15 Jahre lang für die CSU im Bundestag der einsame Öko-Rufer war. Ein ökologisch orientiertes Gegengewicht zur lautstarken Gruppe der Wirtschaftspolitikern gab es nie. Auch in der Partei habe Merkel „das Thema völlig schleifen lassen“, kritisiert Göppel. Als die neue Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer im Frühjahr 2019 nach CDU-Umweltexperten sucht, findet sie erstmal: niemanden.

Am 3. April 2019 trifft sich abends im Kanzleramt eine illustre Runde: Etwa 20 Personen hat die Bundeskanzlerin zu einem „Ehren-Essen“ geladen. Es ist ihr Dank an Hans Joachim Schellnhuber zum Ruhestand. Es gibt Poulardenbrust und Weißwein. Die Gäste, darunter der Regisseur Volker Schlöndorff, SPD-Finanzminister Olaf Scholz und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kir-

„

„Viel mehr war nicht drin“, meint Forscher und Regierungsberater Schellnhuber zur Klimabilanz ihrer Amtszeit. „Mangelhaft“, urteilt dagegen Greenpeace. Merkel selbst sagt: „Schluss mit Pillepalle“

che, Heinrich Bedford-Strohm, debattieren über Klima und Nachhaltigkeit. Merkel, so erzählen Teilnehmer, schildert freimütig, wie schwierig Fortschritte seien. „Wie können wir Ihnen helfen?“, fragt ein Teilnehmer. „Bilden Sie überraschende Allianzen“, sagt die Kanzlerin.

Merkel weiß, dass sie auch selbst in der Klimapolitik so arbeiten muss. 2007 unterstützt sie den Unternehmer Michael Otto („Otto-Versand“), als der die Unternehmenslobby „Initiative 2 Grad“ für Klimaschutz aufbaut. 2019 spannt sie den konservativen Chef der „Wirtschaftsweisen“ Christoph Schmidt mit Schellnhubers Nachfolger Ottmar Edenhofer für ein Gutachten zum CO₂-Preis zusammen. Und weltweit macht sich Merkel in überraschenden Allianzen für Klimaschutz stark. 2015 schmuggelt sie den Begriff „Dekarbonisierung“ in das Abschlussdokument der G7 beim Gipfel in Elmau, das sich dann im Pariser Klima-Abkommen wiederfindet. Im gleichen Jahr bestellt sie bei der OECD ein dickes Gutachten darüber, wie gut Klimaschutz für die Wirtschaft ist. Und: Deutschland ist immer ein verlässlicher Partner, wenn es um Finanzen für den weltweiten Klimaschutz geht.

„Wenn der Druck zu groß wird und sie etwas tun muss, legt sie bislang entweder Geld oder ein Langfristziel auf den Tisch“, sagt Martin Kaiser. Der knorrige Franke mit dem lauten Lachen ist inzwischen Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland. Lange hat er die Klimapolitik der Regierung eng begleitet und kritisiert. Er ist mehr der Typ Fleecejacke und Protestplakat als mit Schlips und Smalltalk beim Häppchen-Empfang. Kaiser war stets auf Distanz zur Kanzlerin. Für ihn hat sie „immer die deutsche Industrie geschützt“. Klima „war für sie nur eines von vielen Themen, das man managen muss“, widerspricht Kaiser denen, die das eine „Herzessache“ bei ihr nennen. „Sie wollte in den letzten zehn Jahren nicht mehr erreichen, sonst hätte sie das gekonnt.“

Für Berater und Mitarbeiter dagegen ist das eine Frage der Organisation: „Jeder Kanzler ist darauf angewiesen, dass sein Apparat strategisch solche Ziele verfolgt“, sagt einer. „Das war beim Klima nie der Fall. Die denken da nur taktisch, nicht strategisch.“ Aus dem Bundeskanzleramt sei keine Strategie gekommen, keine gemeinsamen Vorgaben an die Ministerien, keine Führung. „Beim Klima hat sie keine Leadership gezeigt“, meint ein anderer Berater. Dafür sei die Kanzlerschaft aber da: „Führerschaft heißt ja auch, das Umfeld zu schaffen, in dem man weitergehen kann“, sagt auch CDU-Mann Klaus Töpfer, einst Kohls Umweltminister und Chef des UN-Umweltprogramms Unep.

Auch in Europa ist die Bilanz gespalten. „Merkel hat mitgeholfen, den Klimaschutz durchzusetzen, solange keine deutschen vitalen Interessen betroffen waren“, erinnert sich Claude Turmes, Umweltstaatssekretär von Luxemburg und lange

Jahre Energieexperte der Grünen im Europaparlament. Er hat Merkel oft in Brüsseler Verhandlungsrunden erlebt. „Sie konnte auch in letzter Minute Kompromisse umwerfen, wenn die Energie- oder Autoindustrie interveniert hat.“

Praktisch alles, was in der deutschen Klimapolitik heute funktioniert, kommt inzwischen aus Brüssel: Der Emissionshandel, die CO₂-Grenzwerte für Autos. Vor allem aber die Regeln zu den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Hier sind die Ziele ab 2021 so streng formuliert, dass Deutschland entweder tiefe Einschnitte beim CO₂ machen oder viel Geld zahlen muss.

Diese Regel wurde ursprünglich 2014 beschlossen, 2018 konkretisiert. In Berlin hat man sie lange ignoriert. Im Sommer 2018 warnen die ersten Gutachten: Da kommen bis 2030 Strafzahlungen von vielleicht 60 Milliarden Euro auf Deutschland zu. Das Finanzministerium und der Haushaltsausschuss des Bundestages können damals dazu nichts sagen. Auch im Kanzleramt löst die EU-Regelung erst 2019 „einen Schock“ aus, sagt ein Mitglied der Regierung. Merkel lässt sich darüber genau informieren. Sie gründet das „Klimakabinett“. Schön, sagt der Ökonom Ottmar Edenhofer, „aber das hätten wir schon viel früher gebraucht.“ Es hätte vielleicht die „irrsinnige Entscheidung verhindert, ab 2011 noch zehn neue Kohlekraftwerke in Deutschland zu bauen.“

Zwei heiße Sommer, die Stärke der Grünen, verlorenen Wahlen in Bayern, Hessen und Europa, jedes Wochenende zigtausende Fridays-for-Future-Demonstranten in den Straßen, dazu die Drohungen aus Brüssel. Im März lobt Merkel in ihrem Podcast: „Ich unterstütze sehr, dass Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz auf die Straße gehen und dafür kämpfen“ – dabei demonstriert die Jugend auch gegen sie. Im Juni fordert sie von ihrer Fraktion „Schluss mit Pillepalle“ beim Klimaschutz. Sie lässt sich am PIK zwei Stunden lang in kleiner Runde über die neuesten Horrordaten informieren. Selbst der bayerische CSU-Ministerpräsident Markus Söder überschlägt sich inzwischen mit Öko-Vorschlägen. Die Frontlinie heißt jetzt: Merkel mit den „Fridays“, den wenigen Ökos in der Union und den SPD-Ministern für Umwelt und Finanzen gegen ihre eigene Fraktion und Partei. Überraschende Allianzen.

Hinter der Kanzlerin hat sich eine grüne Welle aufgebaut, auf der sie nun reiten will. „Die Zeit ist für sie einfach reif“, hofft ein hoher Beamter. „Die Leute erwarten, dass wir etwas tun“, sagt der CDU-Abgeordnete Andreas Jung, der plötzlich als Fachmann für Umwelt und Finanzen in der CDU wieder gefragt ist. Wenn es ihre Absicht war, den Druck von außen so stark werden zu lassen, dass sie nun trotz Widerstand im eigenen Lager handeln muss, war diese Strategie vielleicht genial. Vielleicht wird Angela Merkel aber nun einfach von ihrem Tun – und Nichttun – eingeholt.

Orte des Klimawandels Brasilien



Feuer gegen das Klima. Der Regenwald am Amazonas sichert eine große Artenvielfalt und speichert so viel Kohlenstoff wie kein anderer Wald. Die aktuellen Feuer bedrohen seinen Bestand. Mitarbeiter des brasilianischen Bundesumweltamts machen eine Pause während Löscharbeiten im Bundesstaat Amazonas, September 2019. Foto: Bruno Kelly/reuters

Wir holen uns unseren Verein zurück

Wo Fußballclubs im zunehmend härteren finanziellen Wettbewerb insolvent gehen, wo Investoren abspringen oder sich mit Teilen der Fans zerstreiten, übernehmen immer öfter die Anhänger selbst die Geschicke. Zum Beispiel beim Verein Ciudad de Murcia in Spanien.

Von Alina Schwermer

Als Teresa López ein Kind ist, glaubt sie, dass es in Spanien eigentlich nur zwei Lieblingsvereine gibt, unter denen man aussuchen kann: Real oder Barca. Nach einer Umfrage des spanischen Meinungsforschungsinstituts CIS von 2014 unterstützen 37 Prozent der spanischen Fans Real Madrid, 25 Prozent unterstützen Barcelona. Damit sammeln sich fast zwei Drittel aller Anhänger bei zwei Vereinen. Als sie klein ist, entscheidet sich Teresa López für Real Madrid. Eigentlich trifft sie selbst gar keine Entscheidung. Sie wird ihr gegeben. Ihr Vater nimmt sie mit ins Bernabéu-Stadion, und damals, sagt López, ist Fußball etwas anderes, wenn man Kind ist. Sie riecht den Rasen, sieht die Mannschaft vor sich auf dem Platz, saugt die Atmosphäre in sich auf, und es beeindruckt sie, es nimmt ihr die Entscheidung ab. Und dann der Fußball, der gespielt wird, die Stars. »Real gegen Barca, was für eine Qualität, madre mía!« Teresa López sitzt in einem Einkaufszentrum nicht weit vom Stadion José Barnés. Sie spricht leise, aber sie erinnert sich noch heute mit Leidenschaft. Real Madrid wird ihre erste Liebe im Fußball. Heute Abend ist sie weit weg davon, in einem viel zu stark klimatisierten Shoppingcenter in der Innenstadt von Murcia. Es ist dunkel draußen, die Läden haben geschlossen. Nur noch Harrows Bar hat geöffnet. Vor der Bar, im zugigen Korridor, sitzen um die 20 Leute im Kreis auf harten Stühlen. Hier trifft sich die Versammlung der Anteilhaber beim Fanverein CAP Ciudad de Murcia, und Teresa López ist eine von ihnen, sie hält seit der Gründung einen Anteil. Mit Real ist sie groß geworden, bei Ciudad ist sie gelandet. Seltsam, so was. Sie ist fast immer da, bei Spielen, Versammlungen, Abstimmungen. »Basisdemokratie funktioniert, wenn es um etwas geht, was dich interessiert«, sagt sie. »Um etwas Sinnvolles.«

Wie hoch die spanischen Vereine verschuldet sind, lässt sich nur schätzen. Im Jahr 2010, dem Gründungsjahr von CAP Ciudad de Murcia, geht der spanische Professor Jaime Llopis von etwa vier Milliarden Euro allein bei den Erstligisten aus. Davon stehen mutmaßlich allein 700 Millionen bei Real Madrid. Ein Jahr später berichten mehrere Blätter, dass in den ersten beiden Ligen 21 Vereine in den vergangenen Jahren Konkurs anmelden mussten oder kurz davor stünden, dies zu tun. Dazu gehören renommierte Clubs wie Betis Sevilla, RS San Sebastián oder der FC Málaga. Journalisten prophezeien einen großen Kollaps der spanischen Liga, wieder mal. Etliche Vereine erhalten mutmaßlich illegale Subventionen, mit denen sie sich vor der Insolvenz retten. 2013 leitet die EU-Kommission ein Verfahren ein. Und einige, vor allem die Kleinen, fallen. Das öffnet die Türen für die Fan-Initiativen. Verschärfend hinzu kommt ein Gesetz, das ursprünglich dazu gedacht war, die Lage zu verbessern. 1990 werden die schon damals hochverschuldeten spanischen Vereine der ersten und der zweiten Liga zwingungsweise in Aktiengesellschaften umgewandelt, in sogenannte SADs (Sociedades Anónimas Deportivas). Sie dürfen nicht mehr mitgliedergeführt sein. Doch am wirtschaftlichen Gebaren der Fußballclubs verbessert die Reform kaum etwas, und auch die Kluft zwischen Madrid, Barcelona und dem Rest der Liga kann sie nicht verkleinern. Dafür verhilft das Gesetz zweifelhaften Geschäftsleuten zur Allmacht, mit oft bitteren Folgen für die Vereine und ihre Anhänger. Ausgenommen von der Pflicht zur SAD sind bis heute nur vier Clubs: Real Madrid, Barcelona, Athletic Bilbao und Osasuna. Die mitgliedergeführten Vereine aber wirtschaften auch nicht verantwortlicher als die anderen. »Spanien ist ein Land, in dem die Anhänger sehr gelitten haben«, sagt José Francisco Navarro, Präsident beim Fanverein Ciudad de Murcia. »Sie haben einen Hass auf das typisch spanische System, wo eine Person mit viel Geld ankommt und über alles entscheidet. Irgendwann haben die Fans gesagt: Jetzt reicht es. Der Club gehört mir, nicht dir.« Wo Vereine untergehen, müssen die Anhänger anpacken. Dass die ruinösen Großclubs während der Wirtschaftskrise weiter vom Staat gefüttert werden, während die Anhänger zu Hause mit dem Nötigsten zurechtkommen müssen, macht viele Fans wütend. Und in den kleinen Vereinen werden sie aktiv.

Im Nachhinein kann Teresa López schwer sagen, wann der Punkt kam, an dem sie die Liebe zu Real verlor. Um 2002 wird sie Fan von Ciudad de Murcia, dem Verein ihrer Heimatstadt, aber da ist es noch nicht so weit. Als Ciudad 2010 untergeht und das Projekt Fanverein beginnt, ändert sich allmählich die Welt. Fußball fühlt sich jetzt anders an als vorher. »Es ging nicht mehr so sehr um Sport. Es war mir nicht mehr wichtig, in welcher Liga meine Mannschaft spielt. Das hier wurde unser Projekt.« Teresa López arbeitet bald fast jeden Tag für den Verein. Es ist viel neben dem normalen Leben, und es wird nicht leichter: Als es losgeht mit dem Fanverein, sind

im harten Kern der Szene die meisten Leute noch Studenten. Jetzt haben sie Arbeit, Familie, man kann sich nicht fünf Mal teilen. Und abends wartet die Freiwilligenarbeit in Arbeitsgruppen: Finanzen, Soziales, Presse. Der Fanverein wird zu ihrem Umfeld, das vieles andere ausblendet, im Guten wie im Schlechten. Ciudad de Murcia lebt von einem kleinen Kreis von sehr Engagierten. Das macht die Organisation leichter, aber das Pensum größer. Dazu gibt es einen großen Rest von Fans, der vor allem dann abstimmt, wenn es um den Look des neuen Trikots geht, der manchmal vergisst, Beiträge zu zahlen, all diese Dinge. Aber Ciudad gibt zurück. Teresa López spürt das. Wenn sie heute Real Madrid im Fernsehen guckt, fühlt sie nichts mehr. »Ich schaue mir die Spiele an, aber ich bin nicht mehr nervös. Ich empfinde nichts.«

Ungefähr ein Mal im Monat stimmen die Anhänger im Plenum ab. Auf den Stühlen hockt ein kleiner Kreis von Aktiven: Sie kennen sich, sie sind befreundet. Es hat etwas von studentischer Arbeitsgruppe, dieselben Typen: Der Wortführer. Die Engagierte. Der Quertreiber. Der Schüchterne. Der Gruppenclown. Wer es spannend findet, diskutiert heute über einen Aufnäher am Trikotärmel, der vielleicht entfernt werden soll oder vielleicht auch nicht. Die Diskussion wabert vor sich hin. »Okay Leute, hat noch jemand was zu sagen?« Teresa López ist sehr aufmerksam. Sie hat viel zu sagen. Irgendwann, als es draußen immer dunkler wird und die Klimaanlage jetzt wirklich sehr kühlt, zerfleddert die Debatte in viele kleine Gesprächskreise. Aufbruchsgeist, Gemeinschaftsgefühl, Ermüdung von zu viel Gerede, in Murcia gibt es das alles auf einmal.

Es sind die Jungen, die das Projekt tragen. Die Älteren halten sich zurück; sie haben keine Zeit für so etwas. »Unsere Generation ist die, die alles angefangen hat«, sagt Teresa López. »Wir sind die, die den Karren ziehen.« Wer zieht den Karren, wenn die erste Generation erschöpft ist? Sie wissen, dass das ein Problem werden könnte. Im Moment aber ist Teresa López glücklich. Dass ihre Mannschaft nie in der ersten oder zweiten Liga spielen wird, sagt sie, habe sie akzeptiert. Vielleicht ist das die Formel, um einen Fanverein langfristig am Leben zu halten: Mit dem Kleinen zufrieden zu bleiben. Gemeinschaft gegen Erfolg zu tauschen und nicht nach den ganz großen Siegen zu schießen, oder nach der ersten Liga. Denn irgendwann kommt für auch Ciudad die Entscheidung zwischen Basisdemokratie und Pokalen.

Nicht nur die »Ley de 92«, das Gesetz, wird fast allen Profivereinen Mitgliederführung verbietet, wird einen Erstligisten Ciudad de Murcia wohl für immer verhindern. Es sind, wie überall, auch die Gesetze des Marktes. Ciudad gibt pro Jahr 6 000 bis 7 000 Euro für den Kader aus. In der vierten Liga ist das ein extrem schmaler Geldbeutel. Der Fanverein hat einen der drei niedrigsten Etats der Liga. Andere spanische Viertligisten, sagt José Navarro, zahlten Monatsgehälter von 800 bis 1 000 Euro, Murcia kann den Spielern nicht mal eine Wohnung finanzieren. Ciudad spielt in der vierten Liga gegen den Abstieg statt um den Aufstieg, und wenn man das Finanzierungskonzept beibehalten will, wird der Amateurfußball Endstation sein. Schon nach dem Aufstieg 2015 hat Ciudad de Murcia den Eintritt ins Stadion von drei Euro auf fünf Euro erhöht. Viel mehr ist in Süds Spanien auf dem Level nicht vermittelbar, und mehr wollen sie auch nicht verlangen. Rund 1 500 Zuschauer kommen pro Partie – es ist der höchste Wert der Liga. Sie sind stolz auf die Begeisterung. Aber es reicht nicht, um die wirtschaftlichen Nachteile des eigenen Systems auszugleichen.

Es ist noch nicht so lange her, dass Leute im Verein auftauchten, die nicht das Wohl von Ciudad im Sinne hatten. Die Geschäfte machen wollten, so sagt es Navarro. Man sei sie rechtzeitig losgeworden, sagt er. Aber die Sorge wird er nicht mehr los. Eines Tages, fürchtet er, falls Ciudad noch erfolgreicher werden sollte, könnten nicht zwei oder drei, sondern Hunderte dieser Menschen auftauchen. »Die Gefahr ist real.« Und so haben sie gelernt, dass es klüger sein kann, unter dem Radar zu bleiben. Sie wollen an der Grasnarbe wachsen, nicht nach oben. »Die Zukunft der Fanvereine liegt in den unteren Ligen«, glaubt José Navarro. Und im Stolz auf Kleinigkeiten. Teresa López sagt, ihr größter Wunsch sei kein Aufstieg. Sondern das neue Stadion für die Jugendteams fertig zu sehen. Schönen Fußball vermisst sie nicht. Und wenn doch, schaltet sie die Champions League an. Real oder so.



Der Fußballverein als Renditeobjekt? Insolvenzen? Arrogante Vereinsfunktionäre? Immer mehr Fans suchen nach Alternativen zum kommerzialisierten Fußballbetrieb und gründen oder übernehmen eigene Vereine. Alina Schwermer hat die interessantesten Beispiele in ganz Europa besucht und mit vielen Protagonisten gesprochen, zum Beispiel in England, Österreich, Spanien, Kroatien und Israel. In Deutschland erzählt sie von Mitsprache beim traditionellen e.V. Schalke 04, beim neuen Fanverein HFC Falke, der sich vom HSV abspaltete, und beim Online-Projekt von Fortuna Köln. In eindrücklichen Porträts schildert sie den Kampf um einen besseren Fußball. Alina Schwermer, Jahrgang 1991, hat Journalistik studiert und ist heute verantwortlich für den Berlin-Sport der Taz. Außerdem schreibt sie für die Jungle World. Sie ist Kölnerin und adoptierte Berlinerin. Verlag die Werkstatt, 224 Seiten, Februar 2018, Paperback. € 16,90

Erhältlich im taz Shop | www.taz.de/shop
taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin
T (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de





Die Umweltfrage ist ohne einen Systemwechsel nicht lösbar. Klimaaktivisten wissen das, aber sie stellen die Systemfrage nicht. Ein offener Brief

Liebe Fridays-for-Future-Aktivist*innen,

ich würde wirklich gerne mit euch demonstrieren, aber ich kann es nicht. Ich würde gerne „Junggebliebene weiße Männer for Future“ gründen, aber ich kann es nicht. Ich wäre wirklich gerne einmal Teil einer Jugendbewegung, aber ich kann mich euch nicht anschließen. Ihr steht gerade vor einer Grundsatzentscheidung. Der Entscheidung, ob ihr weiterhin das gute Gewissen einer falschen Lebensweise bleiben wollt oder ob ihr euch für einen fundamentalen Umbau dieser Gesellschaft einsetzt.

Ihr bezeichnet euch selber gerne als radikal, doch in Wahrheit verharret ihr auf der Ebene der rein rhetorischen Radikalität. Denn eure Forderungen sind Minimalforderungen, die uns erlauben sollen, weiter so leben zu können wie bislang. In den Medien wird oft der Vergleich mit den 68ern gezogen, aktuell seid ihr aber das Gegenteil der 68er-Bewegung. Damals haben die Jugendlichen die verkrustete Gesellschaft herausgefordert und die Systemfrage gestellt. Sie haben das Wirtschaftssystem angegriffen, alte Familienmodelle aufgebrochen und die Gesellschaft grundlegend verändert. Sie haben die Systemfrage gestellt. Wir profitieren noch heute von den Freiheiten, die damals gegen den Widerstand vieler hart erkämpft wurden. Eure Forderungen ge-

hen aber in eine ganz andere Richtung: sie nutzen vor allem der Verhinderung der Beantwortung dieser Systemfrage.

Dabei leben wir in einer wachstumsgetriebenen Ökonomie und müssen die Frage beantworten, wie wir innerhalb dieser die Klimakatastrophe verhindern wollen. Eine wachstumsgetriebene Ökonomie bedeutet: immer mehr Autos besitzen, immer mehr fliegen und immer mehr kaufen. Wie können wir in einem Wirtschaftsmodell des „Immer mehr“ das Klima retten? Die ehrliche Antwort: Es ist unmöglich. Die Umweltfrage ist ohne einen Systemwechsel nicht lösbar. Und das wisst auch ihr. Daher müsst ihr diese Frage in den Fokus rücken. Ich weiß, bei euch gibt es viele, die sie stellen wollen. Gebt ihnen eine Plattform.

Wir brauchen eine Alternative zum jetzigen Wirtschaftsmodell, und meine Generation hat in dieser Frage in Gänze versagt. Ich bin 33 Jahre alt. Meine Generation hat die Ökonomisierung der Gesellschaft auf die Spitze getrieben: Wir lassen uns unser Essen per Fahrradkurier nach Hause bringen. Wir sind die Generation Easyjet, die mal schnell für ein Wochenende nach Rom fliegt. Mit Airbnb haben wir nun selbst das Übernachten bei Fremden durchökonomisiert. Ihr müsst mit unserem Lebensmodell brechen.

Wie kann ein solcher Bruch mit dem jetzigen Wirtschaftsmodell aussehen? Sicherlich nicht allein durch eine CO₂-Steuer und durch einen Umbau des Energiesektors, wie ihr fordert. Eine CO₂-neutrale Gesellschaft ist in einer wachstumsgetriebenen Ökonomie nicht möglich. Nehmen wir das Beispiel der CO₂-Steuer beim Fliegen. Eine CO₂-Steuer würde die Ärmere treffen und ihre bereits geringe Mobilität weiter einschränken. Den Vielflieger würde eine geringe Steigerung der Preise von Flugtickets wiederum nicht stören. Die Party ginge größtenteils weiter wie bislang. Warum verteilen wir nicht Kontingente an Kilometern, die jede Person verfliegen darf? Wir starten erst mit einer recht hohen Anzahl an Kilometern und reduzieren diese dann langsam und stetig. Es wäre ein wirklicher ökonomischer Systemwechsel.

Das Beispiel zeigt: Denkt groß, denkt radikal, denkt grundlegend, denkt über den jetzigen Kapitalismus hinaus. Dank eures Alters habt ihr das Privileg des freien Denkens. Stört unser bis zur Perfektion einstudiertes Leben. Das ist eure Aufgabe. Ihr dürft uns das „Weiter so“ nicht durchgehen lassen. Doch eure bisherigen Forderungen spielen uns in die Karten.

Durch die fehlende Systemfrage seid ihr ein immanenter

Baustein des „Weiter so“. Ohne die Systemfrage seid ihr eine Stütze des falschen Systems. Geht die Party weiter oder bauen wir die Gesellschaft jetzt grundlegend um? Das entscheidet ihr. Werdet endlich radikal.

Für diese neue Radikalität müsstet ihr euer politisches Engagement verändern. Ihr könnt euch aktuell auf eine einzelne politische Frage konzentrieren. Aus der eigenen Betroffenheit heraus versucht ihr gesellschaftliche Lösungen zu finden. Meine Generation hat mit der Individualisierung des politischen Engagements angefangen – ihr seid dabei, das zu per-

tet. Welche innerparteiliche Position man für Themen einnimmt, interessiert da draußen niemand. Man ist Teil des politischen Kollektivs und daher auch für alles mitverantwortlich.

Parteien sind große heterogene Gruppen, die Volksparteien im Besonderen. Da stößt man mit neuen Themen oft auf große Ablehnung. Als ich vor zehn Jahren mit dem Thema Digitalisierung in der SPD ankam, brach auch keine Welle der Begeisterung aus. Bis heute kämpfe ich um Beachtung für das Thema. In einer neuen, jungen Bewegung ist es da sicherlich viel gemüthlicher. Der Herausforderung Par-

Meine Generation hat in jeglicher Hinsicht gezeigt, wie ihr es nicht machen solltet. Wir hatten alle Möglichkeiten, diese Gesellschaft zum Besseren zu verändern, aber wir haben alles schlimmer gemacht. Der Zufall der Geburt hat die Anfänge des Internets und meine Jugend synchronisiert. Das Internet, als ich es zum ersten Mal kennenlernte, war ein toller Ort: dezentral aufgebaut und anarchisch. Den Namen Mark Zuckerberg kannte kaum einer. Ich war der festen Überzeugung, es wäre unser Woodstock. Aus Gitarrenriffs seien Nullen und Einsen geworden.

„

Ohne die Systemfrage seid ihr eine Stütze des falschen Systems. Geht die Party weiter oder bauen wir die Gesellschaft jetzt grundlegend um? Das entscheidet ihr. Werdet endlich radikal

fektionieren. Es ist gemüthlich, sich mit nur einem Thema in einer weitgehend homogenen Gruppe zu befassen: Man kann die reine Lehre predigen.

Der Aktivist – also die individuelle Problemlösung – ist in den vergangenen Jahren zum neuen Star des politischen Engagements aufgestiegen. Er wird mittlerweile gesellschaftlich auf Händen getragen. Ihr seid die perfekte Bewegung für eine durchindividualisierte Generation: *instagrammable*, frei von Mehrdeutigkeiten und moralisch auf der richtigen Seite. Bislang konnte aber noch niemand sagen, wie aus einem immer individueller werdenden Engagement ein gesamtgesellschaftliches Konzept werden soll. Die Umweltfrage ist nicht ohne die Wirtschaftsfrage zu beantworten. Die Wirtschaftsfrage ist nicht ohne die Gerechtigkeitsfrage zu beantworten. Und die Gerechtigkeitsfrage ist nicht ohne die Umweltfrage zu beantworten. Aus der Kombination aus all dem wird dann irgendwann die Systemfrage.

Ich beneide euch. Mit einem Engagement in einer Partei habe ich einen anderen Weg als ihr gewählt. Ich wurde wegen meiner Parteimitgliedschaft schon oft bedroht und beschimpft. Einem Freund wurde an einem Infostand mit dem Hinweis „Danke für Hartz IV“ ein Eimer Wasser über den Kopf geschüt-

tet. Es ist eure Aufgabe, die Parteivorsitzwahl meiner Partei zum Festival der Ideen für Umweltschutz zu machen. Sprengt unsere Parteitage mit neuen Ideen und bringt uns zum Nachdenken. Von euch kommen immer mehr Forderungen, aber ihr kommt nicht in die Parteien und ihr lasst uns da ziemlich alleine sitzen.

Da ihr die Systemfrage nicht beantworten wollt, verharret ihr derzeit auf der symbolischen Ebene. Ihr dürft vor der UNO sprechen, werdet zu Talkshows eingeladen und bekommt Titelbilder in Magazinen. Es ist gesellschaftlich schick geworden, sich mit euch zu umgeben. Vor einigen Tagen habe ich durch meine „Instagram Stories“ geschaut und da empfahl mir der Sohn von Will Smith einen TED-Talk von euch, wie man Klimaaktivist*in wird. Bei eurem Camp tritt Joko Wintercheid auf. Aber Veränderung erreicht man nur durch Reibung, durch Widerstand. Wenn ihr Veränderung einfordert und euch alle zujubeln, dann stimmt irgendwas nicht. Ihr sprecht das richtige Problem an, eure Antworten sind aber noch zu klein. Mit dem Beantworten der Systemfrage würde auch euer gesellschaftlicher Applaus abebben, aber ihr könntet diese Gesellschaft dann wirklich verändern.

Das Internet ist meiner Generation aber entglitten. Sein Freiheitsversprechen hat sich ins Gegenteil verkehrt. Wir haben uns um die Gestaltung des Netzes gekümmert und dabei Gesellschaft und Politik vergessen. Wir dachten, das Internet habe eine solche Ausstrahlungskraft auf den Rest der Gesellschaft, dass wir uns einzig und allein darum kümmern müssten. Dann kamen Mark Zuckerberg, Amazon und Google und haben die Systemfrage für uns beantwortet. Euch darf das mit dem Klima nicht passieren, es steht zu viel auf Spiel.

Die Systemfrage zu stellen wird nicht leicht. Es wird viel Kraft kosten. Aber ich verspreche euch, es lohnt sich. Und ich verspreche euch: dann gründe ich „Junggebliebene weiße Männer for Future“ und streike mit euch, wenn ich das noch darf.



Foto: Marcel Maffei

Yannick Haan ist Publizist und Politiker. Er ist Vorsitzender der SPD Alexanderplatz und Mitglied der medien- und netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Anzeige

Klima schützen - sozial - europaweit
Wir unterstützen den Globalen Klimastreik



Mercosur-Pakt vor dem Aus

Österreich will das Mercosur-EU-Freihandelsabkommen nicht ratifizieren. Jetzt drängen Grüne und Linke im Bundestag auch die deutsche Regierung zu einer Ablehnung. Doch die will an dem Wirtschaftspakt festhalten.

Auf Antrag der SPÖ hatte sich am Mittwoch der EU-Unterausschuss des Nationalrats für ein Veto gegen eine Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Alle Parteien mit Ausnahme der Neos haben dem Antrag zugestimmt. Das Veto ist für die Übergangsregierung und auch künftige Regierungen bindend. „Das Abkommen wäre schlecht für unsere Landwirtschaft, insbesondere aber für Klimaschutz und Arbeitnehmerrechte in Südamerika gewesen“, begründete Jörg Leichtfried (SPÖ) die Ablehnung.

Frankreich, Irland und Luxemburg wollen den Pakt ebenfalls auf Eis legen. Auch viele NGOs wenden sich gegen den Vertrag, weil damit der rechtsextreme brasilianische Präsident Jair Bolsonaro gestärkt wird. Dem südamerikanischen Wirtschaftsband gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an.

Anja Krüger

Groko-Versuche in Israel

Nach der Parlamentswahl in Israel haben sowohl Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) als auch sein Herausforderer Benny Gantz (Blau-Weiß) zur Bildung einer Einheitsregierung aufgerufen. „Die Nation erwartet von uns, dass wir zusammenarbeiten“, sagte Netanjahu. Nach Auszählung von 98 Prozent der Stimmen zieht Blau-Weiß voraussichtlich mit 33 Mandaten in die Knesset ein, der Likud mit 31.

Doch das Konzept „Einheitsregierung“ ist nur der kleinste gemeinsame Nenner, nachdem die Israelis am Dienstag erneut ein Patt gewählt haben: Weder ein Rechtsbündnis unter Netanjahu noch ein Mitte-links-Bündnis unter Wahlsieger Benny Gantz hätte eine regierungsfähige Mehrheit in der Knesset mit ihren 120 Sitzen. Die Frage ist nun, wer in einer Einheitsregierung – also in einer Großen Koalition aus Likud, Blau-Weiß und möglicherweise weiteren Parteien – Regierungschef würde. Gantz hat zur Bedingung für eine Groko gemacht, dass sie nicht von Netanjahu geführt wird. Netanjahu will aber offenbar Regierungschef bleiben. Das zeigt sein Aufruf vom Donnerstag zu einer Groko, die auch Likud-Verbündete einbeziehen würde: die ultra-orthodoxen Parteien Schas und UTJ.

Ins Gespräch brachte Netanjahu aber auch einen Kompromissvorschlag: das Rotationsprinzip. Demnach würde Gantz Netanjahu (oder Netanjahu Gantz?) zum Beispiel nach zwei Jahren ablösen. Ein solches Modell hat es in den achtziger Jahren bereits gegeben.

Jannis Hagmann

Entscheidung jetzt, Debatte später

Gesetzliche Krankenkassen sollen künftig pränatale Tests zur Ermittlung des Downsyndroms bezahlen. Von Behindertenverbänden kommt vehemente Kritik

Aus Berlin **Patricia Hecht**

Der Bluttest auf das Downsyndrom soll für Schwangere mit besonderem Risiko künftig von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden. Das entschied am Donnerstag der sogenannte Gemeinsame Bundesausschuss, ein Gremium aus ÄrztInnen und VertreterInnen von Krankenkassen.

Anders als bei Fruchtwasseruntersuchungen, die auch bisher schon kassenfinanziert möglich sind, aber das Risiko einer Fehlgeburt erhöhen, ist der Test risikolos sowohl für die Schwangere als auch den Embryo. Zwar sei die Entscheidung „schwierig, weil sie fundamental-ethische Grundfragen unserer Gesellschaft berührt“, sagte der Ausschussvorsitzende Josef Hecken. Natürlich wolle man nicht, dass es zu einer „Selektion“ von Embryonen mit Trisomie 21 komme.

kein ausreichendes Risiko sein. Doch welche Faktoren zum Tragen kommen, müsse individuell entschieden werden, hieß es.

Das Gen-ethische Netzwerk, das Entwicklungen in den Gen- und Reproduktionstechnologien verfolgt und aufarbeitet, kritisiert, diese Risikodefinition sei „extrem ungenau“. Mit der Zulassung als Kassenleistung, so die Verantwortliche im Fachbereich Reproduktionstechnologien, Kirsten Achtekel, sei deshalb eine „erhebliche Ausweitung“ des Tests zu befürchten.

Der Druck auf Eltern, den Test zu machen, werde steigen. Auch Behindertenverbände wie die Lebenshilfe befürchten, dass durch den kassenfinanzierten Test Föten mit Trisomie 21 noch stärker als bisher vor der Geburt „ausortiert“ werden könnten. Um das zu verhindern, sollen laut Gemeinsamen Bundesaus-

schuss ÄrztInnen Frauen künftig besser darüber aufklären, was ein positives Testergebnis bedeutet. Bei der Beratung soll eine ÄrztIn anwesend sein, die Erfahrung mit TrisomiepatientInnen hat, außerdem sollen Kontakte zu Beratungsstellen vermittelt werden.

Corinna Rüffer, behindertenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, sagte, sie halte die Entscheidung für falsch. Der Test suggeriere Schwangeren, es sei ein Risiko, ein Kind mit Trisomie 21 zu bekommen. Rüffer hatte sich für ein Moratorium des Verfahrens ausgesprochen. Bereits im April hatte es unter anderem auf ihre Initiative eine erste Orientierungsdebatte im Bundestag zum Thema gegeben. Nun überlege eine interfraktionelle Gruppe, wie man „konkret tätig“ werden könne.

Der Druck auf Eltern, den Test zu machen, werde steigen. Auch Behindertenverbände wie die Lebenshilfe befürchten, dass durch den kassenfinanzierten Test Föten mit Trisomie 21 noch stärker als bisher vor der Geburt „ausortiert“ werden könnten. Um das zu verhindern, sollen laut Gemeinsamen Bundesaus-

Atomunfall ohne Schuldigen

Nach dem Prozess um die Schuldfrage bei der Havarie im AKW Fukushima Daiichi werden drei Ex-Manager des Stromkonzerns Tepco freigesprochen. ZuschauerInnen im Gerichtssaal reagieren empört



Aus Tokio **Martin Fritz**

Ein Bezirksgericht in Tokio hat drei Ex-Topmanager des Stromriesen Tepco in Zusammenhang mit der Fukushima-Katastrophe freigesprochen. Damit gibt es weiter keinen strafrechtlich Schuldigen für den größten zivilen Atomunfall seit Tschernobyl. Der zweijährige Prozess drehte sich um die Frage, ob die Havarie im AKW Fukushima Daiichi hätte verhindert werden können. Die Führungskräfte hatten eine Warnung vor der Möglichkeit eines starken Tsunamis erhalten, aber die Schutzmaßnahmen der Atomanlage nicht verstärkt, sondern nur den japanischen Ingenieurverband um eine Stellungnahme gebeten.

Die Manager waren wegen „professioneller Fahrlässigkeit mit Todesfolge“ angeklagt. Sie hätten durch ihr Nichthandeln den Tod von 44 Menschen verursacht, darunter Patienten, die bei der Evakuierung eines Krankenhauses starben. Außerdem seien sie für die Verletzung von 13 Menschen durch Wasserstoffexplosionen verantwortlich. Die

Staatsanwälte forderten eine Freiheitsstrafe von je fünf Jahren.

Vor Gericht hatten der 79-jährige Tsunehisa Katsumata, damals der Vorsitzende des Tepco-Verwaltungsrats, sowie die Ex-Vizepräsidenten Ichiro Takekuro (73) und Sakae Muto (69) erklärt, dass sie den massiven Tsunami, der die Kernschmelzen in drei Reaktoren verursachte, nicht vorhersehen konnten. Das Gericht folgte dieser Argumentation, die auch Tepco bis heute benutzt. „Es wäre unmöglich, ein Atomkraftwerk zu betreiben, wenn die Betreiber verpflichtet wären, jede Möglichkeit eines Tsunamis vorherzusagen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“, begründete der Vorsitzende Richter Kenichi Nagafuchi sein Urteil.

Darüber empörte sich eine Zuschauerin noch im Gerichtssaal mit dem Aufschrei: „Unglaublich!“ Eine andere Frau brach nach dem Urteil in Tränen aus. „Wir werden bis zu unserem Tode weiterkämpfen“, schluchzte sie. Die Protestler waren teilweise aus Fukushima

angereist. Greenpeace-Sprecher Shaun Burnie sprach von einem Justizversagen. „Das Urteil ist keine Überraschung, weil ein Schuldspruch ein verheerender Schlag gegen Tepco, die Regierung von Shinzo Abe und die japanische Nuklearindustrie gewesen wäre“, sagte Burnie in Tokio. Einer der Sprecher der Klägeranwälte, Yuichi Kado, betonte, dass der Prozess die

„Wir werden bis zu unserem Tode weiterkämpfen“

Eine Protestlerin im Gerichtssaal

Schuld der drei Manager vollkommen erwiesen habe. Daher gilt ein Revisionsverfahren als wahrscheinlich.

Unabhängige Beobachter hatten mit einem Freispruch gerechnet. Denn die Staatsanwaltschaft hatte zwei Mal den Antrag von 5.700 Bürgern abgelehnt, einen Prozess zu eröffnen, da es nicht genug Beweise gebe und

eine Verurteilung zweifelhaft sei. Jedoch hatte ein mit Laien besetzter Ausschuss vor vier Jahren ein Verfahren gegen die drei Männer angeordnet. Diesem Entscheid musste die Justiz folgen und ernannte zu diesem Zweck unabhängige Anwälte als Strafverfolger.

Die japanische Regierung hatte bereits 2002 davor gewarnt, dass in Fukushima ein Tsunami von bis zu 15,7 Metern möglich sei. Die Tepco-Führung erhielt diese Schätzung 2008 und reagierte nicht, obwohl die Notstromaggregate und die Schalttafeln des AKWs nur wenige Meter über dem Meeresspiegel standen. Eine unabhängige Untersuchungskommission erklärte dieses Verhalten 2012 damit, dass die Atomindustrie sich selbst überwachen durfte. Daher sei es ein Desaster von Menschenhand gewesen. „Wir entschuldigen uns erneut aufrichtig dafür, dass wir vielen Menschen, auch in der Präfektur Fukushima, große Schwierigkeiten und Sorgen bereitet haben“, beteuerte das Unternehmen nach dem Urteil.

Kommt es zu Kenia in Potsdam?

In Brandenburg bahnen sich Verhandlungen von SPD, CDU und Grünen für eine Kenia-Koalition an. Die *Potsdamer Neuesten Nachrichten* berichteten am Donnerstag, dass SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke, die CDU-Landesspitze und die Grünen-Führung die Aufnahme von Verhandlungen hierfür empfehlen. Am Nachmittag trafen sich die Landesspitzen, danach sollten die Pläne vorgestellt werden. Bei den Grünen entscheidet ein „Kleiner Parteitag“ am Samstag. Ein rot-grün-rotes Bündnis wäre damit vom Tisch. Aus Kreisen der Linken hieß es am Donnerstag: „Brandenburg braucht eine starke und gute Opposition.“ (dpa)

Seehofer als Retter in der Kritik

Vor dem Treffen mehrerer EU-Innenminister in Malta zur Verteilung von Geflüchteten kanzelte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Kritiker an seinem jüngsten Vorstoß zur Seenotrettung ab. Er weise die Kritik „aufs Schärfste zurück“, sagte er am Donnerstag in Berlin. „Es ist unglaublich, dass man sich als Bundesinnenminister für die Rettung von Menschen vor dem Ertrinken rechtfertigen muss.“

Seehofer hatte zuletzt angekündigt, 25 Prozent aller aus dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten in Deutschland aufnehmen zu wollen. „Das wird unsere Migrationspolitik nicht überfordern.“ Darauf war es zu Kritik auch aus den eigenen Reihen gekommen. Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mike Mohring sprach von einem „Anreizsystem“, das „kein guter Weg“ sei. Auch Bayerns CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer lehnte „Aufnahmegarantien“ ab.

Seehofer hielt dem am Donnerstag Zahlen entgegen. Seit Juli 2018 habe sich Deutschland zur Aufnahme von 565 der seitdem 2.199 aus Seenot Geretteten bereit erklärt. 225 Personen, deren Sicherheitsüberprüfungen positiv verliefen, seien tatsächlich nach Deutschland gebracht worden. Man rede also von einer sehr überschaubaren Zahl, sagte Seehofer. Denn insgesamt habe es in diesem Jahr bis August 98.000 Asylerstanträge in Deutschland gegeben. Die Aufnahme der Seenotgeretteten sei „Lichtjahre entfernt von einer Veränderung der Migrationspolitik der Bundesregierung“.

Am Montag wollen sich Deutschland, Italien, Frankreich und Malta in Malta mit dem EU-Ratsvorsitzenden Finlann treffen, um ein festes Verfahren zur Seenotrettung zu vereinbaren. Zuletzt saßen Gerettete immer wieder auf Rettungsschiffen fest, weil EU-Staaten ein Anlegen der Schiffe untersagten und sich über die Aufnahme der Menschen stritten. Der Vorschlag der Länder soll dem EU-Innenminister am 8. Oktober vorgelegt werden. Konrad Litschko

„Alle sind unschuldig – ein ungerechter Satz“, Demonstranten protestieren vor dem Bezirksgericht in Tokio am 19. 9. 2019
Foto: Kyodo/reuters



Peter Weissenburger
Kuscheln in Ketten

Wie man dem Blümchensex abhandenkommt

Mittlerweile habe ich vergessen, wie das gehen soll mit den Blümchensex. Lange hingegen dachte ich, das muss so. Ist ein bisschen wie Klimawandelleugnen, wenn man das eigene Begehren leugnet. Funktioniert eine Weile, bringt aber nichts, weil die Unausweichlichkeiten Unausweichlichkeiten bleiben, egal ob man hin- oder wegsieht.

Blümchensex ist die Art Verkehr, die ohne jedes Spiel mit Gewalt und Unterwerfung auskommt, ohne Kneifen, Beißen und Kitzeln und ohne Fantasien. Auf Englisch heißt dieser Sex „Vanilla“, ganz so wie jene Geschmacksrichtung, auf die sich alle einigen können, an die man sich aber am wenigsten erinnert.

Blümchensex ist die Vorstellung, dass Verkehr freundlich und streichelig sein muss, schmerzfrei und süß, voller Weichzeichner und schüchtern ausgetauschten Lächelnheiten. Da ist an und für sich nichts Verwerfliches – Kuscheln ist Power. Schade ist bloß, wenn alle, die sich nach mehr sehnen als Zärtlichkeit, das Gefühl haben müssen, dass irgendetwas nicht in Ordnung ist. Blümchensex baut auf die Annahme auf, dass Nähe durch Reibung im Beckenbodenbereich entsteht. Er dreht sich vor allem um Penetration und die dadurch entstehende Stimulation von Rektum, Scheidenwand, Klitoris oder Prostata.

Für alles, was nicht Penetration ist, hat Blümchensex das grauenvolle Wort „Vorspiel“ übrig. Ein Konzept so freudlos und inhuman, dass es sämtliche erogenen Zonen und das komplette menschliche Vorstellungsvermögen zu einer Art Hilfswissenschaft für das Schema „Stecker und Steckdose“ reduziert. Nicht, dass an Penetration irgendetwas falsch wäre.

Aber es gibt eben noch Ohrläppchen, Brustwarzen, Lippen, Halsschlagadern und Achselhöhlen, und wer die kennt, der kennt auch ihre besten Freunde, die Finger, Zungen, Zähne und Nägel. Und wer Stimulation ernsthaft ausprobiert, landet schneller als gedacht beim Schmerz. Vielleicht nicht beim heftigen, vielleicht gar nicht mal beim echten, sondern beim potenziellen, beim angetäuschten, beim vorgestellten. Aber eben beim Schmerz. Wer Lust hat, das Spektrum von Reiz-Reaktions-Mustern am eigenen und am anderen Körper zu erkunden (wohlgemerkt: mit Konsens!), hat Blümchensex schneller verlassen, als er oder sie gedacht hat.

Man muss das nicht lieben. Man kann es lassen oder eben machen. Es gibt drei Sorten Leute: diejenigen, die wissen, worauf sie Lust haben und es sich holen; diejenigen, die keine Ahnung haben, was sie wollen, und deshalb noch viel entdecken dürfen; und diejenigen, die ihr Begehren kennen und es leugnen.

Der Unterschied zum Klimaleugnen besteht übrigens darin, dass der Klimawandel eine grauenvolle Realität ist, der wir wohl oder übel ins Auge sehen müssen. Dagegen hat die unendliche Realität sexuellen Begehrens nichts Grauenvolles. Hier erwartet uns am Ende des Leugnens nur eins: Freiheit.

Die Fünftagevorschau

Mo., 23. 9.
Melisa Erkurt
Nachtsitzen

Di., 24. 9.
Anja Maier
Bauern-Frühstück

Mi., 25. 9.
Ronya Othmann & Cemile Sahin
Orient Express

Do., 26. 9.
Michelle Demishevich
Lost in Trans*Lation

Fr., 27. 9.
Anna Dushime
Bei aller Liebe

kolumne
@taz.de

Wüste Welt: Der Klimawandel verschärft Probleme bei der Wassernutzung. Die UNO schätzt, dass jedes Jahr 12 Millionen Hektar Ackerland verloren gehen. Zwei junge Männer auf dem Weg zur einzigen Wasserquelle in der Oase Tanouchert, Sahelzone, März 2018
Foto: Ferhat Bouda/VU/laif



Orte des Klimawandels Mauretanien

talk of the town

Scheiße fressen für das Klima

Vegetarier eckeln sich oft vor dem fleischlastigen Futter ihrer Hunde und Katzen. Aber wäre es nicht auch möglich, die eigenen Haustiere auf pflanzliche Nahrung umzustellen?

Von **Helmut Höge**

Außer für Pandas, die sich auch in Freiheit gerne von Bambussprossen ernähren, ist eine vegetarische Ernährung für Raubtiere ein frustrierender Gedanke. Aber wenn Hunde- oder Katzenhalter anfangen, sich vegetarisch zu ernähren, möchten sie nicht gerne weiterhin täglich ekelhaft riechenden Pansen, blutige Leberstücke oder glitschige Lammlachsstreifen für ihre Lieblinge zubereiten. Sie entwickeln einen Ekel vor Fleisch und Fisch, während ihre Hunde und Katzen sich umgekehrt eher vor vegetarischem Essen eckeln, wie ich selbst herausfand und immer mal wieder teste.

Ich kenne jedoch einen Hund, der in einem schwedischen Ashram lebt und sich primär von Gurken ernährt. Allerdings entwickelt er gelegentlich Heißhunger auf Maulwürfe und überfahrene Tiere. Andere Hunde kompensieren ihren Fleischmangel, indem sie menschliche Scheiße fressen.

Der Spandauer Fischzüchter Benjamin Wohlfeld hat mal junge fleischfressende Piranhas auf pflanzliche Ernährung umerzogen, indem er sie zu erwachsenen Piranhas ins Becken setzte, die sich vegetarisch ernährten. Dort mussten sie sich notgedrungen von deren Scheiße ernähren. Irgendwann hatten sie genug Pflanzen verdauende Bakterien im Magen – und konnten als Vegetarier überleben. Ähnliches gelang amerikanischen Offiziersbarschforschern und Forellenzüchtern, die ihre Fische mit Pellets ernährten, die komplett aus Pflanzen – Soja, Leinsamen, Pistazien und Algen – bestanden.

Allerdings gilt dabei: „Je weniger tierische Zusätze im Futter sind, desto komplexer müssen die Mischungen sein,“ sagt Bert Wecker vom Aquakultur-Anlagenbauer „Neomar“. Die Tierärztin Britta Dobenecker vom Lehrstuhl für Tierernährung an der Universität München sagte in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, das gelte auch für

die Landraubtiere Katze und Hund. Die Versorgung mit allen Nährstoffen sei bei vegetarischem Futter weitaus schwieriger als bei Fleisch. Eine vegane Ernährung ohne Milch und Eier sei überhaupt nicht möglich. Hunde würden manchmal von einer Umstellung auf vegetarisches Futter, „sogar profitieren“. Sie seien zwar „Fleischfresser“, aber mit der „Tendenz zum Allesfresser“. Katzen hingegen sollten lieber „Fleischfresser“ bleiben, da sie „eine vegetarische Ernährung keinesfalls vertragen“ würden.

Britta Dobenecker zeigte sich skeptisch gegenüber den bisherigen Studien über vegetarisch ernährte Haustiere, weil dafür nur wenige Tiere dabei untersucht wurden. Zudem komme es bei den Haltern von vegetarisch ernährten Tieren möglicherweise zu einem Placebo-Effekt: „Wer davon überzeugt ist, dass fleischloses Futter seinem Hund besser bekommt, auf den wirkt das Fell des Tieres womöglich dichter und glänzender.“

Bei Katzen hilft manchmal ein anderer Selbstbetrug, angefangen bei ihren Besitzern. Zum Beispiel, wenn sie das Feuchtfutter „Multifit Ragout“ von der Marke „Fressnapf“ kaufen, das Kaninchenfleisch enthalten soll. Tester der Stiftung Warentest fanden heraus, dass sie gar kein Kaninchen enthalten, doch die Katzen scheinen es dennoch gerne zu fressen.

Insgesamt wurden für die Studie 25 Katzenfutter-Sorten analysiert. Dazu heißt es auf ihrer Webseite: „Gleich sechs Feuchtfutter im Test sind mangelhaft. Sie enthalten zu wenig oder zu viel der Schlüsselnährstoffe für Katzen wie Fett, Eiweiß, Vitamine und Mineralstoffe. Jedes zweite Produkt enthält zu viel Phosphor. Das kann möglicherweise den Nieren der Katze schaden. Chronische Nierenerkrankungen sind häufig und nicht heilbar. Eine günstige Kalziummenge kann zu viel Phosphor ausgleichen, doch nur fünf der phosphorreichen Produkte bieten sie. Fünf Futter überschreiten die Höchstmenge an Natrium.“

Mit anderen Worten: Auch das den Katzen angebotene Fleisch in Dosen ist selten gesund. Meine zwei Katzen sehen das auch so, wie ich glaube. Wirklich scharf sind sie nur auf Fliegen oder Motten. Wobei es natürlich sein kann, dass der Witz an diesen lebenden Fluginsekten darin besteht, dass sie nicht in einer Schale liegen, sondern mit einiger Ausdauer über Tische und Schränke gejagt werden müssen. Da leuchten ihre Augen. Katzen und Hunde sind

Ich kenne einen Hund, der in einem schwedischen Ashram lebt und sich primär von Gurken ernährt

Jäger. Sie freuen sich über jede Jagd, auch wenn sie erfolglos war, wie der US-Autor Mark Rowlands in seinem schönen Buch „Der Philosoph und der Wolf“ (2009) schreibt.

Ernährungsphysiologisch hat die lange Domestikation des Hundes laut Tierärztin Britta Dobenecker Spuren in seinem Verdauungstrakt hinterlassen: „Stärke ist ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Ernährung und Hunde können sie deutlich besser verdauen als Wölfe.“ Dessen ungeachtet gelte für Hunde aber noch immer, dass sie „in vielen Fällen Nährstoffe aus pflanzlichen Quellen schlechter verwerten als aus tierischen“.

In Franz Kafkas Erzählung „Forschungen eines Hundes“ denkt der Hund über die Ursprünge seiner Nahrung nach. Er geht davon aus, dass die Lebensmittel von oben kommen. Aus der Luft gewissermaßen – so wie es bereits die alte Menschheitsidee nahelegte, dass alle guten Dinge von Gott kommen – was oft quasiwissenschaftlich oder theologisch begründet wurde. Obwohl die „Forschungen“ des Hundes also nur ange stellt wurden, um die Herkunft

des Hundefutters vom Herrn (Herrchen) zu klären, wird dieser ausgeklammert.

Vielleicht kann eine Geschichte des Marxisten Alfred Sohn-Rethel diese Forschung erhellen: „Gesetzt den Fall, wir gehen mit unserem Hund in einen Fleischerladen, alles was dort geschieht, versteht auch der Hund. Das Deuten auf dieses oder jenes Fleischstück, dass und wie der Schlachter die Portionen abwägt, einpackt, uns rüberreicht usw. Aber wenn wir dann das Geld aus dem Portemonnaie nehmen, es abzählen und die Ware damit bezahlen – das versteht der Hund nicht. Da beginnt die ‚Realabstraktion‘ des Kapitalismus, in der der Warenverkehr den nexus rerum der Gesellschaft bildet, der ein rein abstrakter Zusammenhang ist.“ Und für den Hund deswegen nicht zu ergründen ist.

Ganz anders ist es, wenn wir mit dem Hund in einen Gemüseladen gehen: Der Händler packt den Salat ein und reicht sie dem Herrchen über den Tresen. An diesem Punkt denkt der Hund: Warum kauft der so einen Scheiß? Oder, wenn er bereits vegetarisch umerzogen wurde: „Warum denn schon wieder dieser Scheiß?“ Da nützt auch keine wissenschaftliche Erkenntnis, dass die Unterschiede zwischen Pflanzen und Tieren gering sind oder das Erbgut von Bananen und Menschen zur Hälfte identisch ist.

„Gesetzt den Fall“, schreibt die feministische US-Biologin Donna Haraway, „eine Wildkatze hinterlässt Junge, die von einem Haushalt bestehend aus überqualifizierten, wissenschaftlich ausgebildeten Kriegsgegnern mittleren Alters aufgenommen werden, oder von einer Tierwohlfahrtsorganisation, die eine Ideologie zum Schutz des Wilden und Tierrechte propagiert: Wird das Tier bei ihnen garantiert glücklich werden, wo die Wildheit doch unsere ganze Hoffnung ist?“ Ja, das ist die eigentliche Frage hier, und sie lässt sich zufriedenstellend nur individuell beantworten. Es gibt ja die seltsamsten Geschmäcker – auch bei Hunden und Katzen.

Anzeige

»Das Klimapaket darf nicht von kleinen und mittleren Einkommen bezahlt werden. Im Gegenteil: Die sollten vom Umbau profitieren. Das wäre nicht nur gerecht, sondern würde die Akzeptanz für Klimaschutz deutlich erhöhen und wäre zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wir brauchen eine Klimareichensteuer, um das Klimapaket zu bezahlen.«

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.linksfraktion.de

„Wir sehen den Beginn der Ära der Klima-Barbarei“

Naomi Klein über ihr neues Buch „On Fire“, Lösungen für die Klimakrise, Greta Thunberg und die Fehler ihrer Generation

Interview von Natalie Hanman

Foto: Alessia Gulliani/Polaris/laif



Naomi Klein, Jahrgang 1970, feierte ihren Durchbruch 2000 mit dem internationalen Bestseller *No Logo!* über die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken Südasiens. Naomi Klein schreibt und berichtet regelmäßig für CNN, BBC und die *Washington Post*. Gerade ist ihr neues Buch „On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal“ im englischen Original erschienen, 320 Seiten.

taz: Frau Klein, warum veröffentlichen Sie dieses Buch gerade jetzt?

Naomi Klein: Die Art und Weise, wie wir über den Klimawandel sprechen, ist oft zu kleinteilig und zu ignorant gegenüber den anderen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind. Das große Thema, das sich durch dieses Buch zieht, ist der Zusammenhang zwischen der wachsenden Krise der *white supremacy*, den verschiedenen Formen des Nationalismus, der Tatsache, dass so viele Menschen aus ihren Heimatländern vertrieben werden, und dem Krieg, der um unsere Aufmerksamkeitsspanne geführt wird. Diese Krisen überschneiden sich und sind miteinander verbunden. Und so müssten auch die Lösungen sein.

Das Buch versammelt Essays aus den letzten zehn Jahren. Denken Sie heute über manche Fragen anders?

Ich denke heute, dass ich der Herausforderung des Klimawandels für die Linke nicht genug Nachdruck verliehen habe. Es ist offensichtlicher, wie die Klimakrise eine rechtsgerichtete Weltanschauung und den Kult des Zentrismus herausfordert, der nie etwas Großes verändern will, sondern immer versucht, sich auf halbem Wege entgegenzukommen. Aber eine linke Weltanschauung, die im Wesentlichen nur daran interessiert ist, die Verheerungen des Extraktivismus, also des Prozesses der Entnahme natürlicher Ressourcen aus der Erde, anders zu verteilen, wird auch neu gefordert, da sie die realen Grenzen unseres endlosen Konsums bisher genauso wenig in ihre Rechnung einbezieht.

Was hält die Linke davon ab, diese Herausforderung anzunehmen?

Im nordamerikanischen Kontext ist es das größte Tabu, zuzugeben, dass es tatsächlich Grenzen geben wird. Das trifft den amerikanischen Traum mitten ins Herz. Jede Generation soll mehr bekommen als die vorangegangene, es gibt immer eine neue Grenze, die man erobern kann – das ist die Grundidee von Kolonialnationen, von Siedlernationen wie der unseren. Wenn nun jemand kommt und sagt, dass es Grenzen gibt, die nicht zu verändern sind, dass wir einige schwierige Entscheidungen treffen müssen, wie wir mit dem, was noch übrig ist, umgehen, dass wir gerecht teilen müssen – nun, das wird psychologisch

als eine *Attacke* empfunden. Das wollte die Linke vermeiden: Nein, wir werden euch eure Sachen nicht wegnehmen, es wird auch viele Vorteile geben. Und es stimmt ja: Wir werden lebenswertere Städte haben, die Luft wird weniger verschmutzt sein, wir werden weniger Zeit im Verkehrsstau verbringen, wir können ein glücklicheres und reicheres Leben gestalten. Aber wir werden verzichten müssen auf unseren endlosen Wegwerfkonsum. Was mich wirklich erschreckt, ist das, was an unseren Grenzen in Europa, Nordamerika und Australien passiert. Es ist kein Zufall, dass die Länder, die der Motor dieses Kolonialismus sind, dabei an vorderster Front stehen. Wir erleben heute die Anfänge einer Ära der Klima-Barbarei, wir haben das in Christchurch und in El Paso gesehen, wo die Gewalt von weißen Suprematisten sich mit einem bössartigen Rassismus verbunden hat.

Das ist einer der erschreckendsten Abschnitte Ihres Buches. Diese Verknüpfung haben viele Menschen noch nicht wahrgenommen.

Dieses Muster ist aber seit einiger Zeit klar. Das Zeitalter des wissenschaftlichen Rassismus beginnt analog zum transatlantischen Sklavenhandel und es liefert eine rationale Begründung für diese Brutalität. Wenn wir auf den Klimawandel reagieren wollen, indem wir Festungen aus unseren Grenzen machen, dann werden natürlich genau die Theorien zurückkehren, die so etwas rechtfertigen und solche Hierarchien zwischen Menschen erst schaffen. Dafür gibt es schon seit Jahren Anzeichen, jetzt ist es nur schwieriger zu leugnen, weil es Mörder gibt, die das von den Dächern schreien.

Sie schreiben: „Die Antwort auf die Frage ‚Was kann ich als Individuum tun, um den Klimawandel zu stoppen?‘ lautet: Nichts. Das ist die harte Wahrheit.“ Glauben Sie das immer noch?

In der CO₂-Frage werden sich die individuellen Entscheidungen, die wir treffen, nicht annähernd zu dem Ausmaß an Veränderung summieren, das wir brauchen. Dass es für so viele Menschen so viel angenehmer ist, über unseren eigenen persönlichen Konsum zu sprechen als über systemrelevante Veränderungen, ist ein Produkt des Neoliberalismus. Wir wurden darauf trainiert, uns zuerst als Verbraucher zu sehen und sehr klein zu denken. Wenn wir historische Analogien wie den

New Deal oder den Marshallplan aufgreifen, versetzt uns das in eine Zeit, in der wir uns Veränderungen in diesem Ausmaß noch vorstellen konnten. Deshalb ist es so wichtig, dass Greta Thunberg sich selbst zu einem lebenden Ausnahmezustand gemacht hat.

Sie segelte mit einer Zero Carbon Yacht zum UN-Klimagipfel nach New York.

Genau. Aber es geht nicht darum, was Greta als Einzelperson tut. Es geht darum, welche Nachrichten Greta auslöst durch die Entscheidungen, die sie als Aktivistin trifft, und ich respektiere das absolut. Ich finde es großartig. Sie nutzt die Macht, die sie hat, um zu verbreiten, dass wir auf den Katastrophenfall zusteuern. Sie versucht, Politiker dazu zu inspirieren, diesen Notfall entsprechend zu behandeln. Wir müssen unsere eigenen Entscheidungen und Verhaltensweisen hinterfragen, aber man kann die individuellen Entscheidungen auch überbetonen. Ich treffe Entscheidungen für mein eigenes Leben, aber ich mache mir keinerlei Illusionen darüber, dass diese Entscheidungen die große Veränderung bringen werden.

Sie empfehlen immer wieder Richard Powers Roman „Wurzeln des Lebens“. Warum?

Powers schreibt darüber, dass Bäume in Gemeinschaften leben, miteinander kommunizieren und gemeinsam planen und reagieren. Wir haben uns ein völlig falsches Konzept vom Leben der Bäume gemacht. Es geht um das gleiche Thema, über das wir gerade gesprochen haben: Lösen wir diese Krise als Einzelperson oder wollen wir den kollektiven Organismus retten? Es kommt selten vor, dass ein guter Romanautor Aktivist aufwertet, ihnen mit echtem Respekt begegnet, auch ihre Misserfolge und den Heroismus anerkennt, mit dem sie ihren eigenen Körper aufs Spiel setzen.

Was haben die Aktivisten von Extinction Rebellion Ihrer Meinung nach erreicht?

Sie haben es geschafft, aus einem Kampagnenmodell auszubrechen, in dem wir lange gefangen waren – wo Sie jemandem etwas wirklich Beängstigendes erzählen, die Person dann bitten, auf einen Link zu klicken, um etwas dagegen zu tun. Dabei haben wir aber die ganze Phase ausgelassen, in der wir zusammen trauern und verarbeiten, was wir gesehen haben.

Sie sprechen in Ihrem Buch auch über Durchhaltevermögen. Wie schaffen Sie persönlich das? Haben Sie noch Hoffnung?

Das ist kompliziert. Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht Momente habe, in denen ich schiere Panik und blankes Grauen empfinde und der festen Überzeugung bin, dass wir zum Untergang verurteilt sind. Aus diesen Gefühlen versuche ich mich wieder zu befreien. Ich fühle mich regeneriert durch die neue Generation, weil sie so entschlossen und kraftvoll ist. Mich inspiriert ihre Bereitschaft, sich bei den Wahlen zu engagieren, weil meine Generation immer den Verdacht hatte, wir machen uns mit Wahlpolitik nur die Hände schmutzig; so haben wir viele Möglichkeiten verpasst. Im Moment gibt es mir Hoffnung, dass wir endlich die Vision für das haben, was wir wollen, zumindest den ersten groben Entwurf. Das erlebe ich zum ersten Mal in meinem Leben. Hinzu kommt: Ich habe einen siebenjährigen Sohn, der ganz verliebt ist in die Natur. Wir haben gerade einen ganzen Sommer über die Rolle des Lachses für die Ernährung der Wälder gesprochen, der Wälder, in denen er geboren wurde, in British Columbia – wie die Gesundheit der Bäume, des Bodens, der Bären und der Orcas in diesem ganzen fantastischen Ökosystem zusammenhängt. Und dann denke ich darüber nach, wie es wäre, wenn ich ihm sagen müsste, dass es keine Lachse mehr gibt ... das bringt mich um. Das motiviert mich. Und es erschlägt mich.

Aus dem Englischen von Gaby Sohl



Diese Geschichte erschien ursprünglich im Guardian und wird hier im Rahmen der Partnerschaft der taz mit Covering Climate Now, einer globalen Zusammenarbeit von mehr als 250 Nachrichtenagenturen, erneut veröffentlicht, um die Berichterstattung über die Klimastory zu verstärken.

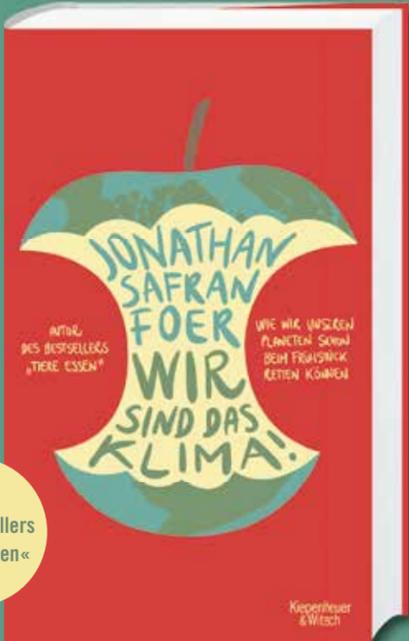
Anzeige



DER KLIMAWANDEL

IST DIE ZENTRALE GLOBALE HERAUSFORDERUNG UNSERER ZEIT. WAS KÖNNEN WIR TUN?

Bestsellerautor Jonathan Safran Foer gibt eine einfache wie überzeugende Antwort: Jeder kann etwas tun, es muss nicht radikal sein. Wir müssen nur beginnen – es fängt beim Frühstück an.



Autor des Bestsellers »Tiere Essen«

Gebunden € (D) 22,-
Verfügbar auch als E-Book
www.kiwi-verlag.de

Kiepenheuer & Witsch

„Seid gut zum Planeten, das kostet keine Energie!“

Der kanadische Techno-Produzent und Star-DJ Richie Hawtin ist ein Solitär der elektronischen Tanzmusik. Seine Prominenz setzt er seit Langem dafür ein, auch auf dem Dancefloor Bewusstsein für Klimaschutzthemen zu schaffen

Interview **Steffen Greiner**

taz: Richie Hawtin, gerade rühren Sie die Werbetrommel für Ihre App „CLOSE combined“. Aber mindestens so wichtig sind Ihre Aktivitäten beim Klimaschutz. Wie kommt's?

Richie Hawtin: Die Welt ist ein crazy Ort, schon daran ersichtlich, dass wir Kokosnusswasser aus Dosen trinken, hergestellt in Berlin. Immerhin gestehen sich immer mehr Menschen ein, dass Klimaschutz zentral ist. Mittlerweile kann ich darüber reden, ohne dass 90 Prozent des Publikums und der Kolleg*innen mich bitten, ich solle endlich still sein. Gewissermaßen nachvollziehbar: Mein Fachgebiet ist Techno, Musik ohne Worte, ich kommuniziere meist mit Frequenzen. Das erlaubt leichter, der Realität zu entkommen. Ausgerechnet der Typ, der gerade die Tänzerinnen hat entkommen lassen, erinnert diese wieder an die Realität und mahnt.

Wann haben Sie angefangen, eine Sensibilität für die Umwelt zu entwickeln?

2007 wurde ich Vater eines Sohnes, da habe ich begonnen, über den Alltag hinauszudenken. Und mein jüngerer Bruder, ein bildender Künstler, saß damals an seinem Uni-Abschluss in Umwelttechnologie. Wir führten viele Gespräche. Besonders viel Diskussionsstoff gab es wegen meines Jobs als DJ: Dafür fliege ich ständig um die Welt. Grundsätzlich bin ich technologiefreundlich. Aber in diesem Moment war die erste Priorität für mich, Technologien zu

finden, die mir erlauben, nicht zu reisen und doch zu performen. In den letzten 15 Jahren hat gerade die digitale Technologie in der Musik dazu geführt, dass wir rückständig wurden: Wir haben wieder gelernt, Konzerte als das wahre Ding zu verstehen. Ich kann nicht komplett darauf verzichten, für Gigs zu fliegen, aber ich habe Wege gefunden, zumindest einen positiven Einfluss zu nehmen, durch CO₂-Ausgleich für meine DJ-Engagements und die Geschäftsflüge für mein Label. Übrigens verwenden wir statt Plastik-CD-Hüllen nur noch solche aus Recycling-Papier!

Wie wird Klimaschutz in der Elektronik-Szene generell verhandelt? Auch semibekannt DJs legen jedes Wochenende für mehrere Gigs in verschiedenen Städten auf.

Dafür gibt es bis jetzt noch kein Bewusstsein. DJs sind eher interessiert an Veganismus, weil sie verstehen, dass die Fleischindustrie mit schuld an der Klimaerwärmung ist und schlecht fürs Tierwohl. Die gleichen Leute reagieren aber verdutzt, wenn ich sie auf ihr Flugverhalten anspreche. Bei Rockbands ist das früher anders gewesen, sie veröffentlichten Alben und gingen damit danach auf Tour, meist so, dass die Wege zwischen den Konzerten kurz waren. Für DJs gilt: Heute London, morgen Tokio, übermorgen New York. Das ist nicht nur normal, sondern auch cool. Fans lieben es, wenn solche Routen auf Instagram gepostet werden. Ich will nicht, dass Menschen damit aufhören, zu mögen, was sie lieben, aber

ich will, dass sich DJs fragen, ob sie nicht anfangen wollen, das Geld, das sie verdienen, auch in den Klimaschutz zu investieren.

Im Endeffekt ist das auch verwoben mit einem anderen Thema der Nachhaltigkeit, das zuletzt oft verhandelt wurde: Psychohygiene von DJs.

Die Intensität der Techno-Community, ist auch ohne Partys toxisch. Ich lebe sehr gesund, aber ich bin auch sehr diszipliniert, gehe morgens um acht ins Fitnessstudio, nachdem ich zuvor vier DJ-Gigs absolviert habe. Ich brauche das für meine mentale Balance. Es ist ein harter Job, viel härter, als es früher war, vor allem wegen Social Media.

Die klassische Lösung seit den Achtzigern war: „Lokal“ und „Regional“. Wäre das überhaupt auf die Dancefloor-Szene übertragbar?

Gerade weil sie so groß geworden ist, hat das Konzept des Clubs vor Ort völlig an Bedeutung verloren. Kids aus London können billiger eine Nacht in Berlin feiern als in London. Wer wollte ihnen das Reisen verbieten? Gleichzeitig stelle ich bei Jüngeren fest, dass sie insgesamt viel bewusster leben. Sie achten auf saisonales Gemüse und regionale Produkte – vielleicht reflektiert das ja irgendwann wieder zurück auf die DJ-Szene, fragt sich nur, wann. Gerade dass die Szene so verschieden Menschen zusammenbringt, macht es ja so spannend – toll an Techno war schon immer, dass es nie nur nationale Diskurse gegeben hat.

Das Selbstbild von elektronischer Tanzmusik ist seit ihren

Anfängen politisch. Zumindest gab es ein politisches Bewusstsein, was Identitäten anbelangt, etwa Queerness und Blackness. Es gibt gewisse Zuneigung den Nächsten gegenüber. Aber dabei ging es um den einen Moment, der gegenkulturell hergestellt wird. Nachhaltigkeit ist ja fast das genaue Gegenteil davon. Wie könnte diese Szene das adaptieren?

Ja, das ist merkwürdig, natürlich. Aber das gilt doch eher für die Anfänge. Hedonismus und Gegenkultur sind keine Attribute, die ich dem Dancefloor von heute geben würde. Wenn ich eine Industrie wäre, würde ich doch dafür sorgen, dass ich auch noch in der Zukunft existiere.

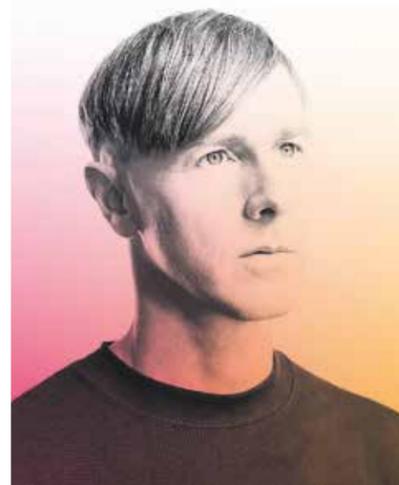
Warum ist es so schwer, Problembewusstsein zu entwickeln, angesichts der drohenden Klimakatastrophe?

Bisher waren die Veränderungen im Alltagsleben einfach so mikroskopisch, dass es niemand interessiert hat. Erst seit ein, zwei Jahren sind die Nachrichten voll mit Themen, die offensichtlich mit dem Klimawandel zu tun haben. Hitzewellen, Feuersbrunst im Amazonas, Naturkatastrophen. In Berlin werden mittlerweile selbstverständlich Klimalanlagen in neue Wohnungen eingebaut. Der Klimawandel ist definitiv angekommen. Aber als Thema ist er immer noch zu abstrakt, um zu verstehen, welchen Einfluss man als Einzelner hat.

Wie kann elektronische Musik mit ihrem manchmal dystopischen Futurismus dabei

helfen, solch ein Bewusstsein zu wecken?

Nihilistischen elektronischen Sound gab es immer. Aber Detroit-Techno, wo ich ursprünglich herkomme, hat immer eine positive Zukunft verhandelt. Die Apokalypse war im bankrotten Detroit ja bereits eingetreten, es gab keine Infrastruktur mehr. Wir mussten vorwärts schauen, um es für uns erträglich zu gestalten. Diesen Optimismus will ich weitergeben. Ich bin kein Hippie, aber: Gut zu den Mitmenschen und zum Planeten sein, kostet keine Energie.



Kompensiert seine Flugscham, indem er Geld zahlt: Richie Hawtin
Foto: Willy Vanderperre

Richie Hawtin

Geboren 1970, zog Hawtin als Jugendlicher mit seinen Eltern von Oxfordshire, England, nach Kanada und lebte in Windsor, Ontario, dem Nachbarort von Detroit. Schon Ende der Achtziger tauchte er in die damals entstehende Detroit-Technoszene ein. Dabei entdeckte er das DJing für sich. Bald begann er auch Tracks zu produzieren und

startete das Label Plus 8. Unter Künstlernamen wie Plastikman und F.U.S.E. kreierte er dafür erfolgreiche Maxis und Remixe: Oft verband er Techno mit Minimal Music zu experimentellen Tanzstücken. Seit 2004 lebt Hawtin in Berlin, experimentiert mit neuen Formaten der Musikdistribution und leitet das Elektronik-Label m_nus.

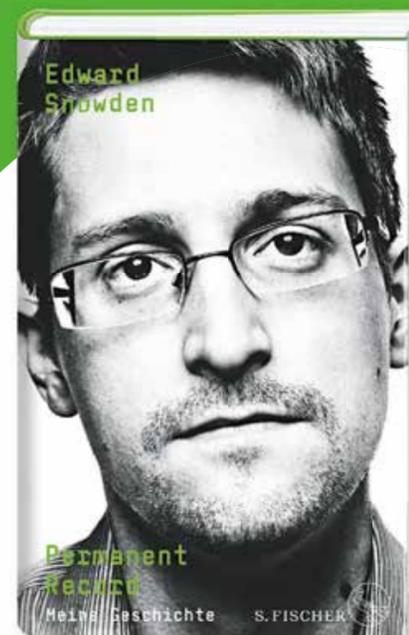
Orte des Klimawandels Vietnam

Küstenwache: Weltweit sind die Hälfte aller Feuchtgebiete am Meer bereits verschwunden. Eine Frau sammelt Muscheln in einem Mangrovenwald bei Thanh Hoa, Vietnam, Mai 2018
Foto: Nhap Nguyen/afp



Edward Snowden riskierte alles, um das System der Massenüberwachung durch die US-Regierung aufzudecken. Jetzt erzählt er seine Geschichte erstmals selbst.

JETZT ÜBERALL, WO ES BÜCHER GIBT



Klick – Baum weg

Wir sind ständig überall online. Das dafür schwindelerregende Mengen an Energie und Rohstoffen draufgehen, haben nur die wenigsten von uns auf dem Schirm



Gebrauchte Smartphones sind viele Wälder wert Foto: Regis Duvignau/reuters

Von Lisa Winter

Klick. In Sekundenschnelle erscheinen auf der zunächst weißen Webseite nach und nach Bäume. Auf große folgen kleine, auf Birken Nadelbäume. Manche mit prächtiger Krone, andere eher schwächling. Die Animation setzt sich endlos fort.

Was nach einem Windows-Bildschirmschoner der neunziger Jahre klingt, ist ein Onlineprojekt namens „Deforest“. Es zeigt, wie viele Bäume neu gepflanzt werden müssten, um die CO₂-Emissionen von einer Sekunde Google-Suchanfrage weltweit auszugleichen. Und es wirft die Frage auf: Killt Google unser Klima?

„Das Internet ist die größte Infrastruktur, die wir Menschen jemals geschaffen haben und gleichzeitig die am wenigsten sichtbare“, sagt Joana Moll im Interview mit taz.de, die „Deforest“ entworfen hat. Vielen Menschen sei nicht bewusst, welchen Einfluss diese Technologie auf die Umwelt habe. Zwar werden weltweit bereits Plastik-

tüten verboten, Coffee-to-go-Behälter verbannt und Vielflieger gebrandmarkt. Aber online sind wir alle. Immer. Überall.

Seit einigen Jahren nutzt Google fast ausschließlich erneuerbare Energien, das Problem löst das aber nicht. Wenn die Geräte, die wir für unsere Google-Suchanfrage nutzen und die Seiten, die wir durch diese besuchen, nicht auf erneuerbaren

Das Internet ist die größte Infrastruktur, die wir Menschen jemals geschaffen haben

Energien basieren, wird das Problem nur verlagert. „Google ist nicht bloß Google“, sagt Moll. Zu dem Unternehmen zählt auch Android, ein Betriebssystem und die Softwareplattform vieler Smartphones, die wiederum durch ihre Produktion und Entsorgung maßgeblich zum

Klimawandel beitragen. In den vergangenen zehn Jahren wurden weltweit über 7 Milliarden Smartphones verkauft, Zehntausende bis Hunderttausende Tonnen an Kobalt, Kupfer, Aluminium und anderen Materialien wurden dafür verbaut. Hinzu kommen Datenkabel, Server und Rechenzentren, die gekühlt werden müssen.

Das Berliner Start-up Ecosia setzt das um, was Moll mit ihrem Projekt visuell zeigen möchte. Ecosia versucht die CO₂-Emissionen auszugleichen, indem sie pro 45 Suchanfragen einen Baum pflanzen, finanziert durch Werbeeinnahmen.

Das ist aber keine langfristige Lösung, sagt Joana Moll. „Wir können so viele Bäume pflanzen, wie wir wollen. Irgendwann wird die Fläche knapp und spätestens dann fliegt uns alles um die Ohren.“ Ihr ist bewusst, dass auch ihr eigenes Projekt das Problem nicht aus der Welt schaffen wird. Es soll den Menschen das Ausmaß ihrer Internetnutzung lediglich bildlich vor Augen führen, es besser greifbar machen.

Bei der Aufregung um Google, wird leicht vergessen, dass das Unternehmen nicht allein schuldig ist. 33 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen entstehen jährlich nur durch das Internet und internetfähige Geräte, das entspricht den Emissionen des innerdeutschen Flugverkehrs. 2015 entsprach der Berg an Elektromüll in etwa der Größe eines Schrotthaufens aller Pkws in Deutschland. Wenn wir den Stromverbrauch unserer Informations- und Kommunikationstechnik mit einem Heimtrainer selbstständig erstrampeln wollten, müssten alle 7 Milliarden Menschen 24 Stunden rund um die Uhr in die Pedale treten.

Es sei wichtig, sich dem ökologischen Fußabdruck unserer Internetnutzung bewusst zu werden, sagt Moll. Erst seit wenigen Jahren würden die Menschen anfangen sich zu fragen, woher der Strom für das tägliche Laden des Smartphones überhaupt komme und wo die Massen an Daten, die wir täglich produzieren, gespeichert werden. Und trotzdem seien die Verbraucher*innen nahezu handlungsunfähig.

Hindernis Kapitalismus

Natürlich können wir als Verbraucher*innen Fairphones kaufen, über Ecosia im Internet surfen und über Apps unsere Kleidung und Essen teilen. Das Kernproblem bleibt: Unser Planet wird die Massen an Daten, die durch das Internet produziert werden, irgendwann nicht mehr tragen können. Und das müsse durch die Politik gelöst werden, sagt Moll. Die müsse dafür sorgen, dass das Internet nachhaltiger werde.

Doch ein kapitalistisches System ist nur schwer veränderbar, im Moment seien sowohl Politik als auch die Industrie nicht in der Lage, die Situation zu deeskalieren. „Und bis dahin wird der Klimawandel weiterhin stattfinden.“



taz

5 Wochen taz lesen und Welt retten für 10 Euro.

taz.de/klima-abo

2,50 Euro gehen an die Klimaschutzorganisation **atmosfair**

taz newsletter

Jede Woche exklusive Neuigkeiten aus der taz www.taz.de/newsletter

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 17.00 Verrückt nach Meer
- 17.10 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 Gefragt – Gejagt
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Väter allein zu Haus: Mark
- 21.45 Tagesthemen
- 22.00 Polizeiruf 110: Wendemanöver. D 2015
- 23.30 New Pop Festival – Das Special
- 1.35 Väter allein zu Haus: Mark

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 drehscheibe
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Ausgebakken. D 2013
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Leute heute
- 18.00 SOKO Wien: Familie Schweiger. D/A 2017
- 19.00 heute
- 19.25 Bettys Diagnose
- 20.15 Die Chefin: Fremder Sohn. D 2019
- 21.15 Schuld nach Ferdinand von Schirach: Einsam. D 2019
- 22.00 heute-journal
- 22.30 heute-show
- 23.00 Sketch History
- 23.25 aspekte
- 0.10 heute+
- 0.25 Neo Magazin Royale
- 1.10 Starsky und Hutch: Wette ohne Gewinner. USA 1978

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 14.00 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal
- 16.00 Mensch Papa! Väter allein zu Haus
- 17.00 Herz über Kopf
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Ninja Warrior Germany – Die stärkste Show Deutschlands
- 23.05 Darf er das? – Die Chris Tall Show
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.35 Ninja Warrior Germany – Die stärkste Show Deutschlands

SAT.1

- 12.00 Anwälte im Einsatz
- 14.00 Gemeinsam im Großesinsatz
- 17.00 Klinik am Südring – Die Familienhelfer
- 18.00 Die Ruhrpottwache
- 19.00 Genial daneben – Quiz
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Luke! Die Greatnight-show
- 22.35 Das Quiz, für das Jörg Pilawa keine Zeit mehr hatte
- 23.35 NightWash
- 0.40 Switch Reloaded

Pro 7

- 12.00 2 Broke Girls
- 12.55 Mom
- 13.20 Two and a Half Men
- 14.40 The Middle
- 15.40 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Star Wars: Episode I – Die dunkle Bedrohung. Science-Fiction-Film, USA 1999. Regie: George Lucas

ARD tagestipp

Der erste Film in der Chronologie: Es geht um den Jedi-Schüler Obi-Wan Kenobi und seinen Lehrer Qui-Gon Jinn, die auf eine Friedensmission geschickt werden. Doch dann läuft alles schief und sie müssen fliehen. Wenn man mal genug vom Klimaschutz hat.

„Star Wars: Episode I – Die dunkle Bedrohung“, 20.15 Uhr, Pro 7,



- 22.55 Fantastic Four – Rise of the Silver Surfer. Comicverfilmung, USA/D/GB 2007
- 0.40 Disaster L.A.. Horrorfilm, USA 2014
- 7.45 Sesamstraße
- 8.05 Zoës Zauberschrank
- 8.30 Wisperr
- 8.45 JoNaLu – Mäuseabenteurer zum Mitmachen
- 9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
- 9.25 Tierbabys mit der Ente
- 9.35 Teletubbies
- 9.50 Drache Digby
- 10.15 Coco, der neugierige Affe
- 10.40 Babar und die Abenteurer von Badou
- 11.00 logo! Die Welt und ich
- 11.10 Robin Hood – Schiltzohr von Sherwood
- 11.35 Die unglaublichen Abenteurer von Blinky Bill
- 12.00 Tashi
- 12.25 Mascha und der Bär
- 12.40 The Garfield Show
- 13.05 Insectibles
- 13.25 4 ½ Freunde

- 13.50 Die Regeln von Floor
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Jamie Johnson
- 16.00 Erde an Zukunft
- 16.15 Ein Fall für TKKG
- 16.40 Geronimo Stilton
- 17.25 Belle und Sebastian
- 18.00 Der kleine Nick
- 18.15 Kleine lustige Krabbler
- 18.35 Elefantastisch!
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Robin Hood – Schlitzohr von Sherwood
- 19.30 Mister Twister – Mäuse, Läuse und Theater. Kinderfilm, NL 2014. Regie: Barbara Bredero. Mit Willem Voogd, Felix Osinga
- 20.45 Livespiel

ARTE

- 8.00 Faszination Afrika
- 8.45 Stadt Land Kunst
- 9.50 Vor uns die Sintflut
- 10.35 Extremwetter in Europa – Wie gut sind wir vorbereitet?
- 11.20 Eine Stadt ohne Wasser – Warnung aus Südafrika
- 12.15 Re:
- 12.50 Arte Journal
- 13.05 Stadt Land Kunst
- 14.10 Eine Fantastische Frau – Una Mujer Fantástica. Gesellschaftsdrama, CHI/D/E/USA 2017. Regie: Sebastián Lelio. Mit Daniela Vega, Francisco Reyes
- 15.50 Ein Tag in ...
- 16.45 Xenius
- 17.10 Wie das Land, so der Mensch
- 17.40 Unterwegs auf dem Inka-Trail
- 18.30 Der Kleine Panda
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Re:
- 20.15 Schrotten! Komödie, D 2016. Regie: Max Zähle. Mit Lucas Gregorowicz, Frederick Lau
- 21.45 Die sieben Leben des Elvis Presley
- 23.20 Tracks
- 0.05 Flow Festival 2019
- 1.05 Arte Journal
- 1.30 Der russische Specht
- 2.50 28 Minutes

3SAT

- 18.30 nano
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Kinderfotos im Netz: gepostet, geklaut, missbraucht
- 21.00 makro
- 21.30 auslandsjournal extra
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Lost Highway. Thriller, USA/F 1997. Regie: David Lynch. Mit Bill Pullman, Patricia Arquette
- 0.35 Zapp
- 1.05 10vor10
- 1.35 extra 3

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 Rundschau
- 19.00 Unser Land
- 19.30 Landgasthäuser Alpenseen
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Hubert und Staller: Spiel mir das Lied vom Tod. D 2014
- 21.00 Die Bergpolizei – Ganz nah am Himmel: Lockruf des Blutes. I 2015
- 21.55 Rundschau Magazin
- 22.10 Grünwald Freitags-comedy
- 22.55 Bravados. Western, USA 1958. Regie: Henry King. Mit Gregory Peck, Joan Collins
- 0.35 Landgasthäuser Alpenseen

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 Landgenuss
- 18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Expedition in die Heimat
- 21.00 Handwerkskunst!
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Nachtcafé
- 23.30 Spätschicht – Die SWR Comedy-Bühne

HESSEN

- 18.00 Maintower
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Andalusien – Wo Spaniens Seele wohnt
- 21.00 Andalusien – Wo Spaniens Seele wohnt
- 21.45 hessenschau kompakt
- 22.00 hr 1 – Die Show der 80er
- 23.30 Jürgen Leber live – „War Hermann Hesse?“
- 0.00 Der Geist und die Dunkelheit. Abenteuerfilm, D/USA 1996. Regie: Stephen Hopkins. Mit Michael Douglas, Val Kilmer
- 1.40 Andalusien – Wo Spaniens Seele wohnt

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 2 für 300 – Viel Urlaub für wenig Geld
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Unser Land in den 90ern
- 21.00 Für immer Kult
- 21.45 WDR aktuell
- 22.00 Kölner Treff
- 23.30 Kölner Treff
- 1.00 nuhr gefragt
- 1.45 Erlebnisreisen
- 2.00 Lokalzeit aus Köln
- 2.30 Lokalzeit aus Aachen
- 3.00 Lokalzeit aus Düsseldorf
- 3.25 Lokalzeit Bergisches Land
- 3.55 Lokalzeit Ruhr

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Hofgeschichten
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Goldene Henne 2019
- 23.15 Nonstop Comedy
- 0.00 NDR Comedy Contest
- 1.00 Goldene Henne 2019

RBB

- 18.00 rbb UM6 – Das Ländermagazin
- 18.30 zibb
- 19.30 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Goldene Henne 2019
- 23.15 Goldene Henne 2019
- 0.10 Lachen Sie mal
- 1.25 Abendshow
- 2.10 Abendschau
- 2.40 Brandenburg aktuell
- 3.10 zibb

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Goldene Henne 2019
- 20.15 Goldene Henne 2019
- 23.15 Goldene Henne 2019
- 0.15 Goldene Henne 2019
- 3.15 SachsenSpiegel
- 3.45 Sachsen-Anhalt Heute

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 13.15 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.45 phoenix plus
- 16.00 maybrit illner
- 17.05 augstein und blome
- 17.15 Auf den Spuren der rumänischen Hunde-Mafia
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Unsere Welt in Zukunft
- 18.30 Der Plastik-Fluch
- 19.15 Kann das Elektro-Auto die Umwelt retten?
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mysterien des Mittelalters
- 21.00 Mysterien des Mittelalters
- 21.45 Mysterien des Mittelalters
- 22.30 ZDF-History
- 23.00 phoenix der tag
- 0.00 phoenix persönlich
- 0.30 augstein und blome
- 0.45 Terra X
- 1.30 Die Rückkehr der Wölfe
- 2.15 Die Wölfe von Tschernobyl
- 3.00 Polarwölfe



Schmelzende Zeitbombe: In den Permafrostböden der Arktis schlummern schätzungsweise 1.500 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, doppelt so viel wie derzeit in der Atmosphäre. Weil der Boden taut, beginnt das Gas zu entweichen. Ein verlassenes Haus im Dorf Usun-Kyuyol in Jakutien, Juli 2019
Foto: Emile Ducke/ NYT/Redux/ laif

Orte des Klimawandels Russland

Superbäume gesucht

Bäume leiden unter der Klimaveränderung, sie verdursten, werden anfälliger für den Borkenkäfer. Forstwissenschaftler fahnden nach Baumarten, die auch unter widrigen Umständen noch CO₂ speichern

Von Nadine Zeller

Die Buche lässt die Blätter hängen. Obwohl es Hochsommer ist, ragen ihre Astspitzen bereits kahl in den Himmel. Roland Hoch lässt das Fernglas auf seine Brust sinken. Dann schaut er seinen Kollegen an: „Ich würde sagen: 50 Prozent“, sagt er.

Forstwissenschaftler Stefan Meinung nickt. 50 Prozent, das heißt, dass die Baumkrone nur noch zur Hälfte Blätter trägt. Meinung notiert die Zahl in sein Tablet.

Hoch und Meinung arbeiten als Forstwissenschaftler für die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt in Freiburg. An diesem sonnigen Vormittag begutachten sie ein Waldstück östlich von Freiburg. Zwischen Mitte Juli und Mitte August fahren die Forscher jedes Jahr festgelegte Stichprobenpunkte im Wald an, um Baumkronen zu begutachten. Ihre gesammel-

ten Daten fließen in den Waldzustandsbericht 2019. Im Herbst soll er erscheinen. Darin wird stehen, wie es dem Wald aktuell geht. Die ersten Beobachtungen lassen nichts Gutes erwarten.

Seit Mitte Juli stapfen Meinung und Hoch täglich durch den Wald. Gegen halb zehn Uhr erreichen sie den Stichprobenpunkt im Attental. Es handelt sich um einen Pflock, der in den Boden getrieben wurde. Ihn umgeben 24 markierte Bäume. Ganz Deutschland ist überzogen mit einem Raster dieser Stichprobenpunkte, die sich auf einem Abstand von 16 mal 16 Kilometer verteilen. Hier in Baden-Württemberg sind es sogar 8 mal 8.

Die beiden Forscher messen die Baumkronendichte in Fünf-Prozent-Stufen: Null Prozent entspricht einer voll belaubten Baumkrone; 100 Prozent meint einen toten Baum. Der Buche am Stichprobenpunkt geht es

nicht gut. Sie ist kein Einzelstein und obendrein noch Erträge erwirtschaften. Der Freiburger Forstwissenschaftler Martin Kohler hat schon seit zwölf Jahren ein paar Kandidaten im Blick. Seit 2008 wachsen auf einem Acker im Mooswald vor Freiburg, Bäume, die in Zukunft eine wichtige Rolle spielen könnten. Der Acker gehört der Stadt Freiburg, die das Gelände der Universität zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt hat. Auf dieser Versuchsfläche recken 14 verschiedene Baumarten ihre

Rolle spielen könnten. Der Acker gehört der Stadt Freiburg, die das Gelände der Universität zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt hat. Auf dieser Versuchsfläche recken 14 verschiedene Baumarten ihre Rinde eines gefällten Baumes am Wegrand. Die so freigelegten Larven des Borkenkäfers leben noch und zwatzeln in den Gängen. Dass die Larven unter der Rinde aufwachsen, hat seinen Grund: Dort gelangen sie an die Nährstoffe des Baumes und hindern ihn daran ungestört Wasser hoch und runter zu transportieren. Eigentlich kämpfen vor allem Fichten und Tannen mit dem Borkenkäfer. „Dass der Buchenborkenkäfer jetzt immer öfter auch an die Buchen geht, ist kein gutes Zeichen“, sagt Hoch. Der Baum ist angeschlagen.

Eine Buche im Trockenstress klappt als Erstes die Blätter zusammen, um weniger Verdunstungsfläche anzubieten. Die Blätter bilden dann eine typische Schiffchenform. Hilft auch diese nichts, wirft sie ihr Laub komplett ab. „Nährstoffe, die eigentlich in den Stamm zurückfließen sollten, gehen so verloren“, sagt Roland Hoch.

Dass ausgerechnet sie – die Mutter des Waldes – an vielen Orten dahinsieht, alarmiert selbst Wissenschaftler, denen Panikmache missfällt. Lässt sich der Wald, so wie man ihn kennt, also noch retten?

An vielen Orten Deutschlands hat deshalb ein Casting der anderen Art begonnen: „Deutschland sucht den Superbaum“. Forscher fahnden nach Bäumen, die widerstandsfähig genug sind, um dem Klimawandel zu trotzen. Und dabei gleichzeitig viel CO₂ binden, sprich: dicke Stämme haben und sehr groß werden. Der Baum der Zukunft muss resistent gegen Tro-

ckenheit, Schädlinge und Hitze sein und obendrein noch Erträge erwirtschaften.

Der Freiburger Forstwissenschaftler Martin Kohler hat schon seit zwölf Jahren ein paar Kandidaten im Blick. Seit 2008 wachsen auf einem Acker im Mooswald vor Freiburg, Bäume, die in Zukunft eine wichtige Rolle spielen könnten. Der Acker gehört der Stadt Freiburg, die das Gelände der Universität zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt hat. Auf dieser Versuchsfläche recken 14 verschiedene Baumarten ihre

Eine Buche im Trockenstress klappt als Erstes die Blätter zusammen, um weniger Verdunstungsfläche anzubieten. Hilft das nicht, wirft sie ihr Laub komplett ab

Wipfel in den Himmel – oder 8.700 Bäume, die jährlich Daten abwerfen. Die drei Hektar große Fläche ist aufgeteilt in 56 Sektoren. Jeder Sektor ist 500 Quadratmeter groß. Ein Flickenteppich der Baumvielfalt.

Auf den einzelnen Sektoren stehen heimische Baumarten wie Buchen, Eschen, Kiefern, direkt neben eingeführten wie Douglasie, Roteiche, Zerreiche und Robinie. Dass der Boden, auf dem diese Bäume stehen, homogen ist, erleichtert den Forschern die Vergleichbarkeit. So kann Martin Kohler genau beobachten, welche Bäume die Hitze besser aushalten.

Wie kompliziert das Vermessen eines Ökosystems sein kann, zeigt sich schon zu Beginn der Exkursion: Martin Kohler ent-

steigt dem Wagen, mit Diagrammen, Tabellen und Karten. Auf dem Weg zum Wald redet er von Staunässe, Anwuchsprozenten und innerortlicher Konkurrenz. Nach ein paar Metern hält Kohler vor einer Zerreiche. Er streckt den Arm aus und zieht einen Ast zu sich heran. Die Ränder der ovalen Blätter bilden tiefe Buchten, an deren Ende die filigranen Seitenrippen münden, welche das Blatt wie Adern durchziehen. Die aus Kleinasien stammende Eichenart kann bis zu 200 Jahre alt werden und eine Höhe von 35 Metern erreichen. Sie bevorzugt sommerwarme, nährstoffreiche Böden.

Nachdem Kohler seine Unterlagen auf dem Waldboden ausgebreitet hat, zieht er ein Diagramm hervor. Mit Hilfe der Grafik erläutert er die Messungen. Zusammenfassend lasse sich sagen, dass die Zerreiche die Feinwurzeln auch in tieferen Bereichen angelegt habe, als die heimische Stieleiche; eine höhere Photosyntheseleistung vor allem nach den vergangenen trockenen Sommern aufweise – entsprechend also mehr CO₂ binde und eine recht hohe Transpirationsrate habe, sagt Kohler.

Um die Wurzelbildung zu untersuchen, entnehmen die Forscher regelmäßig sogenannte Bodensäulen. Stoßen sie auf viele feine Wurzeln, die auch mal tiefer reichen, ist das ein Hinweis darauf, dass der Baum auch in trockenen Perioden gut Wasser ziehen kann.

Wie gut die Bäume klarkommen, lässt sich auch an den Wachstumsreaktionen ablesen. Diese messen die Forscher über Bohrkerne. Dazu entnehmen sie dem Stamm des zu beprobenden Baumes eine Holzsäule. Der Abstand der Jahresringe gibt Aufschluss über die Wachstumsraten. Auch hier stellten die Zerreichen auf dem Uni-Versuchsgelände ihre Resis-

tenz und Anpassungsfähigkeit unter Beweis.

Von fünf angepflanzten Eichenarten war sie die einzige, die nach Trockenzeiten ein Wachstumsplus zu verzeichnen hatte. Und einen weiteren vielversprechenden Kandidaten stellt Martin Kohler vor: die Robinie. Er bleibt plötzlich stehen und legt den Kopf in den Nacken.

„Die Robinie wächst in ihrer Jugend recht schnell, bringt den Waldbauern auf Grund der hohen Biomasse rasch Erträge“, sagt er. Zudem binde sie viel CO₂. Nachteil der Robinie: Bekommt sie viel Licht, ist sie kaum mehr zurückzudrängen – und nimmt den anderen Baumarten die Sonne. Das muss man eben wissen und sie nicht an Waldhainen anpflanzen

Es ist also kompliziert mit dem Wald. Denn selbst wenn sich unter den mediterranen Baumarten welche finden, die eine echte Alternative zu den bedrohten heimischen Waldbäumen darstellen – es kostet Jahrzehnte, bis Bäume ausgewachsen sind. Also müssen die Verantwortlichen jetzt handeln.

Freie Wahl haben die Förster dabei nicht: EU-Richtlinien und die Standards der Waldzertifizierung geben vor, dass in ausgewiesenen Habitatwäldern überwiegend mit „natürlicher Vegetation“ verjüngt werden darf. Also mit den heimischen Bäumen. Das heißt: In ursprünglichen Eichenwäldern sollten auch nur Eichen eingepflanzt werden.

Ob Hochleistungsbäume, die viele Erträge abwerfen, wie die Douglasie im großen Stile angepflanzt werden dürfen, wird sich also erst noch zeigen müssen. Eins ist jedoch klar, den einen Superbaum gibt es nicht: Es braucht einen Baumarten-Mix. Denn nur ein vielfältiger Wald ist robust genug, um dem Klimawandel zu trotzen.

TAZ FUTURZWEI WIR ZEIGEN, WIE BEWEGUNG GEHT.

Jetzt neu

Am Kiosk oder im Abo

tazfutzurwei.de

Vier Ausgaben für 30 Euro:
futzurwei.abo@taz.de
T (030) 25 902 200

tazfutzurwei.de/abo



TAZ FUTURZWEI
Das Magazin für Zukunft und Politik

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Schlechte CO₂-Bilanz: Die Deutsche Männernationalmannschaft auf dem Weg zur Weltmeisterschaft 2018. Foto: sportfoto-dienst/imago

Lieber keine Regeln

Langsam entdeckt der Fußball das Thema Klimaschutz für sich. Doch das Thema Mobilität zeigt auch: Der Enthusiasmus hat Grenzen

Von **Alina Schwermer**

Stellen wir uns für einen Moment vor, es gäbe Proteste gegen die Klimaschädlichkeit des Fußballs. Gegen die Vielfliegerei in der Champions League beispielsweise: 79 Teams, die für Qualifikationsrunden hin und her jetten, später 32 Teams in der Gruppenphase. Wenn jedes Auswärtsteam nur 50 Anhänger mitbringt, sind das 9.600 Flugtickets allein für die Gruppenphase. Stellen wir uns vor, es hätte ernsthafte Proteste gegen das Euro-League-Finale 2019 gegeben, bei dem zwei Londoner Teams nach Aserbaidschan flogen, 51.000 Fans waren im Stadion. Ein ökologischer Irrsinn, der Spitzenfußball. Die Fifa hat die CO₂-Emissionen am Beispiel der Männer-WM in Russland vorab ausgerechnet. Das Ergebnis: 2.167.118 Tonnen CO₂-Ausstoß bei einer Weltmeisterschaft. Davon 73 Prozent durch Mobilität, den oft größten Verursacher bei solchen Events mit einem Anteil zwischen 60 und 80 Prozent. Zum Vergleich: Die gesamte deutsche Landwirtschaft, auf Rang 5 der größten deutschen CO₂-Verur-

sacher, emittiert laut einer aktuellen MDR-Statistik 9 Millionen Tonnen im Jahr. Oder vier Fifa-Turniere. Warum stören sich Fans und Journalisten eigentlich kaum daran?

Das erstaunt auch Patrick Fortyr von CO2OL, einer Klimaschutzberatung für Unternehmen. „Es ist sehr merkwürdig, dass die Diskussion bisher überhaupt nicht aufgekommen ist. Das zeigt, wie stiefmütterlich

„Wer erfolgreich sein will, muss auch fliegen“

Stefan Wagner, TSG Hoffenheim

das Thema im Fußball überwiegend behandelt wird.“ Fortyr hat Anfang des Jahres in Kooperation mit dem DLF den durchschnittlichen Fußballabdruck eines Fans pro Bundesliga-Spieltag berechnet, teilweise als Modellierung. Das Resultat: 7.753 Tonnen CO₂ produzieren Fans an nur einem Spieltag in der ersten Liga, davon zwei Drittel durch Mobilität. 48 Fußballfelder Bäume müsste man pflanzen, um das

auszugleichen, es entspricht dem Jahresverbrauch von 700 Bürgern. Obwohl die meisten Bundesligisten sogar ein Kombi-Ticket mit dem ÖPNV anbieten, kommen viele Fans weiter mit dem Auto. „Das Problem ist das private Mobilitätsverhalten. Die Fan-Mobilität hat den größten Einfluss auf die Emissionen.“ Der Weg im Fußball sei noch weit, die Datenlage schlecht, von den meisten Bundesligisten gebe es nicht mal einen belastbare CO₂-Bilanz. Immerhin, es regt sich etwas. Fortyr sagt: „Nachhaltigkeit im Fußball entwickelt sich in eine positive Richtung, aber von einem niedrigen Niveau aus.“

Im Sommer hat Andreas Rettig, Noch-Manager des FC St. Pauli, gefordert, das Umweltverhalten von Klubs zu einem Teil der Lizenzierung zu machen. CSR, Corporate Social Responsibility, wird immer mehr zu einem relevanten Bestandteil für Bundesligisten. Zu den traditionell engagierten Vereinen mit progressivem Umfeld wie dem SC Freiburg, der schon in den Neunzigern eine Solaranlage auf dem Stadionsdach hatte, und Werder Bremen, ge-

sellen sich andere: Mainz 05 erklärte sich ab 2010 als erster Bundesligist für klimaneutral, der FC Augsburg erklärte zumindest sein Stadion für klimaneutral, die TSG Hoffenheim zog im Sommer nach und gleicht auch die Emissionen der anreisenden Teams und Schiedsrichter aus. Ebenfalls im Sommer 2019 gründete sich in Anlehnung an Fridays for Future die Gruppe Sports for Future, der etwa Werder Bremen, Hoffenheim und der FC St. Pauli angehören. Ihr Sinn und Zweck ist allerdings recht vage formuliert. Ohnehin darf man Teile des Engagements kritisch hinterfragen. Unter den neuen Aktiven tummelt sich auch der VW-finanzierte VfL Wolfsburg, die gern sein Image grün machen möchte. Und der Begriff Klimaneutralität ist nicht geschützt, nutzen kann ihn jeder. Nicht alles davon muss man glauben. Aber das Thema gewinnt an Relevanz.

Thomas Fischer, Bereichsleiter Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH), sagt: „Der Fußball klammert Klimaschutz nicht länger aus. Früher gab es in der Branche eine deutlich andere Schwerpunk-

setzung: Sportlichem Erfolg und Finanzen wurde nahezu alles untergeordnet, Klimaschutz war etwas für Weicheier. Jetzt ist etwas im Wandel, es gibt inzwischen Ansprechpartner für Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Energie-Einsparungen werden umgesetzt. Die gesellschaftspolitische Debatte setzt die Klubs massiv unter Druck.“ Allerdings stecke die Entwicklung noch „in den Kinderschuhen“. Wo sich Ökonomie und Ökologie vereinigen lasse, geschehe derzeit vieles zügig; es habe vorher zum Beispiel Klubs gegeben, da seien die Urinale so eingestellt gewesen, dass wenn eines im Stadion spülte, alle spülten. Eine absurde Wasserverschwendung. In Bereichen wie Energie, Wasser und Abfall werde jetzt einiges getan. Fast alle Bundesligavereine etwa haben unter dem Druck der DUH und von Fans auf Mehrwegbecher umgestellt. Aber wo es aufwändiger, kostspieliger, langfristiger werde, beim Thema Mobilität und Infrastruktur, „tun sie sich sehr schwer“.

Die TSG Hoffenheim ist einer der Vereine, die damit werben, viel zu tun. Im August 2019 hat der Verein im Rahmen seiner Zukunftsstrategie erklärt, alle seine Aktivitäten unter Klimaneutralität zu stellen. Nicht vermeidbare Emissionen gleicht der Klub nach eigenen Angaben mit einem WWF-GoldStandard-Projekt in Uganda aus. Vor der Saison hat die TSG laut einer eigenen Pressemitteilung 3.000 Tonnen CO₂ neutralisiert; die Klima-Kollekte etwa berechnet 23 Euro für eine Tonne CO₂, das wären gute 66.000 Euro. „Unser Engagement wurde verhältnismäßig sehr positiv wahrgenommen“, sagt Stefan Wagner, zuständig für die Unternehmensentwicklung bei Hoffenheim. „Die Resonanz bei ökologischen Themen hat extrem zugenommen.“ Der Bundesligist möchte noch mehr tun: Mit einem Klimaticket sollen Fans freiwillig Bäume pflanzen lassen können, das soll noch in der Hinrunde kommen. Außerdem werde an einer Umwelterklärung und an Recycling gearbeitet. Ein wichtiges, keineswegs selbstverständliches Engagement. Alles gut also?

Es gibt Kritiker. Thomas Fischer sagt: „Ein Verein ist per

se nicht klimaneutral, dazu hat Fußball zu große Auswirkungen auf die Umwelt.“ Und die TSG gleicht natürlich nicht die Anreisen der Fans aus, die aber den Löwenanteil der Emissionen bei Großveranstaltungen ausmachen. Auch deshalb wären transparente Standards wichtig, um Ausstoß und Einsparungen objektiv prüfen zu können. Das fehlt. Die DUH und Fischer fordern seit Langem von der DFL Klimaschutzziele und Handlungsleitfäden für die Bundesligisten. „Viele Klubs tun etwas, aber im Moment kocht jeder sein eigenes Süppchen und macht eigene Fehler. Die DFL fühlt sich nicht zuständig.“ Spätestens wenn es um mögliche Verbote geht, werden die Grenzen des Klima-Engagements sichtbar. Stefan Wagner von Hoffenheim windet sich bei dem Thema. Druck von Fans und Partnern sei doch ein besseres Mittel, findet er. „Aber alles, was hilft, ist gut. Doch es wird nicht funktionieren, wenn immer mehr Leute sich laut dazu äußern.“ Viele offene Fürsprecher haben Regulierungen nicht.

Und die Mobilität? Es ist die große Systemfrage im Fußball. Einiges dürfte sich einsparen lassen durch kluge Kooperation mit dem ÖPNV, durch bessere Wahl von Spielorten. Und dann? Dann jetten Teams und Fans weiterhin um die Welt, zu immer mehr Wettbewerben. Die Internationalisierung schreitet fort. „Es besteht im Fußball eine direkte Abhängigkeit: Wer erfolgreich sein will, muss auch fliegen“, sagt Stefan Wagner, und befreit den Klub gleich von der Eigenverantwortung: „Wir lösen das nicht darüber, ob ein einzelner Bundesligist nicht mehr fliegt.“ Es gibt Grenzen des Umwelt-Enthusiasmus. Aber nennt sich nicht gerade der Fußball so gern ein gesellschaftliches Vorbild? Würde es ihm nicht ohnehin guttun, abzuspecken, weniger neue Wettbewerbe auszuspielen, womöglich die einzelnen Spiele wieder aufzuwerten durch ein Weniger? Wagner sagt: „Die Systemfrage Einschränkung betrifft die gesamte Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft bereit ist, werden die Einschränkungen auch den Fußball betreffen.“ Wann wird das sein?

press-schlag

Hoeneß heizt das Klima mit Vorwürfen an den DFB auf

Im Streit um die Nr. 1 im deutschen Tor kritisiert der Präsident des FC Bayern die „westdeutsche Presse“. Manuel Neuer hilft das nicht

Uli Hoeneß empört sich über die westdeutsche Presse. Wer hätte gedacht, dass der Vorstandsvorsitzende der FC Bayern München AG auf seine alten Tage noch in die Fußspuren vom einstigen DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker treten würde. Beim Auftaktspiel der Münchner in der Champions League gegen Roter Stern Belgrad rückte die Debatte um die Nr. 1 im Tor der deutschen Nationalmannschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit, weil Marc-André ter Stegen Ansprüche auf den Posten von Manuel Neuer erhoben hatte.

„Die westdeutsche Presse unterstützt den Marc-André ter Stegen extrem“, beklagte Hoeneß und schimpfte: „Von der süddeutschen Presse sehe ich gar nichts, überhaupt keine Unterstützung.“ Nicht nur die fehlende Journalistenhilfe für den Bayern-Keeper erboste den 67-Jährigen, sondern auch der Mangel an Support des FC Bayern durch den DFB. Erst das „Theater“ mit den von Löw ausgebooteten Nationalspielern Hummels, Boateng sowie Müller und nun dies.

Der DFB hätte die Kritik von ter Stegen nicht zulassen dürfen, erklärte Hoeneß. Man werde sich das nicht mehr gefallen

lassen und dem Verband „ein bisschen Feuer geben“. Der Vorstandsvorsitzende Karl-Heinz Rummenigge vermisste Klartext vom DFB und Dankbarkeit gegenüber Manuel Neuer, der doch schon so viele Länderspiele bestritten hat. Ein weiteres Mal legten die FC-Bayern-Funktionäre Zeugnis ab von ihrem kuriosen Presse-, Leistungssport-

Manuel Neuer in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf

und Selbstverständnis. Manuel Neuer haben sie damit aber vermutlich am wenigsten geholfen.

Gerade erst hatte sich der 90-fache Nationalspieler ganz bewusst für verbale Abrüstung entschieden, nachdem er zuvor ter Stegen in die Schranken verwiesen und mehr Teamgeist gefordert hatte. Er werde sich zur Torwartfrage nicht mehr äußern, hatte er Anfang der Woche angekündigt. Ihm wird aufgefallen sein, dass nur er etwas in der An-



gelegenheit zu verlieren hat, nämlich seinen Stammspieler. Und je mehr Aufmerksamkeit die Debatte bekommt, desto größer wird der Druck für ihn, sich zu beweisen. Beim DFB werden ähnliche Überlegungen für die Zurückhaltung ausschlaggebend gewesen sein.

Für Hoeneß und Rummenigge scheint das zu hohe Mathematik zu sein. Sie sind schon immer Freunde des maximalen Lärms. Klug ist das nicht – zumal nichts Besonderes passiert ist. Ter Stegen hat nur das ausgesprochen, was sich sowieso alle dachten. Wie schwer es für ihn jüngst war, trotz hervorragender Leistungen nicht für die EM-Qualifikationsspiele berücksichtigt zu werden. Und dass er über die Gründe rätselt, kann ebenfalls niemanden verwundern, gerade weil Löw bestätigte, man habe ter Stegen grundsätzlich Einsätze in Aussicht gestellt.

Ein Versprechen, das als Dank für ter Stegens mannschaftsdienliches Verhalten während der WM verstanden werden kann, bei der er trotz besserer Form ins zweite Glied rückte. Für Hoeneß scheint das alles westdeutsche Propaganda zu sein. Nach der Devise: Manuel Neuer in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. *Johannes Kopp*

taz genossenschaft

Hitze freiday

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse



Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft

gurke des tages

Auch das noch: „Lilly – Thailand's Antwort auf Greta Thunberg“, meldete AFP gestern. Eine „Zwölfjährige erklärt Plastikmüll den Krieg“, heißt es. Früher gab es **Eiskunstlaufeltern**, die ihre Bälger auf Hochleistung trimmten. Dann mussten die kleinen Scheißer **Schlittschuh, Geige oder Chinesisch** lernen. Heute schicken Eltern ihre Racker wohl auf Demos, damit sie **berühmte Klimaretter** werden. Greta, Lilly, Luisa – nimmt das nie ein Ende?



das wetter

Ende mit Schrecken

Ein kleines gebrochenes Herz wandelte einsam durch die Finsternis. Gewaltsam war es aus seiner besseren Hälfte herausgerissen worden. Dabei hatten sie sich gerade erst aneinander gewöhnt! O weh, welch ein Schmerz! Da traf das gebrochene Herz auf ein einsam umherwandelndes Bier. Auch das Bier war getrieben von großem Leid. Es war mir nichts, dir nichts durch einen Leinsamen-Matcha-Tee ersetzt worden! Wü-

tend stampfte der isotoni-sche Hopfen-Smoothie auf. Fast wäre er dabei auf einer schluchzenden Banane ausgerutscht, die um ihre Schale trauerte neben einem Kohlekraftwerk, das sich gerade vom Klimawandel getrennt hatte. So litten sie alle gemeinsam. Plötzlich schlug ein mächtiger Blitz in den Trauerhaufen, und eine dunkle Stimme raunte aus der Dunkelheit: Wenn's am schönsten ist, soll man aufhören!

Helden, bitte nicht melden!

Neuer deutscher Heroenkult: von Zarah Leander zu Zopfgetrel. Eine Rede an die Kinder dieser untergehenden Welt

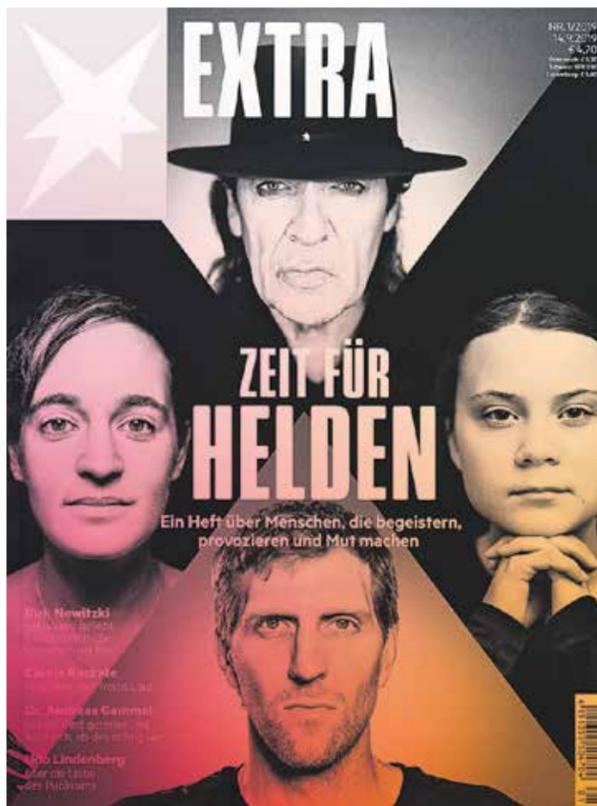
Von Michael Ringel

Liebe Kinder, ihr müsst jetzt ganz tapfer sein. Das Ende ist nahe. Die Welt geht unter. Das tut sie zwar schon von Anfang an, aber seit die Menschheit das Sagen auf der Erde hat, ist es in den letzten 10.000 Jahren deutlich ungemütlicher geworden.

Deshalb hat man für die Armen und Schwachen die Religion erfunden, die Trost spenden soll. Damit die Menschen wenigstens das Gefühl haben, nicht ganz umsonst auf Erden zu wandeln. Als Belohnung winkt ihnen ein Jenseits, in dem angeblich alles Elend endet. Im Diesseits wollen die Puritaner und Pietisten, Katholiken und Muslime oder wie sie auch heißen dafür auf alles verzichten, was Spaß macht.

Nichts anderes aber verlangen von euch Kindern momentan auch die aktuellen Apokalyptiker, die sich Klimaretter nennen, nur dass deren Jenseits Zukunft heißt, was selbstverständlich nicht annähernd so rosig wird wie das Paradies, in das jeder einzieht, der sich brav benimmt. Und um euch dies bittere Leben schmackhaft zu machen, braucht es Helden. Sie heißen Jesus oder Greta, wandeln übers Wasser und lieben alle Pflanzen und Tiere und jeden Menschen, selbst den funzeligsten, der ihnen folgt.

„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“, lässt Bertolt Brecht seine zwiespältige Titelfigur im Theaterstück „Leben des Galilei“ sagen. Und viele Jahre entsprach dieser logische Satz dem deutschen Selbstverständnis, nachdem Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus reichlich Verbrecher



produziert hatte, deren herrliches Heldentum darin bestand, andere totzuschießen, zu vergasen und zu verbrennen. Nie wieder braucht es das. Aber die Zeiten sind nicht mehr einfach. Deshalb haben die Vereinfacher derzeit Hochkonjunktur.

Publizistisch gibt es dafür immer noch den Stern. Das geläuterte Titten- und Hitlerblatt hat soeben ein Sonderheft auf den Markt geworfen mit dem Titel: „Zeit für Helden“. Ja, es ist schon wieder so weit! Vier strahlende Heroen zeigt das Cover: Udo Lin-

denberg, Greta Thunberg, Dirk Nowitzki und Carola Rackete. Schon die peinliche Auswahl erzeugt ein Fremdschämen, gegen das Flugscham ein feuchter Fleischfuz ist. Der Knötterknacker Udo Lindenberg soll ein Held sein? Wahrscheinlich, weil er einen harten Hut trägt, damit sein weichgesoffenes Hirn nicht oben herausfließt.

Zeit für Helden? Die gab es auch schon mal vor achtzig Jahren. Eine Ausgabe der dem Hamburger Stern verwandten Berliner Illustrierten Zeitung hätte

seinerzeit sicher ein etwas anderes Heldenquartett gezeigt: Erwin Rommel, Zarah Leander, Max Schmeling und Ferdinand Sauerbruch. Auch damals schon war eine Schwedin dabei. Und nur achtzig Jahre hat es von der Zarah zur Zopfgetrel gebraucht. „Davon geht die Welt nicht unter“, sang die verlogene Schauspielerin Zarah Leander im Schunkelrhythmus, während draußen die Bomben die Erde erbeben ließen.

Heute singt die neueste Heldin zwar nicht, aber das Covergirl Greta ruft als „Botschafterin des Gewissens“ jeden Freitag zum Streik auf, um die Welt zu retten. Liebe Kinder, ihr müsst jetzt noch viel tapferer sein: Böser Kapitalismus hin oder her – da gibt es nichts mehr zu retten. Erst recht nicht durch einen Streik. Die gute, alte Erde ist längst verloren. Der Kapitalismus lässt sich nicht abschaffen. Da helfen auch keine grünen Pillen.

Das mag für manche Gretaisten zynisch klingen, es ist jedoch leider die Wahrheit, die niemand gern hört, und – nebenbei gesagt – ist es nicht zynisch, sondern sarkastisch: Ein Zyniker nämlich ist ein Foltermeister, der dem Gefolterten die Wahl lässt, ob er gevierteilt oder verbrannt werden will. Ein Sarkastiker aber ist ein Gefolterter, der sich nach einer halben Stunde auf dem Feuerrost beschwert, man möge ihn doch bitte wenden, die eine Seite sei nun durch.

So weh es tut. Es lässt sich nichts am Untergang ändern. Und niemand, auch kein Wissenschaftler, kann euch, liebe Kinder, Hoffnung machen. Das einzige, was bleibt, ist, als Mensch in Würde abzutreten. Das aller-

dings ist gar nicht schwer, selbst für euch Kinder. Ihr müsst nur ein paar wenige Handlungsweisen befolgen: Verschwendet eure Jugend! Bewahrt Distanz! Folgt niemals Propheten! Macht euch mit keinen Ideologien gemein! Vertraut auf euch selbst! Also auch nicht dem Verfasser dieser Zeilen.

Als Berufsspötter neigt er zur Ironie. Er will niemanden belehren. Denn es gibt nichts Lang-

Zeit für Helden? Als wäre nicht eines der größten Probleme unserer Zeit das brutale Herostratentum

weiligeres als didaktische Satiriker. Er würde daher niemals einer Massenbewegung folgen. Er würde nie Mitglied einer Partei werden, sich nie an einer Unterschriftenaktion beteiligen, nie auf eine Demonstration gehen – allein schon deshalb, weil dort das unästhetische Demonstrationsmöbel Sarg herumgetragen wird.

Der wahre Spötter scheut die Macht der Masse. Anders als die Helden produzierenden Journalisten, die ihre Leser erziehen oder ihnen etwas verkaufen wollen, wie etwa die Zopfgetrel, die uns mittlerweile von unzähligen Zeitschriften herab anstarrt. Oder sie wollen beides und gleich Politiker werden wie Boris Johnson. Journalismus ist nur die Vorstufe für Politik, wie Émile Zola einmal sagte. Obwohl es inzwischen bedauerlicherweise auch einige Kommi-

ker gibt, die der dunklen Macht verfallen und in die Politik abgewandert sind.

Zeit für Helden? Als wäre nicht eines der größten Probleme unserer Zeit das brutale Herostratentum. Wenn wieder einmal irgendein großwahnwitziger Taugenichts sich eine Waffe schnappt und Amokläuft, um verurteilt zu werden und seinen lächerlichen Namen mit grausamsten Taten tief in unser Gedächtnis zu brennen. Nicht zu vergessen all die politischen Amokläufer von Trump bis Orbán, die nur an sich selbst als Helden ihrer wahnwitzigen Egoerzählungen glauben und die Welt ins Chaos stürzen.

Warum braucht ihr kleinen Klima-Junkies eigentlich ständig Vorbilder und Idole? Und seid euch nicht selbst genug? Weil ihr für den Weltuntergang mitverantwortlich seid, ihr Gletscher-Groupies! Dauern werden neue Exemplare von euch in die Welt geworfen und sorgen dafür, dass es eng wird auf unserer fragilen Kugel im Universum. Und behauptet jetzt nicht, daran seien eure Eltern schuld. So leicht kommt ihr nicht davon. Nein, ihr müsst euch auch nicht gleich alle entleiben, wir wollen gar nicht auf euch verzichten, wobei ihr ja gerade zum persönlichen Verzicht auf Energie, Fleisch und Flugreisen erzogen werdet, bis ihr freiwillig aus existenzieller Langeweile den Löffel abgebt.

Allerdings gäbe es eine positive Form des Verzichts: Ihr könntet, statt jeden Freitag sinnlos herumzukrakeelen, einfach die Klappe halten und uns alte Falter in Frieden lassen, damit wir die Restzeit in Ruhe genießen. Einverstanden, Kinder?

Andreas Rüttenauer

Lebenslänglich Bayer: Warum ich nicht so bin, wie ich bin

Ich bin ein Berliner. Schon lange. Seit 25 Jahren wohne ich in der Stadt. In Köpenick bin ich zu Hause. Immer wenn ich das sage, lachen die Leute. Man hört mir an, dass ich früher mal woanders daheim war. Ich rolle das R, wie ich es in München gelernt habe, und die Vokale kommen von weiter hinten aus meinem Mund als bei denen, die schon immer in Berlin gelebt haben. Man hört, dass ich aus Bayern komme, und längst weiß ich, dass ich wohl nie ein waschechter Köpenicker werden kann, auch wenn ich noch so oft behaupte, dass ich schon einer bin. Der Bayer, der ich einmal war, ich werde ihn nicht los. Ich bin gefangen in meiner Herkunft.

Weil das so ist, muss ich mich dauernd rechtfertigen, muss klarstellen, dass ich nicht die

CSU bin zum Beispiel, und schon gar nicht der FC Bayern. Dass ich nicht sterben muss, wenn ich mal eine Woche lange keine Weißwurst gegessen habe, dass ich es auch schon mal zwei Wochen ohne diese „Brühwurst aus fein gekuttertem Kalbfleisch“ (Wikipedia) mit süßem Senf ausgehalten habe.

Ich bin nicht mit einer Lederhose am Leib auf die Welt gekommen und kann mir ein Leben ohne Trachten durchaus vorstellen, auch wenn mir mein mit zunehmendem Alter üppig gewordener Weißbierbusen längst zu einer idealen Birndlfigur verholfen hat. Ich bin nicht der Bayer aus dem Bilderbuch. Und so wie Markus Söder bin ich sowieso nicht – der ist Franke, damit das schon mal klar ist. Und weil wir gerade da-

bei sind: Ich bin kein Seppl, weil ich anders heiße, und ein Depp nur dann, wenn ich mal etwas Deppertes gemacht habe.

Volksmusik mag ich so wenig wie Andreas Gabalier. Der ist erstens Österreicher und zweitens sowieso zum Kotzen. Ich habe Bier schon aus Gefäßen getrunken, die weniger fassen als einen Liter Flüssigkeit, und trinke auch mal Bier, das schmeckt, nicht immer Münchner Hell. Ich bin nicht der Bayer, den die Preußen in mir sehen wollen. Wer jetzt aber glaubt, ich sage auch nur ein schlechtes Wort über das Oktoberfest, den muss ich glatt enttäuschen.

Jedes Jahr fahre ich zur Wiesn. Warum? Weil ich es immer schon getan habe. Weil da noch immer die sind, die schon vor 25 Jahren da waren. Weil man wegen der

fehlenden Bierpreisbremse nirgendwo so gut darüber reden kann, dass früher alles besser war. Weil man beim Pieseln in die Blechrinne seinem Gegenüber in die Augen schauen kann. Weil so viele Menschen aus aller Herren Länder mit blöden Hüten aus grauem Filz rumlaufen und glauben, dass das typisch bayerisch ist. Weil ich meine schönsten Räusche der Fischer Vroni zu verdanken habe. Weil ich gern Räusche habe.

Am Montag ist es wieder so weit. Gegen vier Uhr nachmittags werde ich meinen Platz in der Augustiner Festhalle einnehmen. Ob ich das mache, weil es der Bayer in mir verlangt, weiß ich nicht. Was ich weiß: Ich bin bestimmt nicht der einzige Berliner, der sich in diesen Tagen auf den Weg zur Wiesn macht.

Ein Teil unserer Auflage enthält eine Beilage von gebana, Ökoworld, HAU

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Georg Löwisch, Katrin Gottschalk (stellv.), Barbara Junge (stellv.)
Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Georg Löwisch
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Regionaler Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21
Tel.: Mo. + Mi. 9-13 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 2 59 02 444

E-Mail: kleinanz@taz.de
taz Shop | Tel.: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 | Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, Tel.: 040 | 38 90 17 452
Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, Tel.: 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:
Andreas Marggraf, Karl-Heinz Ruch
Gesellschafter | 99,99%:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur
Andreas Bull, Kaufmann
Isabel Lott, Fotoredakteurin
Andreas Marggraf, Kaufmann
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin
Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 33,90 €



PAZIFIK
PLAIFIK
PLAITIK
PLASTIK

Demokratische
Gesellschaften brauchen
eine unabhängige
Presse



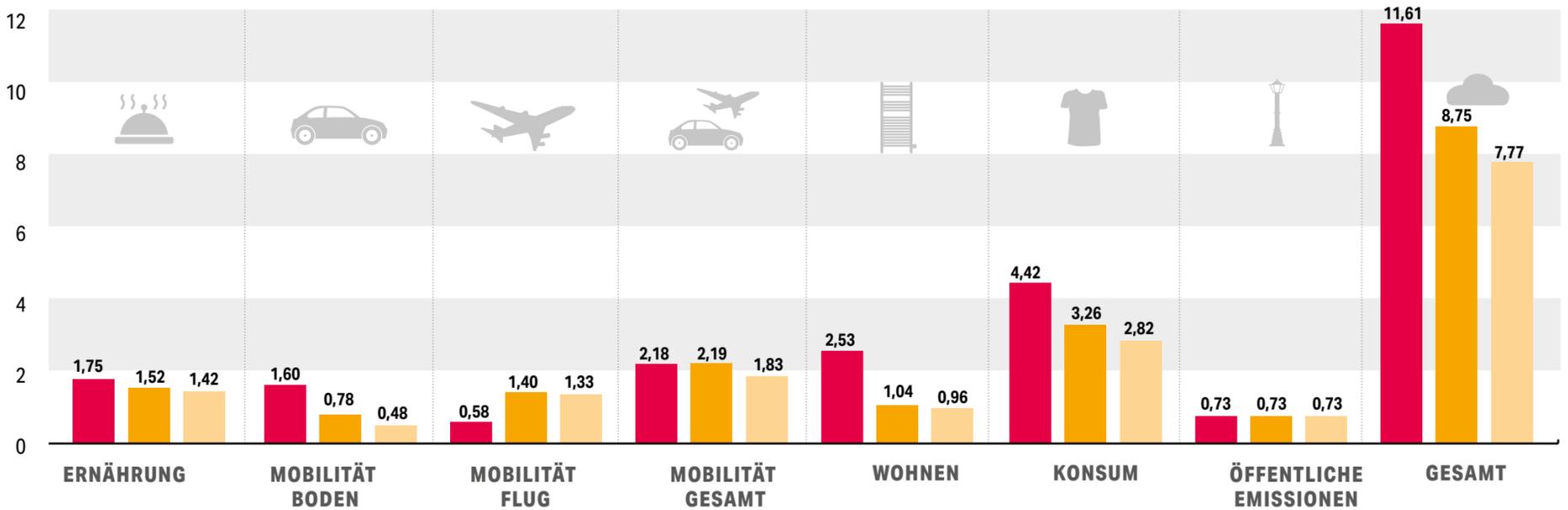
Mehr als 19.000 Menschen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Erwerben auch Sie Eigentum an einer Tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen. Mit einer Einlage **ab 500 Euro** (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) **werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft.**

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft

Ergebnisse des Projekts Klimaneutral leben in Berlin (KliB) 2017/2018

■ Bundesdurchschnitt ■ KliB 2017 ■ KliB 2018

CO₂-Verbrauch pro Kopf in Tonnen



Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

taz grafik: infotext-berlin.de

„Was brauche ich zum Leben?“

Ein Jahr lang hat Mechtild Lutze für eine Studie mit dem Ziel eines möglichst niedrigen CO₂-Verbrauchs gelebt. Ihr Resümee: Es habe ihr materiell an nichts gefehlt. Verzichtet hat sie allerdings doch – etwa auf Wochenendausflüge mit dem Auto

Interview **Plutonia Plarre**

taz: Frau Lutze, bedeutet klimaneutral zu leben Verzicht?

Mechtild Lutze: Einschränken, verzichten: Mich stört, dass die Begriffe immer so negativ besetzt sind. Es geht darum, die Sichtweise zu verändern. Was brauche ich zum Leben? Muss ich wirklich immer alles kaufen?

Sie gehören zu den 100 Berliner KliB-Haushalten, die ein Jahr lang versucht haben, klimafreundlicher zu leben. Warum haben Sie mitgemacht?

Ich habe schon vorher umweltbewusst gelebt. Ich lebe allein, habe kein Auto, fahre Fahrrad, kaufe fast nur in Bioläden, bevorzugt regionale Produkte. Mich hat interessiert, wie sich das auswirkt: Wo stehe ich mit meinem CO₂-Fußabdruck?

Der Bundesdurchschnitt liegt pro Person bei 11,6 Tonnen CO₂. Die KliB-Haushalte haben im Durchschnitt nur 7,7 Tonnen verbraucht, Sie haben diesen Wert sogar unterschritten. Wie haben Sie das gemacht?

Alle Teilnehmer haben ihren Verbrauch wöchentlich mit einem CO₂-Klimarechner dokumentiert. Zum Vergleich war bereits der Vorjahresverbrauch ermittelt worden. Schon da lag der Durchschnittswert bei 8,7 Tonnen, also 25 Prozent unter dem

Die Studie Klimaneutral leben in Berlin (KliB)

Das Projekt Ein Jahr lang haben über 100 Berliner Haushalte versucht, ihren CO₂-Verbrauch zu reduzieren. Das geht so: mehr Gemüse und weniger Fleisch essen, öfter mit dem Rad, dem öffentlichen Nahverkehr und dem Zug fahren, die Wohnung von einem Energieberater checken lassen, auf Grünstrom umstellen. Klimaneutral leben in Berlin (KliB) fand 2018 unter Leitung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) statt.

Der CO₂-Ausstoß liegt im Bundesdurchschnitt bei 11,6 Tonnen pro Kopf. Die an KliB beteiligten Haushalte lagen mit

durchschnittlich 8,7 Tonnen – für das Jahr 2017 rückwirkend ermittelt – schon zu Projektbeginn darunter. Ein Jahr später waren sie bei 7,7 Tonnen. Alle hatten sich freiwillig gemeldet, viele schon vorher umweltfreundlich gelebt. Manche hatten aber auch mit 20 Tonnen begonnen. Ein Grund dafür, dass das Projekt rund 25 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt startete, ist das hiesige gute Nahverkehrssystem. Hamburg und München dürften ähnlich gut dastehen, vermutet Fritz Reußwig, Leiter des KliB-Projekts. Großstädter können leichter auf das Auto verzichten. Auch Ökostrom ist in Berlin

verbreiteter als auf dem Land. Maluspunkt: Die Berliner fliegen mehr als der Bundesdurchschnitt.

Und nun? Das Projekt soll auf 50 Kommunen ausgedehnt werden. „Selbst Menschen, die weit unter Bundesdurchschnitt liegen, können noch besser werden“, so Reußwigs Erfahrung. Doch es gebe auch Grenzen. Die öffentlichen Emissionen – mit 0,73 Tonnen pro Kopf veranschlagt – ließen sich nicht individuell beeinflussen. „Da hilft nur eine andere Politik“. Klimapolitisches Ziel: 1 Tonne CO₂ pro Kopf bis 2050. (plu)

Bundesdurchschnitt. Mein Vorjahresverbrauch lag sogar bei nur 5,63 Tonnen. Ausgestiegen bin ich dann mit 4 Tonnen. Dass ich schon lange Ökostrom beziehe, ist stark ins Gewicht gefallen. Das heißt, mein Strom-CO₂-Fußabdruck ist null.

Strom und Heizung wurden in der Studie unter dem Posten „Wohnen“ subsumiert.

Während der Versuchsphase habe ich entdeckt, dass es auch CO₂-neutrales Gas gibt. Ich habe meine Heizung daraufhin umgestellt. Vorher lag ich beim

Heizen bei einem Wert von 0,71 Tonnen, danach bei 0,51. Den größten Einspareffekt habe ich allerdings beim Posten Konsum erzielt. Alles außer Ernährung ist darin enthalten, Kleidung, Möbel, Bücher und Ausgehen.

Was haben Sie anders gemacht?

In dem ganzen Jahr habe ich mir nur zwei Kleidungsstücke gekauft, und die auch noch secondhand. Mein CO₂-Wert beim Konsum ist um eine Tonne gefallen: von 2,76 auf 1,76 Tonnen. Herstellung und Transport von Konsumgütern verschlingen ja Unmengen von CO₂. All das haben wir mit dem Klimarechner ja auch berechnet.

Haben Sie auch Ihre Ernährung verändert?

Fleisch habe ich nie gegessen. In dem Jahr habe ich ein bisschen vegan gelebt, das habe ich danach aber wieder aufgegeben. Ob man sich vegetarisch oder vegan ernährt, das macht auch nicht den großen Unterschied. Regional einkaufen und selber kochen ist entscheidend. Keine Tiefkühlprodukte zu verwenden

spielt auch eine große Rolle.

Sprechen wir über die Mobilität.

Da bin ich mit 0,56 Tonnen ein- und mit 0,11 ausgestiegen. Das liegt daran, dass ich 2017 sehr viele Zugreisen gemacht hatte und auch ein paar Wochenendreisen mit dem Auto. 2018 bin ich deutlich weniger verreist, und das auch nur mit dem Zug.

Wie würden Sie Ihren Lebensstil beschreiben?

Ich lebe gut (*lacht*). An materiellen Dingen fehlt es mir an nichts. Ich gehe gerne ins Kino und Theater, auch mal ins Café oder gut Essen – wenn möglich bio. Ich bin ein bewegungsfreudiger Mensch, gesellschaftspolitisches Engagement gehört für mich auch zum Lebensstil.

Unter den Teilnehmern der Studie gab es heftige Debatten übers Fliegen. Wie haben Sie das erlebt?

In den KliB-Diskussionsforen wurde darüber diskutiert, die Flugmobilität aus dem Posten Alltagsmobilität herauszunehmen und gesondert aufzulisten.

Was auch geschehen ist.

Der Beweggrund war, dass man den Erfolg, den man bei der Alltagsmobilität erzielt hatte, nicht durch Flugreisen kaputt machen wollte. Aber es gab durchaus Haushalte, die gesagt haben: Wir fliegen dieses Jahr nicht, wir machen anders Urlaub.

Das Ergebnis der KliB-Studie ist, dass Berliner einerseits ökobewusster sind als Bundesbürger, aber deutlich mehr fliegen als diese. Wie oft steigen Sie in ein Flugzeug?

Ich habe meinen Verbrauch der letzten 30 Jahre ausgerechnet und bin auf 74 Tonnen CO₂ fürs Fliegen gekommen. Nicht jede Flugreise würde ich aus heutiger Sicht wiederholen. Seit 2016 bin ich überhaupt nicht mehr geflogen. Ich bin nicht sicher, ob das immer so bleibt, aber dieses Wild-in-der-Gegend-Herumfliegen finde ich sehr problematisch.

Sind Sie nun am Ende Ihrer CO₂-Einsparmöglichkeiten angekommen?

Ich denke, schon. Ein großer Posten, den man individu-

ell nicht verändern kann, sind ja die öffentlichen Emissionen

Das CO₂-Konto jedes Bundesbürgers ist mit 0,73 Tonnen durch die Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur wie Straßen, Verwaltung, Krankenhäusern, Schulen und Ähnlichem belastet.

So ist es. Auch meine persönliche Bilanz lässt sich aufgrund äußerer Faktoren nicht mehr wesentlich drücken. Damit die Güter CO₂-neutral(er) werden, sind grundlegende Veränderungen in der Produktionsweise und dem Transport gefragt. Wie wollen wir das Ziel des Pariser Klimaabkommens – 1 Tonne pro Person bis 2050 – sonst realisieren?

Ist es teurer, Co₂-arm zu leben?

Bioprodukte kosten mehr, aber wenn man kein Fleisch isst und selbst kocht, wird es billiger. Für die Heizung zahle ich pro Monat 12 Euro mehr, seit ich GrünGas beziehe. Den Strom habe ich schon vor 20 Jahren umgestellt, da fehlt mir der Vergleich. Ich habe einen Computer, eine Waschmaschine und einen Kühlschrank. Den schalte ich im Winter aber immer aus. Die Lebensmittel stelle ich auf den Balkon oder ins Treppenhaus, so wie andere Leute ihre Schuhe.



Foto: privat

Mechtild Lutze

62, Diplomsoziologin, arbeitet in einer Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung. Sie lebt in einer 48-qm-Wohnung im wärmedämmten Altbau.

Anzeige

Neue Gesellschaft
Frankfurter Hefte
Diskussionsforum für
Soziale Demokratie

**GLANZ UND ELENDE
DER SOZIALDEMOKRATIE**

25. Sept. 2019 · 16 – 20 Uhr
**Französische
Friedrichstadtkirche, Berlin**
u. a. mit Kurt Beck, Jürgen Kocka,
Wolfgang Merkel, Christina Morina und
Wolfgang Thierse

Informationen u. Anmeldeöglichkeiten:
www.frankfurter-hefte.de/veranstaltungen/

Klimameldung I

Kenia in Brandenburg: früherer Kohleausstieg

SPD, CDU und Grüne in Brandenburg würden in einer gemeinsamen Koalition früher aus der Braunkohleverstromung aussteigen als 2038 – wenn das machbar ist. Das geht nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur vom Donnerstag aus einem gemeinsamen Papier der drei Parteien hervor. Die Lausitz solle eine Modellregion für den Strukturwandel werden und starke Energie-region bleiben, dafür sei die Grundlage das Ergebnis der Kohlekommission. Dies sehe einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis Ende 2038 vor, bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch schon 2035. In Brandenburg bahnen sich Koalitionsverhandlungen der drei Parteien für eine „Kenia“-Koalition an. Nach der Vereinbarung soll kein Dorf für die Braunkohle mehr abgebagert werden – das war eine „rote Linie“ der Grünen. Bestehende Windräder sollen durch modernere ersetzt werden. (dpa)

Ursache und Wirkung: Mehr CO₂ in der Luft gleich mehr Wärme gleich immer häufiger Starkregen. Weltweit ist der Verkehr für etwa ein Viertel der Emissionen aus fossilen Brennstoffen verantwortlich. Ein Fahrzeug bleibt auf einer überschwemmten Straße am Tiergarten liegen, August 2019 Foto: Karsten Thielker



Orte des Klimawandels Berlin

Klimameldung II

Wissenschaftler wollen auf Kurzstreckenflüge verzichten

Rund 1.400 WissenschaftlerInnen aus Berlin und Brandenburg wollen künftig bei kürzeren Dienstreisen auf Flüge verzichten und damit einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten, wie die Initiatorin der Initiative, Professorin Martina Schäfer, am Donnerstag mitteilte. Die Selbstverpflichtung soll bei Reisen bis zu 1.000 Kilometern gelten. Für diese Strecke wollen sie den Zug nehmen, wenn die Reise nicht länger als zwölf Stunden dauert. Die WissenschaftlerInnen von sieben großen Hochschulen stellen etwa zehn Prozent der Professoren und anderen Wissenschaftler an ihren Einrichtungen dar. Schäfer, Geschäftsführerin des Zentrums Technik und Gesellschaft der TU Berlin, sagte: „Jeder muss das für sich selbst entscheiden. Uns geht es darum, einen Denkprozess anzustoßen.“ Selbstverständlich gewordene Routinen wie die Flugreisen zu Konferenzen müsse man in Zeiten der Klimakrise in Frage stellen. (dpa)

Zwischen Klimaschutz und Grün-Privatisierung

In Berlin wird Fläche bebaut und versiegelt. Das Konzept der Schwammstadt will die Folgen für die Umwelt abmildern. Doch grüne Dächer sind kein Ersatz für öffentliche Freiflächen

Von **Uwe Rada**

An der Tür der Haasestraße 3 klebt der Aufruf zum Klimastreik am 20. September. „Zusammen mit Fridays for Future auf die Straßen“, steht darauf. Wäre die Tür nicht abgeschlossen, könnte man hinaufsteigen aufs Dach der Baugruppe Haasestraße. Auf 1.450 Quadratmetern ist dort zwischen Revaler Straße und Simplonstraße ein Dachgarten entstanden, der im Oktober vergangenen Jahres als „Berlins schönstes Gründach“ ausgezeichnet wurde.

„Dächer können mehr: Mit Kreativität und grünem Daumen holen sie die Natur in die Stadt und werden so zu Erholungsorten. Dadurch wird Berlin widerstandsfähiger gegen Wetterextreme“, sagte Berlins Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Regine Günther (Grüne), die in der Jury saß. Seit August hat ihre Verwaltung auch das Förderprogramm „GründachPLUS“ mit einem Volumen von 2,7 Millionen Euro aufgelegt. „Grüne Dächer speichern Regenwasser wie ein Schwamm“, so Günther. „Damit sind sie ein wichtiger Baustein, um die Stadt an den Klimawandel anzupassen.“

Der Klimawandel zeigt sich in Berlin nicht nur durch ext-

reme Trockenheit, sondern auch durch zahlreiche Starkregen. Im Juni musste der Flussbadpokal abgesagt werden, weil die Kanalisation die Regenmengen nicht aufnehmen konnte und in die Spree geleitet hatte. Zwar bauen die Wasserbetriebe derzeit neue Rückhaltebecken wie etwa unter dem Mauerpark in Prenzlauer

In Adlershof muss jeder Bauherr nachweisen, wie er Regenwasser speichert

Berg. Doch auch sie werden bei Starkregen immer wieder volllaufen. Um zu verhindern, dass das Wasser in Gänge in die Kanalisation strömt, sollen nun grüne Dächer, aber auch Mulden bei Neubauten helfen, es zu speichern. Schwammstadt heißt dieses Konzept.

Ein Stadtteil, in dem schon heute viel Wasser zurückgehalten wird, ist die Wissenschaftsstadt Adlershof. Beim Institut für Physik in der Newtonstraße wird das Wasser auf dem Dach in Zisternen gesammelt und läuft dann an der begrünten Fassade ab. Das kühlt zum einen, zum ändern wird das überschüssige Wasser in einem Teich ge-

sammelt. „Wir brauchen eine sinnvolle Nutzung von Regenwasser“, sagte der Sprecher der Berliner Wasserbetriebe, Stephan Natz, bei einem Rundgang durch Adlershof schon vor zwei Jahren. In Adlershof muss seit verganginem Jahr jeder Bauherr nachweisen, wo und wie er Regenwasser speichert, damit es nicht ungebremst in die Kanalisation fließt.

Die letzte Bilanz über die Anzahl der Gründächer in Berlin stammt von 2017. Laut Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatten damals 18.368 von insgesamt 604.865 Gebäuden inklusive Tiefgaragen eine begrünte Dachfläche von mehr als zehn Quadratmetern. Auch wenn die Senatsverwaltung gerne die Zahl von 400 Hektar Dachgrün in den Vordergrund stellt, was einer Fläche von 400 Fußballfeldern entspreche, sind in Berlin nur 3 Prozent der Gebäude begrünt. Immerhin hat Berlin damit Hamburg überholt, das bereits seit 2015 grüne Dächern fördert. Dennoch sind dort derzeit nur 144 Hektar Dachfläche begrünt.

Wer in Berlin das eigene Gebäude begrünen will, hat inzwischen auch einen Ansprechpartner – die Berliner Regenwasseragentur, die das Land zusammen mit den Wasserbe-

trieben 2018 gegründet hat. Bis zu 75 Prozent der Kosten, höchstens aber 60.000 Euro können Eigentümer beantragen, abgewickelt wird die Förderung dann von einer Tochter der Investitionsbank Berlin. Schon bevor das Programm GründachPLUS am 21. August offiziell vorgestellt wurde, gab es bereits zehn Anfragen pro Woche, sagt Wasserbetriebssprecher Natz. Inzwischen pendeln die Anfragen zwischen zwei und zwanzig Anfragen wöchentlich.

Grüne Dächer sind aber nur ein Baustein der Schwammstadt, wenn auch der, der derzeit im Fokus steht. Will Berlin seine Klimaziele erreichen, müssten aber mehr als nur 3 Prozent der Dächer begrünt werden. Um 40 Prozent will Berlin seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 senken, um 60 Prozent bis 2030, um dann 2050 klimaneutral zu sein.

Selbst wenn das gelänge und mit der Schwammstadt Wasser gespeichert und die Kanalisation entlastet wird, gibt es aber auch eine Schattenseite dieser Verlagerung des Grüns vom öffentlichen Raum auf die Dächer. Auf Brachen konnten alle lämmeln, Picknick machen oder den Hund Gassi führen. Auf grünen Oasen wie in der Haasestraße können es nur die Bewohner der Eigentumswohnungen.

Buchpremiere

„Angriff auf Europa“

In fast allen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Die Autor*innen **Malene Gürgen, Patricia Hecht, Nina Horaczek, Christian Jakob und Sabine am Orde** stellen dazu ihr Buch „Angriff auf Europa“ vor und diskutieren mit **Márton Gergely** (leitender Redakteur der ungarischen Wochenzeitung *HVG*) und **Bartosz T. Wielniński** (Außenpolitikchef der polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*) über Pressefreiheit in Ländern, die von rechtspopulistischen Parteien regiert werden.

Eine Veranstaltung der taz in Kooperation mit dem Christoph Links Verlag.

taz kantine

Freitag, 20. September 2019
um 19 Uhr, Eintritt frei
Friedrichstraße 21
10969 Berlin-Kreuzberg

Ch.Links

taz veranstaltung

Buchvorstellung

„Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen“

Deutschland ist reich, aber die gängigen Erklärungen sind falsch. Ludwig Erhard war nicht der „Vater“ des „Wirtschaftswunders“, sondern ein naiver Ökonom und Lügner. Die „soziale Marktwirtschaft“ war nie besonders sozial, und die Bundesbank war nicht die unbestechliche „Hüterin der D-Mark“, sondern hat Millionen in die Arbeitslosigkeit geschickt.

taz-Journalistin **Ulrike Herrmann** diskutiert ihr neues Buch mit dem konservativen Wirtschaftshistoriker **Werner Plumpe** (Universität Frankfurt).

Die Moderation übernimmt taz-Autor **Stefan Reinecke**.

Montag, 23. September 2019, 19 Uhr, Eintritt frei
taz Kantine, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin-Kreuzberg

Sunny Riedel beobachtet die Folgen des Klimawandels vor der eigenen Haustür

Nachruf auf den Kletterbaum

Propos Waldsterben: Meinen persönlichen Klimawandel-Moment hatte ich vergangene Woche, als ich bei meinem täglichen Weg durch den Schöneberger Kleistpark bemerkte, dass etwas fehlt. Am Kammergericht, wo tags zuvor noch eine farnblättrige Buche ihre langen silbrig schimmernden Äste ausgestreckt hatte, stand nur noch ein kahler Stumpf. Der „Kletterbaum“ war tot, nur noch der Stumpf stand in der plötzlich hell gewordenen Ecke, Schilder um die frisch abgesägten Aststümpfe: „Ich wollte nicht sterben“, „Stadtkind Maya ist traurig“.

Nicht nur Stadtkind Maya, so ziemlich alle Anwohner:innen trauern um diesen uralten Genossen, der nicht nur vielfältiger Lebensraum, sondern auch sozial und

kulturell bedeutsam war. Der mindestens einen Spielplatz aufwog, aber anders als ein solcher unersetzbar ist. Gerüchte gingen um, denn der Baum hatte im Frühsommer reichlich Laub getragen und noch Tage zuvor hatten dort wie immer um die Nachmittagszeit Dutzende Kinder auf den Ästen gehockt oder versucht, die etwa fünf Meter hohe Krone zu erklettern.

Doch auch im Grünflächenamt Tempelhof-Schöneberg war man überrascht gewesen, als eine Gartenbaufirma beim frühherbstlichen Baumschnitt feststellte: Die Buche war innerhalb kürzester Zeit gestorben, Pilzbefall infolge der Dürresommer. Stadträtin Christiane Heiß von den Grünen sagte, auch sie sei traurig. „Wenn es eine Chance gegeben hätte, dass der Baum

wieder austreibt, wäre er selbstverständlich stehen geblieben.“ Alle Grünflächenämter und auch die Forstverwaltung stünden vor der Herausforderung, den Baumbestand an den Klimawandel anzupassen. Baumfreunde müssen feststellen: Auch hundertjährige Buchen sind in diesen Zeiten fragil und bedürfen unserer Hilfe, etwa durch Gießen im Sommer.

Das Grünflächenamt plant nun die Pflanzung hitzebeständigerer Exemplare, auch die in den 90er Jahren aus Kostengründen stillgelegten Hydranten im Park könnten wieder zum Einsatz kommen. Die Kinder im Kiez werden das Klettern nun an den Metallstangen auf dem Spielplatz um die Ecke üben. Vielleicht wird es für ihre Enkelkinder wieder einen Kletterbaum geben.

„Diese Debatte um VerliererInnen ist eher AfD-Niveau“

Was die Ziele betrifft, sind sich Clara Mayer von Fridays for Future und der grüne Klimapolitiker Georg Kössler einig. Streiten tun sie über die nötige Radikalität bei der Umsetzung und den Sinn und Unsinn von Parteien

Interview **Claudius Proßer**

taz: Frau Mayer, Herr Kössler, wir reden seit Jahren über Klimaschutz, aber die Zahl der Fluggäste in Berlin hat wieder ein Rekordhoch erklommen. Ist das alles eine Scheindebatte?

Clara Mayer: Nein. Ich denke, die Bevölkerung ist durchaus sehr verängstigt, aber die Politik macht Scheinaktionen. Seit Monaten werden wir von PolitikerInnen aus großen Teilen des politischen Spektrums blind gelobt – aber erst vor wenigen Monaten hat der Bundesrat auch mit Stimmen der Grünen beschlossen, den Import von Frackinggas aus den USA zu erleichtern. Da haben wir das Gefühl, zu Tode umarmt zu werden, damit niemand sich ändern muss.

Georg Kössler: Dass Berlin im Bundesrat dafür gestimmt hat, wüsste ich nicht. Auf Bundesebene haben wir eine klare Beschlusslage gegen Frackinggas. Und die Grünen umarmen die Bewegung auch nicht, denn wir brauchen eine kritische Bewegung. Was die Flüge betrifft: Ich nehme wahr, dass sich die Debatte schon massiv verschoben hat. Da öffnet sich ein Raum, um politisch mehr durchzusetzen. Für uns heißt das aber auch, sich nach den ganzen Jahren des Förderns mal Ordnungspolitik zu trauen. Das muss nicht gleich ein Verbot von Flügen sein. Aber es könnte heißen, einen gerechten CO₂-Preis zu setzen und Inlandsflüge von Berlin aus so zu verteuern, dass die Menschen auf die Bahn umsteigen.

Mayer: Das klingt ja alles sehr schön. Aber wie stehen Sie eigentlich dazu, dass Ihr Bundesprogramm nicht pariskonform ist? Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet das Programm einer Partei, die sich mit Klima- und Umweltschutz profiliert, den Kriterien der Pariser Klimakonferenz nicht entspricht. Das ist ein Skandal!

Kössler: Mir ist es auch nicht genug. Wir haben einen Widerspruch zwischen dem, was die Wissenschaft sagt, und dem, was aktuell technologisch und politisch möglich ist, und diese Kluft wird leider immer noch größer.

Mayer: Aber Paris ist doch nicht einfach ein netter Wunschtraum. Das Klimaabkommen ist die oberste Grenze, unter der wir bleiben müssen, wenn wir klimatechnisch überhaupt noch etwas retten wollen!

Kössler: Das ist auch uns völlig klar. Es gibt nur eben zwei Ansätze in der Politik: zu sagen, was nötig ist, auch wenn man noch nicht weiß, wie man da hin-

kommt, oder zu sagen, was möglich ist. Meine Partei war immer darauf bedacht, das zu fordern, was maximal möglich ist. Was auch Grüne wie mich frustriert, ist, dass das in puncto Klimaschutz nicht ausreicht.

Mayer: Aber es stimmt ja gar nicht, dass es das maximal Mögliche ist! Wir werden von tausend WissenschaftlerInnen unterstützt, die sagen, dass wir noch radikalere Dinge fordern könnten.

Kössler: Scientists for Future stimmen mit Fridays for Future genauso wie ich überein, dass radikalere Ziele richtig sind. Das heißt nicht, dass man von heute auf morgen alles ohne Zielkonflikte erreichen kann. Man könnte die Kohlekraftwerke in Berlin sofort abstellen – aber dann hätte man in gewissen Gegenden erst mal keine Heizung mehr. Man könnte die ganzen Autos stehen lassen, dann würden manche Leute aber auch nicht mehr zur Arbeit kommen. Da gibt es auch Verliererinnen und Verlierer.

Mayer: Dass es die Konflikte gibt, ist ja nicht zu bestreiten. Aber ich finde es sehr schade, dass es immer diese VerliererInnen-Debatte gibt, da habe ich das Gefühl, das ist eher AfD-Niveau. So von wegen: Der Klimaschutz wird einen Großteil der Bevölkerung total benachteiligen und die arbeitende Bevölkerung ins Unglück stürzen. Das ist doch kompletter Unsinn. Es gibt so viele Studien, die zeigen, dass es unserer Wirtschaft auch mit Klimaschutzmaßnahmen besser gehen wird, dass es auch für Kohlekumpel Umschulungen gibt, dass es für diese Menschen Beschäftigung gibt.

Wann legen die Grünen denn jetzt mal richtig los?

Kössler: Wir haben auch dank Fridays for Future in den letzten Jahren gemerkt, dass wir immer noch auf dem richtigen Weg, aber viel zu langsam sind. Die Frage ist, wie man das beschleunigt. Ich glaube, wir müssen jetzt über Strukturen reden. Zum Beispiel haben wir in Berlin Probleme damit, Solaranlagen auf öffentlichen Dächern zu bauen, weil die Landeshausordnungsverwaltung sagt, dass es immer die billigste Lösung sein muss. Ohne CO₂-Preis kommen wir da also nicht weiter.

Mayer: Deswegen ist es ja auch gut, dass wir weiter freitags streiken und nicht sagen: Oh, jetzt haben wir die Debatte angestoßen, tschüssi, wir sehen uns in der Schule. Dass wir uns genau anschauen, was ihr da

auch in Reaktion auf uns produziert. Am Anfang wurden wir belächelt: die süßen Fridays, mit denen man mal posieren kann. Das hat ja mittlerweile ein Ende, auch nach den Ergebnissen der Europawahl. Jetzt werden wir den Einfluss, den wir als Kinder und Jugendliche haben, weiter nutzen, werden Regierung und Parteien durchgehend fact-checken.

Sie, Herr Kössler, sind sehr nah an der Bewegung. Wenn Sie sich die Forderungen der AktivistInnen zu eigen machen, verdreht man da in Fraktionskreisen oder Koalitionsrunden nicht die Augen?

Kössler: Vielleicht, aber dann vor allem mit dem Argument, dass wir doch genug Baustellen in Berlin haben. Was einerseits stimmt. Andererseits: Das hier ist die wichtigste Baustelle und deswegen versuchen wir ja jetzt, die Sachen, die wir eh schon auf dem Zettel hatten, noch in dieser Legislaturperiode zu machen. Etwa die Solarpflicht für Neubauten, die wir beschlossen haben und die mittlerweile auch die Linken mittragen. Das wäre das erste Mal Ordnungspolitik, etwas Handfestes.

Mayer: Wir plädieren immer dafür, die Energieversorgung lokal zu regeln. Beim weit entfernt gelegenen Kohlekraftwerk ist es viel einfacher, zu sagen, das interessiert mich nicht. Für eine Anlage vor Ort ist man selbst verantwortlich, moralisch und auch als Anwohner. Da wählt man dann einfach die klimafreundlichere Methode.

Gerade wurde die Machbarkeitsstudie präsentiert, die einen Kohleausstieg durch Vattenfall bis 2030 vorzeichnet. Wie jetzt klar wurde, bedeutet das aber erst mal den Umstieg auf einen anderen fossilen Energieträger, nämlich Erdgas.

Kössler: Für mich war das einer der bislang ernüchterndsten Momente als in die Politik gegangenener Klimaaktivist. Wir haben die Ressorts, wir haben die Beschlüsse – Kohleausstieg bis 2030 –, wir haben eine gute Wirtschaftslage und mit Vattenfall sogar einen Energieversorger, der nicht mehr ganz so schlimm ist wie früher, denn immerhin sagen sie, sie machen da mit. Die Ausgangslage hätte schlechter sein können. Trotzdem werden wir jetzt wohl die Brücke Erdgas, die wir umgehen wollten, benötigen. Das ist frustrierend. Gut sind Schalthelbe, die Regine Günther reingebracht hat, wie Power-to-Heat, sprich: Wenn genug Strom aus

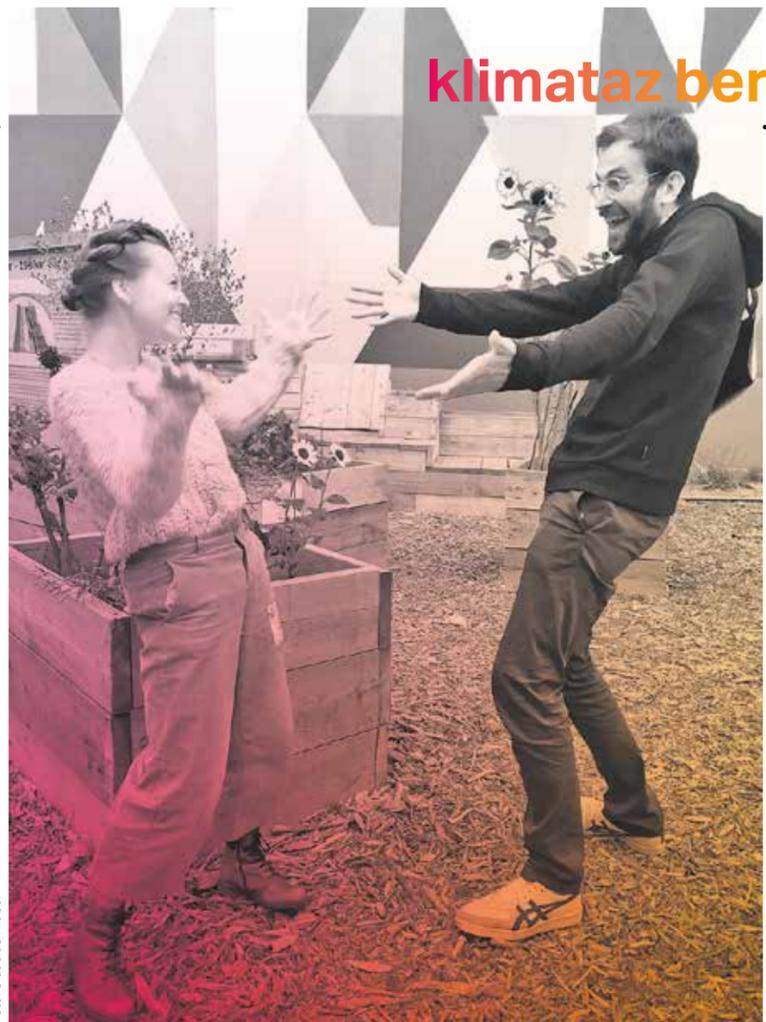


Foto: Claudius Proßer

Clara Mayer, 18, ist Aktivistin der Berliner Fridays-for-Future-Bewegung. In diesem Jahr machte sie Abitur und arbeitet derzeit auf einer Intensivstation der DRK-Kliniken.

Georg Kössler, 34, seit 2016 für Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus, davor Sprecher der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Energie. Er ist Mitbegründer des Bündnisses „Kohleausstieg Berlin“.

Herr Kössler, Sie nicken, wünschen Sie sich nicht, dass die ganzen AktivistInnen bei den Grünen eintreten und den Laden aufmischen?

Kössler: (lacht) Um Gottes willen! Nein, ich will, dass die auch in die anderen Parteien gehen und in die Breite wirken. Das muss aber auch gar nicht unbedingt in Parteistrukturen aufgehen, denn eine Partei macht auch älter, das sieht man ja bei mir.

Anzeige

NEU DENKEN. MIT VOLLER ENERGIE.

GASAG

WERDE UMWELTSCHÜTZER, SONST ZIEHT'S MIR DIE SCHUHE AUS.

100.000 EURO SPENDEN* – DU ENTSCHEIDEST MIT!

GASAG spendet 100.000 Euro! Kostenfreie SMS mit „Klima“ an 0177-178 39 11 senden, Spendencode mit Zugangslink erhalten, Projekte auswählen und UmweltEuro verteilen.

www.gasag.de/umwelteuro

*Der Aktionszeitraum läuft bis zum 31.12.2019. Alle Infos und Teilnahmebedingungen unter www.gasag.de/umwelteuro

Nicht eingeladen: Olaf Lies bei Fridays for Future in Hannover
Foto: Moritz Frankenberg/dpa



Umweltminister nicht erwünscht bei Fridays for Future

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies und der hannoversche Landesbischof Ralf Meister wollen an der heutigen Fridays-for-Future-Demonstration teilnehmen. Im Gegensatz zu Lies ist Meister eingeladen

Von Gernot Knödler

Die Fridays-for-Future-Bewegung kann sich vor Unterstützern kaum retten. „Umweltminister und Landesbischof führen Klima-Protestzug an“ tickerte der Evangelische Presbiterienrat (epd), mit Blick auf die heutige Klimastreik-Demonstration in Hannover. Das ist nicht ohne einen gewissen Beigeschmack, denn Olaf Lies (SPD) und Ralf Meister (evangelische Kirche) waren in der Vergangenheit klimapolitisch nicht immer ohne Sünde.

Und ganz so wie in der euphorisch zugespitzten epd-Überschrift werden Minister

„Wir sind die Generation, die das lösen muss“

Olaf Lies (SPD), niedersächsischer Umweltminister

und Bischof nicht auftreten. „Herr Lies und Herr Meister gehen am selben Startpunkt los“, sagt Benjamin Simon-Hinkelmann, Pressesprecher der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. Es sei aber keine gemeinsame Aktion.

Im Gegensatz zum Minister ist der Bischof von den Fridays for Future (FFF) Hannover jedoch eingeladen worden, an einem der Startpunkte des Sternmarschs zu sprechen. Die Kirche habe sich nicht an die Beteiligung anbieten wollen, sagt

Simon-Hinkelmann. Nach dem Aufruf der Fridays for Future an die gesellschaftlichen Organisationen, mitzumachen, habe die Kirchenführung an die Gemeinden appelliert, sich zu beteiligen.

In gewissem Sinne könnte man von einer Zurück-Einladung sprechen, denn im Mai hatte Meister die Fridays for Future eingeladen. Erstmals in seiner Amtszeit waren bei der Landessynode zwei Gastrednerinnen ans Pult getreten: Die Fridays-for-Future-Aktivistinnen forderten die Landeskirche auf, sich mehr für den Klimaschutz zu engagieren. Zwar hatte die Kirche unter Meisters Führung ein Klimaschutzkonzept beschlossen. „Doch wir setzen es nicht mit der Ernsthaftigkeit um, die wir angesichts der drängenden Notwendigkeit bräuchten“, räumte der Bischof ein.

„Unser Motto ist: Alle fürs Klima“, rechtfertigt FFF-Sprecherin Lou Töllner die Einladung Meisters. Solange sich die Kirche den Klimaschutz-Forderungen anschließe, könne das nur positiv sein.

Dabei hatte der Bischof lange einen gewissen Nachholbedarf. 2011 machte er von sich reden, weil er in einem Vergleich der Deutschen Umwelthilfe unter den Bischöfen das klimaschädlichste Auto fuhr, einen VW-Phaeton. Über die Jahre hat er sich zwar stark verbessert, doch im vergangenen Jahr war er immer noch unter den größten Sündern: Platz 37 von 45. Mit-

terweile habe er ein besseres Auto, versicherte sein Sprecher.

Olaf Lies machte mit seinem Amtswechsel einen gewaltigen Sprung in puncto klimafreundlich fahren. 2017 war der Dienstwagen des damaligen Wirtschaftsministers der elftschlechteste unter den 300 Dienstwagen aller Landesminister und Ministerpräsidenten. 2018 hatte der Wagen des jetzigen Umweltministers den geringsten CO₂-Ausstoß.

Lies scheint tatsächlich eine Entwicklung durchgemacht zu haben. Vor einem Jahr hat er noch ein Papier mehrerer Bundesländer unterzeichnet, das sich gegen den schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung richtete. „Die Forderung, morgen alle Kohlekraftwerke abzuschalten, ist doch absurd“, sagte er damals im Landtag.

Ein Jahr später forderte Lies die Bundesregierung auf, einen nationalen Generalplan für den Klimaschutz zu entwickeln. Auch einen Kohleausstieg vor dem bisher geplanten Ende 2038 befürwortete er. „Unser ehrgeiziges Ziel muss 2030 sein“, sagte der Umweltminister. Besonders wichtig sei dabei der Schutz der CO₂-speichernden Wälder und Moore.

Er werde an der heutigen Demonstration zum Weltklimatag teilnehmen, weil dieser nicht mehr nur für Fridays for Future sei, sondern zeige, dass der Klimaschutz in allen gesellschaftlichen Gruppen angekommen sei, sagte Lies der taz. Der Klimaschutz habe eine elementare Bedeutung und sei einer der ganz großen Herausforderungen. „Wir sind die Generation, die das lösen muss.“

Klimasünder

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) veranstaltet regelmäßig Dienstwagen-Umfragen.

Unter den Bischöfen belegte der hannoversche Landesbischof Ralf Meister 2011 mit seinem VW-Phaeton und 224 Gramm CO₂ pro Kilometer den letzten Platz. 2018 lag er mit einem Audi Q7 und 137 Gramm auf dem 37. von 45 Plätzen. Er hat aber schon ein neues Auto.

Unter den Umweltministern lag Lies 2018 mit seinem Audi A3 Sportback und 94 Gramm auf Platz eins.

Der Vergleich zeigt genormte Emissionen, nicht die realen.

südwest

Gott sei Dank

Seit Jahren haben die katholische und die evangelische Kirche mit sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen. SchülerInnenzahlen im Religionsunterricht gehen auch zurück. In Niedersachsen lag 1990 die Zahl der TeilnehmerInnen am Religionsunterricht bei 84,4 Prozent, aktuell sind es 75 Prozent. **Keine große Sache**, findet die Oberlandeskirchenrätin von Hannover, Kerstin Gäfgen-Track. Wie sie erklärt, sei das Interesse am christlichen Religionsunterricht in Niedersachsen **nach wie vor stabil**. Viele konfessionslose SchülerInnen besuchten den Unterricht – das spreche für die Qualität und Stabilität des Fachs. Gott sei Dank bleibt also die Nachfrage zumindest hier groß genug, um die **Zukunft der Kirchen auf dem Markt der Religionen zu sichern**.



Das Meer kommt: Weltweit liegt heute der Meeresspiegel etwa 20 Zentimeter höher als noch 1900, weil Gletscher schmelzen, das Wasser sich erwärmt und teilweise das Land absinkt. An der Nordsee steigt der Pegel jedes Jahr um zwei Millimeter. Die Helgolandfähre liegt während einer Sturmflut im Hafen von Cuxhaven, Januar 2019
Foto: Zou Shan/Imaginechina/laif

Orte des Klimawandels Cuxhaven

Agrarlobby verhindert Fortschritt

Massentierhaltung wird in Niedersachsen vor allem von der CDU getragen, deren Vertreter auch in den Bauernverbänden sitzen. Für einen Wandel müssten sich Bauern widersetzen

Von Inga Kemper

Niedersachsen ist das Land der Massentierhaltung und Deutschlands größter Fleischproduzent: Jedes dritte Schwein aus Deutschland wird hier gemästet. Damit das so bleibt, setzen sich Agrarfunktionär*innen für die Interessen der Big-Player ein, also der wenigen Großkonzerne wie zum Beispiel die Geflügelriesen Wiesenhof und Rothkötter. Dabei werden sie vom Deutschen Bauernverband (DBV) und der CDU massiv unterstützt. Kleine Höfe gehen hingegen leer aus, was nicht nur Landwirt*innen, sondern auch Umweltschützer*innen Sorge bereitet.

Eine im April veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Uni Bremen legt offen, dass wenige Funktionär*innen an Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft sitzen und dort Verordnungen gegen wissenschaftliche Empfehlungen treffen. Ein Beispiel sind die lange lasch gehaltenen Düngeregeln, die zur Nitratverseuchung des Grundwassers führen. Ein anderes staatliche Subventionen für Agrarriesen, wie den größten Schlachthof Europas in Wietze bei Celle, der mit 6,5 Millionen Euro EU-Geldern gefördert wurde.

Ein bekanntes Gesicht der Agrarlobby in Niedersachsen ist Franz-Joseph Holzenkamp, der nicht nur bis 2017 CDU-Bun-

destagsabgeordneter war, sondern auch wichtige Gremienposten in der Agrarindustrie bekleidet. Während der Debatte zur Gülleverordnung setzte er sich vehement gegen eine von Wissenschaftler*innen geforderte Verschärfung der Grenzwerte ein.

Kein Zufall, dass Holzenkamp gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender bei einem der größten Düngemittelhändler Deutschlands, der „Agravis AG“ war, die sein Gehalt während der Verhandlungen von 7.000 auf 15.000 Euro aufstockte. Wie viele Politiker*innen in der CDU hatte auch er im Laufe seiner Karriere eine wichtige Position im niedersächsischen Bauernverband „Landvolk“ inne. Durch die Posten in wichtigen Gremien verhindern Lobbyist*innen, dass ein Wandel zugunsten des Klimaschutzes in der Landwirtschaft auf den Weg gebracht werden kann.

Denn nicht nur für Tiere, sondern auch für die Umwelt ist Massentierhaltung fatal: Sojafutter wird aus der Regenwaldregion in Südamerika importiert, im größten Futtermittelhafen Niedersachsens in Brake gesammelt und dann verfüttert. Die Gülle der vielen Tiere landet auf den Feldern oder in den Flüssen, sickert ins Grundwasser und landet im Meer. Bereits 60 Prozent der niedersächsischen Fläche ist nitratbelastet.

Kleine Höfe, die ihre Tiere mit eigenem Heu füttern, ha-

ben es immer schwerer, sich ohne große Subventionen über Wasser zu halten. Das führt zu einem Hofsterben. Die Betriebe, die übrig bleiben, kaufen das Land auf und werden größer, um auf dem Markt mitzuhalten. Dabei sind es gerade kleine Bauernhöfe, die nachhaltige Landwirtschaft betreiben.

Aber Betreiber*innen von Großmastbetrieben profitieren laut dem ehemaligen Land-

„Die Bauern, die für Betriebe wie Rothkötter arbeiten, haben kaum Handlungsfreiheit“

Christian Meyer, Ex-Landwirtschaftsminister (Grüne)

wirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) auch nicht von der Lobbypolitik: „Die Bauern, die für Betriebe wie Rothkötter arbeiten, haben kaum Handlungsfreiheit und sind am Ende nur Lohnmäster.“ Der Konzern schreibe ihnen beispielsweise vor, wie viele Tiere sie halten und welches Futter sie kaufen müssten. Aus den Verträgen wäre es außerdem schwierig auszustiegen.

Trotzdem allem sind rund 90 Prozent der Bäuer*innen Mitglied im Niedersächsischen Bauernverband „Landvolk“. „Kreisstellen des Landvolkes bieten

Rechts- und Sozialberatung und haben oft auch ein Steuerbüro. Sobald man nicht im Bauernverband ist, wird man schlechter oder gar nicht beraten“, sagt Ulrich Jasper, der sich in der unabhängigen „Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft“ für faire Erzeuger*innenpreise und einen Umbau in der Tierhaltung einsetzt. Obwohl sich der Verband für kleine Betriebe stark macht, entscheiden sich die meisten Bäuer*innen für eine Mitgliedschaft beim „Landvolk“.

Jasper kann auch den Unmut der Bäuer*innen verstehen, die gegen die Politik von Theoretiker*innen aus den Städten wettern: „Die Kunden sehen die Defizite und formulieren Anforderungen. Da fehlt aber eine vermittelnde Instanz, die sagt was praktisch möglich ist.“ Er will sich für eine klimaneutrale Landwirtschaft einsetzen, in der es nicht nur um Profite geht. „Dafür müsste sich die Politik ändern und die Bauern im Bauernverband mutiger werden, sich zu widersetzen.“

Doch solange Agrarwirtschaft, Bauernverband und Politik an einem Strang ziehen, ist ein Umbau der Landwirtschaft und die Abschaffung der Massentierhaltung kaum realisierbar. Über eine von der CDU geforderte freiwillige „Tierwohlprämie“ könnten sich höchstens die Verbraucher*innen freuen, denen das schlechte Gewissen beim Blick auf das Siegel genommen wird.

Oberkan

So ein gewöhnliches Hochwasser bringt jedes Landunter für die BewohnerInnen

Von Hallig Hooge
Sven-Michael Veit

Abwechselnd schaufeln die beiden großen grünen Bagger die Kleie den Hang hinauf. Röhrend verteilt eine Planierdraupe den Modder auf dem Hügel neben den Reetdachhäusern. Das Dröhnen der schweren Maschinen liegt über der Hallig Hooge, die CO₂-Bilanz dieser Arbeiten dürfte desaströs sein. Aber der Zweck heiligt auch hier die Mittel, und er lautet, die Hallig zu retten.

„Zumindest für die nächsten 100 Jahre“, sagt Michael Klisch, Leiter der Schutzstation Wattenmeer auf der Hallig. „Viel länger wird das wohl nicht gutgehen“, befürchtet der 53-jährige Geograph. Denn wenn der Meeresspiegel der Nordsee steigt, gehören die flachen, ungeschützten Halligen vor der nordfriesischen Westküste zu den ersten Opfern des Klimawandels. „Das Wattenmeer wird ertrinken“, hatte vor vier Jahren der damalige grüne Umweltminister Robert Habeck prophezeit – sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Um mindestens 26 Zentimeter, vielleicht sogar um 82 Zentimeter, könnten die Pegel an Nord- und Ostsee bis zum Ende des Jahrhunderts noch ansteigen, hatte der Weltklimarat 2013 in seinem Bericht vorgerechnet. Der Kieler Klimaforscher Mojib Latif hält das noch für zu optimistisch. Er geht von einem Meter Anstieg aus.

Und deshalb kämpft das Land Schleswig-Holstein mit dem Programm „Hallig 2050“ gegen die drohenden Fluten. Die Hanswarft, die größte der neun bewohnten Wohnhügel auf Hallig Hooge, wird verstärkt und auf 5,80 Meter erhöht. Sie ist die am dichtesten besiedelte



Schwappt rüber: Hochwasser auf Hallig Hooge
Foto: Helene Hinrichsen

Warft, 30 Häuser von 23 Eigentümern stehen hier, rund 500 Touristen kommen Tag für Tag. Hier befinden sich das Gemeinde- und Tourismusbüro, das Sturmflutkino, das Souvenirgeschäft, das Naturkundehaus der Schutzstation Wattenmeer mit Aquarium, Ausstellung und Seminarräumen. Und seit Anfang Juli gibt es hier einen neuen Supermarkt mit Schutzraum für Katastrophenfälle, einem an die Telemedizin angekoppelten Krankenpflegeraum und drei Wohnungen im Obergeschoss.

„Die Halligen sind für uns wichtig, gerade beim Küstenschutz spielen sie eine große Rolle“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther

Entspannen ...
in der Sauna, im
Floatarium, im Wald,
am Kamin

Kenners Landlust

Dübbekold Nr 1
29473 Gohrde
Tel.: 0 58 55 - 97 93 00

Kenners Landlust
das klimaneutrale BIO-Hotel
klimafreundlich mit dem HVV zu erreichen

www.kenners-landlust.de

UNABHÄNGIGE ENERGIEBERATUNG

Wir beraten zu: Energieeinsparpotentialen, Fördermöglichkeiten, Einsatz erneuerbarer Energien, u.v.m.

Unsere fachkundigen Beraterinnen und Berater beantworten gern Ihre Fragen!

Terminvereinbarung kostenfrei unter
0800 - 809 802 400
www.verbraucherzentrale-energieberatung.de

Gefördert durch das BMWi.

verbraucherzentrale
Energieberatung
verbraucherzentrale
Niedersachsen

PURPUR
WOLLE & NATURTEXTILIEN

Klimafreundlich und modisch!

Stricken ist nachhaltig und macht Spaß – vor allem, wenn die Wolle fair und klimafreundlich produziert wird. Deshalb im Sortiment von Purpurwolle: zertifizierte Öko-Handstrickgarne!

Heußweg 41 b (Karl-Schneider-Passage) • 20255 Hamburg
Mo-Fr: 10-19 Uhr • Sa: 10-16 Uhr • Tel. 040/4904679 • purpurwolle.de

te Unterlippe

gt auf Hallig Hooge niemanden aus der Ruhe. Dennoch bedeutet n Mühe und Gefahr. Und die Sturmfluten rollen immer häufiger heran

(CDU), der zur Eröffnung eigens angereist war, um sich über die Warftherhöhungen zu informieren. Denn an den Halligen und den vorgelagerten Sänden Süderoogsand, Norderoogsand und Japsand wird die Energie der Sturmfluten so abgeschwächt, dass die Menschen an der Festland-Küste besser geschützt sind. Darum sei der Erhalt der Halligen im Interesse aller Schleswig-Holsteiner, sagte Günther und kündigte weitere Investitionen an: „Wir stehen zu unseren Verpflichtungen.“ Sehr zur Freude von Bürgermeisterin Katja Just, für die die Hallig Natur- und Kulturerbe zugleich ist: „Die Frage stellt sich nicht, ob es sich lohnt, hier zu investieren“, sagt die 45-Jährige. „Sonst könnten wir gleich allesamt die Koffer packen.“

Am Nikolaustag 2013 hatte der Orkan „Xaver“ an der Nordseeküste mit einer schweren Sturmflut von 4,50 Metern über Normalnull gewütet. Alle Halligen, auch Hooge, wurden überschwemmt, bei etlichen Warften schwappten die Wellen an die Haustüren, das Wasser stand Oberkante Unterlippe. Aderthalb Jahre später beschloss die rot-grüne Landesregierung die „Wattenmeer-Strategie 2100“ und damit ein Programm zur Verstärkung und Erhöhung von Warften auf den Halligen und Deichen auf den Inseln und an den Festland-Küsten.

Nicht nur auf Hooge, auch auf Langeness und Nordstrandischmoor wird je eine Warft erhöht, für Gröde wird das noch geplant. Über die nächsten Jahre sollen 17 bewohnte Warften auf den Halligen, die als zu niedrig gelten, gesichert werden, 85 Millionen Euro sind dafür im Landeshaushalt vorgesehen.

Auf Hooge begannen die Arbeiten am 22. April, am 27. September sollen sie beendet sein. An die vier Millionen Euro kostet die Aufschüttung



des 7.000 Quadratmeter großen „Plateaus“, wie Klisch es nennt, im Nordwesten der Hanswarft. 95 Prozent zählt das Land, den Rest die Gemeinde. 22.000 Kubikmeter Sand, aufgespült aus der Nordsee vor Sylt, und Kleieboden von der Hallig selbst werden dafür gebraucht. Was dann passiert, ist indes noch unklar.

Auf dem Plateau will die Gemeinde zwei Häuser errichten, „unsere Wohnjoker“, sagt Bürgermeisterin Just. Dort könnten WarftbewohnerInnen vorübergehend unterkommen, die ihre alten Häuser sturmflutsicher machen wollen. Offen ist die Methode. Eine Möglichkeit wäre, das alte Haus Stein für Stein abzubauen, das Grundstück aufzuschütten und das Haus originalgetreu wieder zu errichten. Eine andere Option könnte sein, das Haus um ein Stockwerk zu erhöhen und das bisherige Erdgeschoss zum Keller zu machen.

Bei mehreren Häusern an der Südwestflanke, wo die Warftkante ebenfalls erhöht wurde, ist vom Erdgeschoss nur noch die Oberkante der Fenster zu erkennen, der schwarze Kleiehang davor verdeckt die Sicht. „Wie der Rand einer Suppenschüssel“, sagt Klisch. Ungeklärt ist vor allem, wer bei der Erhöhung von Privatgrundstücken die Kosten trägt. Die Aufschüttung, der Neubau, der Verdienstausschlag für Pensionen und Restaurants – da müsste das Land sich zumindest beteiligen, findet Just. Und für das Heimatmuseum und den denkmalgeschützten Königspesel, eine Friesenstube mit der Wohnkultur des 18. Jahrhunderts, sei ohnehin das

Land „finanziell in der Pflicht“, sagt die Bürgermeisterin.

Einen weiteren Vorschlag für den Halligschutz machte voriges Jahr die Umweltstiftung WWF. Die Halligen sollten wieder mehr und häufiger überflutet werden, schlug Jannes Fröhlich vom WWF-Wattenmeerbüro in Husum vor. „Und zwar gerade weil der Meeresspiegel steigt.“ Denn nur durch die Ablagerungen von Sedimenten bei Landunter könnten sie in die Höhe wachsen und salzig bleiben. Auf Hooge und Langeness mit ihren relativ hohen Sommerdeichen seien die charakteristischen und ökologisch bedeutsamen Salzwiesen bereits heute stark ausgesüßt und lägen zu niedrig, sagt der WWF-Experte für Wattenmeerschutz.

„Die Ufer müssen auch zukünftig gegen den Abbruch durch Wellen und Strömung geschützt werden“

Jannes Fröhlich, WWF-Wattenmeerbüro

Fröhlich verweist darauf, dass die Salzwiesen die Brutgebiete von mindestens 60.000 Austernfischern und Küstenseeschwalben sind sowie in Frühjahr und Herbst Raststätte für Hunderttausende Ringelgänse und andere Zugvögel. Und auf Norderoog brüten etwa 3.000 Paare Brandseeschwalben – rund 70 Prozent des deutschen Bestandes. Sie alle seien von den Salzwiesen abhängig, deshalb müssten diese bewahrt werden.

„Die Ufer müssen auch zukünftig gegen den Abbruch durch Wellen und Strömung geschützt werden“, sagt Fröhlich. Doch werden die Halligen seltener als bisher überflutet, werde weniger Schlick und Sand aufgespült. In der Konsequenz würden sie deutlich langsamer wachsen als der Meeresspiegel ansteigt, das würde sie zur leichten Beute des Klimawandels machen. Deshalb sollten die Sommerdeiche so umgestaltet werden, dass es häufiger zu leichten Überflutungen kommen könne.

Die Nordküste von Hooge wäre dafür gut geeignet. Hier wogt Anfang September das Abendhochwasser zwei Tage in Folge mit Nachdruck an den 1,50 Meter hohen Steindeich. Bei Windstärke 6, in Böen 8 aus Nordwest drückt die Nordsee auf den Damm, einige Wellen schwappen auch rüber in den Seglerhafen. So ein gewöhnliches Hochwasser bringt hier niemanden aus der Ruhe. Im Westen aber, hinter Japsand, macht das Fernglas die weiß-gischtingigen Brecher sichtbar, die auf die Sände zuschäumen. Was davon hier an der Hallig ankommt, ist vergleichsweise bescheiden.

Jedes Landunter indes beschert den BewohnerInnen auf den Halligen Mühe und Gefahr. Sie müssen Kühe, Schafe und Pferde in die Ställe auf den Warften bringen, Strandkörbe und Toilettenwagen sichern, und bei den seltenen sommerlichen Hochwassern verlieren sie das Heu auf den Wiesen. Langeness wird 20 bis 30 Mal pro Jahr überspült, die kleine Hallig Gröde noch häufiger, Hooge deutlich seltener. In der Pension „Hus Halligblick“ auf der Backenswarft notiert Wirtin Katrin Brogmus jedes Landunter auf einer Kreidetafel vor dem Frühstückstisch. Mal drei, mal fünf Überflutungen sind in den vergangenen Jahren verzeichnet, im stürmischsten Jahr 2017 waren es acht, und da kam der erste Herbstorkan ungewöhnlich früh bereits am 12. September. In diesem Jahr stand die Nordsee erst zweimal auf der Hallig, am 8. Januar und am 4. März. Aber dabei wird es wohl nicht bleiben, die Sturmflutsaison beginnt jetzt erst.

Halligen verschwinden und entstehen neu, das ist seit Jahrhunderten der Rhythmus an Schleswig-Holsteins Westküste. Die Reste der Hallig Jordsand nordöstlich von Sylt, nach der ein Naturschutzverein sich benannte, wurden vor 20 Jahren vom Meer verschluckt; im Watt zwischen Amrum und Föhr wächst seit Kurzem die Kormoran-Insel, bisher nur eine Sandbank, gespeist von den Abbrüchen am Kliff an der Hörnum Odde im Süden Sylts. Nordstrandischmoor und Südfall sind ebenso wie die Inseln Pellworm und Nordstrand Reste der großen Insel Strand, auf der einst das sagenumwobene Rungholt lag. 1634 wurde sie von der Nordsee in Stücke gerissen.

„Schwimmende Träume“ hat Nordfrieslands Dichterstürm Theodor Storm die Halligen einst genannt. Im Klimawandel drohen sie zu Albträumen zu werden.

„So lange wie möglich schützen“

Hooges Bürgermeisterin Katja Just ist erst vor 20 Jahren auf die Hallig gezogen. Ein Interview über den Nationalpark und die Frage, wie dieser Lebensraum bewahrt werden kann

Interview **Sven-Michael Veit**

taz: **Frau Just, ist die Hallig Hooge noch zu retten?**

Katja Just: Für die nächsten 100 Jahre ja. Aber nur mit Küstenschutzmaßnahmen.

Das bedeutet einen beträchtlichen Aufwand, auch finanziell.

Der Aufwand ist in der Tat hoch, das stimmt. Aber die Frage, ob es sich überhaupt lohnt, stellt sich nicht.

Warum nicht?

Die Halligen sind ein herausragendes Natur- und Kulturerbe, nicht nur für Norddeutschland. Sie sind einzigartig auf der Welt, es gibt überhaupt nur zehn und alle liegen sie hier im Wattenmeer vor Nordfriesland. Und nebenbei sind die Halligen selbst auch ein Bollwerk des Küstenschutzes für das Festland.

Sie sind aus Ihrer Sicht als Kulturraum erhaltenswert?

Ja, definitiv. Wir leben hier in einem Unesco-Weltnaturerbe und sind umringt von einem Nationalpark, das sagt doch alles.

Was denken Sie, wie Hallig Hooge in 30 Jahren aussehen wird?

Das wüsste ich auch gerne. Ich gehe zumindest davon aus, dass Hooge dann noch bewohnbar und auch bewohnt ist, eben auch wegen der erhöhten Warften. Aber wie es genau aussehen wird? Da habe ich mir tatsächlich noch kein Bild gemalt.

Nicht wenige glauben, dass die Halligen in spätestens 100 Jahren eh untergegangen sein werden.

Das fürchte ich auch, zumindest die unbewohnten wird es dann wohl nicht mehr geben. Aber wenn ich mir jeden Tag vor Augen halte würde, dass es diesen Lebensraum in gar nicht so ferner Zukunft nicht mehr geben wird, dann wäre das Leben doch nur deprimierend. Unsere Aufgabe heute muss sein, das was da ist, so lange wie möglich zu schützen und zu erhalten.

Aber wenn die Meeresspiegel wie befürchtet ansteigen, werden irgendwann die Warften die Halligen sein.

Ja, das stimmt wohl. Dann haben wir fast 40 Mini-Halligen an der schleswig-holsteinischen Westküste. Aber diese Entwicklung müssen wir mitgehen.

Sie sind erst vor 20 Jahren auf die Hallig gezogen. Eine gute Entscheidung?

Selbstverständlich. Die beste, die ich jemals getroffen habe.



Foto: Helene Hirnrichsen

Katja Just

45, geboren und aufgewachsen in München, die ausgebildete Kauffrau zog im Jahr 2000 nach Hooge, vermietet dort Ferienwohnungen, ist Schriftstellerin und seit Mai 2018 Bürgermeisterin (Wählergemeinschaft Hooge) der Hallig.



CLIMATE2020

klimaneutrale Onlinekonferenz
23. – 30. März 2020, www.dl4sd.org

Open-Access-Fachartikel,
Webinare, Klimaprojekte, Onlinekurse
grenzenloser Dialog mit Wissenschaft,
Politik, Wirtschaft & Gesellschaft

Unterstützer u.a.: Hamburg Open Online University, United Nations Environment Programme | UNESCO | Sahara and Sahel Observatory | World Meteorological Organisation | KlimaInvest Green Concepts GmbH

KLIMAKRISE?
ENDLICH KARIBIKFEELING
IN DEUTSCHLAND!

FÜR ALLE, DIE WAS MERKEN.



HELDENMARKT

DIE MESSE FÜR ALLE, DIE WAS BESSER MACHEN WOLLEN.
ÜBER 1000 PRODUKTE. OHNE KLIMAKILLER.

21./22. SEPTEMBER 2019 IN HANNOVER.
CONGRESS CENTRUM.

#FUERALLEDEIEMERKEN

HELDENMARKT.DE

Wir machen Ihr Haus CO₂-neutral:

- Mini-Windräder
- Solarstrom
- Solarheizung
- Smart Home
- Thermos-Speicher
- Kaminofenkessel oder Pelletkessel oder Wärmepumpe
- Stromspeicher
- Solartankstelle



ad fontes

Elbe-Weser
Drangstedter Str. 37
27624 Geestland
Tel. 04745-5162

Lüneburg
Südergellerser Str. 5
21394 Kirchhellern
Tel. 04135-8333

Hamburg
Gaußstraße 158
22765 Hamburg
Tel. 040-430 60 41

www.adfontes.de

WIR KÄMPFEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ!

Unser Grünes Klimaschutz-Gesetz für Niedersachsen: Radikal umsteuern für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen!

- Klimaschutz wirksam in die Landesverfassung
- Klimavorbereitung für alle Gesetze & Maßnahmen
- 1 Milliarde Euro für einen Klimafonds
- Wind- & Solarenergie deutlich ausbauen
- Gebäude energetisch sanieren
- Mobilitätswende für mehr Bus, Bahn & Rad
- Landwirtschaft ökologisch umbauen
- Moore & Wälder schützen

Mehr Infos unter:
www.glt.n.de/klimaretten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

V.i.S.d.P.: Andreas Moser, Grüne Landtagsfraktion Niedersachsen, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover.



Flugzeuge nur von unten zuschauen: Für Lars Jessen eine Befreiung
Foto: Federico Gambarini/dpa

„Man muss es einfach nicht machen“

Lars Jessen verzichtet schon lange aufs Fliegen. Der Regisseur über sein Schlüsselerlebnis, sarkastische Anfeindungen und über Zugstolz statt Flugscham

Interview Friederike Gräff

taz: Wann haben Sie sich das letzte Mal über Ihren Entschluss, nicht zu fliegen, geärgert, Herr Jessen?

Lars Jessen: Ich habe mich darüber noch nie geärgert. Ich finde das eine Befreiung. Wenn man einmal einen Grundsatz gefasst hat, muss man sich nicht mehr mit Abwägungsfragen auseinandersetzen.

War der Weg schwierig?

Die einzige Schwierigkeit ist die sarkastische Anfeindung der Mitmenschen. Es ist ja oft so, dass Menschen bestimmte positive Entscheidungen treffen, ohne sie in aller Perfektion ausüben zu können. Und in dem Moment, in dem man einen ganz kleinen Fehler macht, hacken viele darauf herum und sagen: Du bist nicht perfekt – also kannst du mir gar nichts erzählen und ich kann so weitermachen wie bisher.

Wie muss man sich das vorstellen: Leute, die wissen, dass Sie nicht fliegen, Sie dann aber an der Hamburger-Bude treffen und das anprangern?

Ja, solche Dinge. Die Erwartung ist, dass man immer in sich 100% konsistent sein muss. Ich will aber nicht jammern. Der Verzicht auf das Fliegen ist wahnsinnig einfach. Man muss es einfach nicht machen und den Blick darauf lenken, welche Vorteile man dadurch hat: zum Beispiel, dass man auf einer Zugfahrt von Hamburg nach München schön arbeiten kann. Zugstolz statt Flugscham sozusagen.

Versuchen Sie, andere zum Nicht-Fliegen zu bringen?

Wir haben gerade in unserer Branche als Geschichtenerzähler die Möglichkeit – und daraus abgeleitet auch eine Verantwortung – darüber zu reden, was wir machen. Außerdem passt es zu meinem Charakter, dass ich mich gerne äußere und auch versuche, andere mitzureißen.

Auch wenn ich da manchmal übers Ziel hinaus schieße und Leute überfordere.

Wie kommt man als Umwelt-Prediger in der Filmbranche an?

Ich glaube, dass sich sehr viele Menschen auf ihr Künstlertum beziehen, um sich so jeglicher Verantwortung zu entziehen. Ich empfinde es als peinlich, wenn man es als Ausrede dafür nimmt, sich selber als außerhalb der Gesellschaft stehend zu begreifen. Nach dem Motto: Ich trenne zu Hause meinen Müll, ich gehe in den Bioladen, aber sobald ich am Set bin, bin ich ein wichtiger Künstler, fahre mit dem Taxi, fliege nach Hause, weil ich da meine Badehose vergessen habe oder meine Kinder in die Kita bringen muss. Man hätte bei der Verleihung der Goldenen Kamera an Greta Thunberg mal fragen sollen, wie viele der ergriffen applaudierenden Prominenten zu diesem Zweck mit einem Kurzstreckenflieger angereist waren ...

Gab es ein Schlüsselerlebnis für Sie, um mit dem Fliegen aufzuhören?

Das war schon Mitte der 90er, als ich Dietrich Brockhagen kennenlernte, den Gründer des CO2-Kompensationsprojekts Atmosfair, und mir klar wurde, dass Fliegen exorbitant schädlicher ist als jede andere Art von Fortbewegung. Wenn man für sich in Anspruch nimmt, das eigene CO2-Konto zu reduzieren, muss man gucken, wo die großen Stellschrauben sind. Und das funktioniert nicht, wenn man den Müll trennt oder mit dem Rad zur Arbeit fährt und gleichzeitig jedes Jahr nach Sri Lanka in den Urlaub fliegt. Ich versuche zu gucken, wo ich ansetzen kann. Kein Fleisch zu essen und nicht zu fliegen sind zwei größere Räder, an denen ich einfach drehen kann.

Gab es Situationen, in denen Sie durch das Nicht-Fliegen etwas verpasst haben?

Ich sollte vor drei Wochen auf dem Filmfestival von Locarno für einen Kollegen einspringen und einen Vortrag zum Einsparen von Emissionen bei Dreharbeiten halten. Das habe ich abgelehnt, weil ich nur mit dem Flugzeug rechtzeitig hingekommen wäre. Hätten sie zwei Tage früher gefragt, hätte ich locker mit dem Zug hinfahren können. Wir müssen uns einfach von dem Gedanken befreien immer überall sein zu können, bzw. alles, was theoretisch möglich wäre auch durchzuziehen.

Gibt es auch Menschen, die Sie überzeugt haben?

Ja, ganz viele. Da dreht sich der Wind auch gesamtgesellschaftlich. Ich glaube, es geht ganz viel über Informationen. Wenn die Erkenntnis zugelassen wird, dass der Impact beim Fliegen um den Faktor zehn höher ist als beim Zufahren, dann geht ganz viel. Gerade gestern sagte mir jemand: „Ich habe verstanden, was du die ganze Zeit gemeint hast. Ab jetzt bin ich dabei.“ Er meinte, man sollte zum Flughafen fahren und dort Flugblätter verteilen – da kommt ein Aktionismus hinein, der mir natürlich gut gefällt.

Wie sehr legen Sie sich mit Leuten an, die fliegen?

Es gibt oft Diskussionen, die für mich Rechtfertigungsdiskussionen sind: Ich hab ja mein Haus auf Mallorca, wie soll ich da hinkommen? – Vielleicht kein Haus auf Mallorca haben, kann man sagen, ist vielleicht auch ein bisschen arrogant. Ich laufe nicht mit einem Schild um den Hals herum, ich halte aber auch nicht mit meiner Meinung hinterm Berg, wenn mir jemand erzählt: Ich war übers Wochenende beim Shopping in London oder ich fliege jedes Jahr um die Welt, damit die Kinder mal dieses und jenes gesehen haben. Gerade bei Leuten mit Kindern verstehe ich das nicht.

Man sieht ja immer mal wieder Eltern ihre Kinder aus dem SUV heben ...

Das sind die Widersprüche, die in uns allen liegen. Man sollte sich mehr mit Immanuel Kant und dem kategorischen Imperativ beschäftigen. Der hat vieles schon zu Ende gedacht. Mit meinen Worten: Niemand kann perfekt sein, aber man sollte sich redlich bemühen.

Wie sehen das Ihre Söhne? Wollen die auch mal Südafrika oder New York sehen und mit dem Schiff wird es nichts?

Die New-York-Reise haben wir tatsächlich gemacht, einmal im Leben. Das ist eine Weile her und in der Form würden wir es heute wohl auch nicht mehr machen. Letztes Jahr waren wir mit dem Zug auf Sizilien. Mein

jüngster Sohn macht gerade eine Klassenreise, die wurde nach Saloniki mit einem Ryanair-Billigflug für 29 Euro gebucht. Wir haben versucht, ihn per Zug nach Saloniki zu bringen, aber dann wäre er doppelt so lange unterwegs gewesen wie die Klasse dort ist. Der Kompromiss war, dass alle Mitreisenden ihre Flüge kompensieren. Immerhin hat die Schule jetzt beschlossen, dass es die letzte Klassenreise per Flugzeug war.

Waren Sie dann der Spaßverderber?

Ich bin das ja nicht selber. Ich stelle mich nicht hin und schreibe den 17-Jährigen vor, was sie machen sollen. Der Impuls kommt aus der Gruppe der

15- bis 22-Jährigen, oder noch jünger. Die sind nicht das Problem, das sind die Erwachsenen.

Auf Ihrem Twitter-Account findet man viele Posts zu Windkraft, zur Kritik an Kreuzfahrtschiffen und kaum welche zu Filmen. Wie kommt das?

Filme machen wir ja, das ist mein Beruf und ich bin nicht für die Promo meiner Sachen zuständig. Das können andere viel besser. Ich versuche mich lieber als Bestandteil der Gesellschaft zu definieren.

Sehr angenehme Position.

Ich bin erfolgreich und bin dafür sehr dankbar. Wer, wenn nicht Leute in meiner Position, können sich dafür einsetzen, dass die Welt nicht untergeht?



Foto: dpa

Lars Jessen

50, der Regisseur lebt in Hamburg. Er drehte unter anderem die Kinofilme „Fraktus“, „Der Tag, als Bobby Ewing starb“ sowie mehrere Tatort-Folgen.

Anzeige

Mondays, Tuesdays, Wednesdays, Thursdays, Fridays, Saturdays, Sundays for Future.

Mit dem HVV 365 Tage im Jahr klimafreundlich unterwegs.

Komm gut nach Hause



hvv.de

Anzeige

#moinkunft

Hamburger Klimafonds

Klima-Ideen? Her damit!



Jetzt bewerben:

www.moinkunft.hamburg/klimafonds

HAMBURGER KLIMA SCHUTZ STIFTUNG



„Was jetzt passiert, ist eine Katastrophe“

Gärtnern ohne ökologisches Bewusstsein ist eigentlich unmöglich, finden Hille Ahlers und Cordula Hamann: Die Aktivistinnen der Arbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe schildern, wie sie dem Klimawandel täglich begegnen

Interview **Teresa Wolny**

taz: Frau Hamann und Frau Ahlers, Sie haben 1986 die Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe, kurz Baseg, mitbegründet. Gab es damals in der Branche bereits Diskussionen über das Klima?

Cordula Hamann: Klar ging es damals in der Diskussion um ökologische Themen vor allem um das Waldsterben und die AKWs. Klimawandel als Begriff gab es damals aber noch nicht. Das was jetzt passiert, ist wirklich eine Katastrophe und als Gärtner*innen sind wir so nah dran an dieser Klimakatastrophe, dass man sich dazu verhalten

trocknen dahin. In der Stadt sieht man auch vieles, was gefällt wurde, weil es umsturzgefährdet war.

Hamann: Rot- und Blutbuchen leiden in den letzten zwei Jahren ganz extrem. Einige Pflanzen hatten Anfang August schon die Herbstfärbung, die sie normalerweise erst Anfang Oktober bekommen.

Geht es kultivierter Natur genauso schlecht wie derzeit dem Regenwald?

Hamann: Bis auf wenige Flächen haben wir auf der Erde nur noch Kulturlandschaften. Unangetastete Natur gibt es fast nicht mehr. Das ist so, weil auf dieser Welt Menschen leben, die in den Lebensraum eingreifen,

Ahlers: Auch die Natur verändert sich ständig. Wenn wir nichts machen würden, würde sie sich selbst anpassen, was aber die Pflanzenwelt verändert und natürlich auch Auswirkungen auf die Tierwelt und auf die Menschen hat.

Gibt es bei Ihren Kund*innen, für die Sie Gärten konzipieren, eine Aufmerksamkeit für das Thema?

Ahlers: Da hat sich auf jeden Fall etwas verändert. Da wir von Beginn an ökologisch arbeiten, hatten wir das in unserem Klientel zwar schon immer, es gibt aber immer mehr Leute, die sagen, dass sie etwas tun und etwa einen insektenfreundlichen Garten haben wollen. Schön wäre, wenn Stadtgrün auch mitziehen würde, der Rembertikreisel etwa könnte eine komplette Blumenwiese sein. Die zu pflegen ist außerdem viel leichter als ständig zu mähen. Da ist zwar schon ein bisschen was passiert, ich denke aber, es könnten noch viel mehr Flächen ökologisch umgestaltet werden.

Hamann: Es gibt Städte, die dabei als Vorbild dienen könnten. Die Stadt Andernach zum Beispiel hat als Stadtbegrünung

„Der Rembertikreisel etwa könnte eine komplette Blumenwiese sein“

Hille Ahlers, Aktivistin der Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe (Baseg)

Gemüse angebaut und alle dürfen ernten.

Anders als im Wald gibt es im Garten die Möglichkeit zu gießen.

Ahlers: Bewässerungssysteme nehmen zu, schon letztes Jahr kamen Firmen, die Pumpen gebaut haben nicht mehr hinterher. Viele Kund*innen wollen Rasen ständig wässern muss, damit er grün bleibt. Ich finde Rasen kann mal braun werden, der erholt sich relativ schnell wieder. Gerade Staudenpflanzung kann man aber anpassen und die Stauden dahin erziehen, dass sie tiefer wurzeln und sie so weniger Wasser brauchen. Dabei ist es wichtig, gerade nicht so viel zu gießen. Wenn man jeden Abend gießt, führt das dazu, dass Pflanzen nur oben wurzeln, weil sie dort genug Wasser haben, wenn der Boden immer feucht ist. Wenn dann mal das Gießen wegfällt, werden sie sofort trocken. Wird stattdessen von Anfang an nur alle vier bis fünf Tage gegossen, wurzeln die Pflanzen tiefer und versorgen sich selbst mit Feuchtigkeit.

Wie überzeugt man Leute, Brennnesseln im Garten wachsen zu lassen?

Ahlers: Es muss ja nicht im Schaubeet, sondern kann hinten beim Kompost sein. Die Falter, die auf Brennnesseln angewiesen sind gibt es sonst irgendwann nicht mehr, wenn wir die alle ausreißen. Außerdem finde ich Brennnesseln wunderschön.



Wo es blüht, da lass dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine, ähm, Darmwurz? Prächtige Korbblütler im Garten von Hille Ahlers und Cordula Hamann. Foto: privat/M:taz

ten muss und das tun wir in der Baseg am 20. September.

Wie kam es zu der Idee, am Klimastreik teilzunehmen?

Hille Ahlers: Jemand von der Baseg hat einen Entwurf rumgeschickt. Da wir basisdemokratisch funktionieren, konnte jeder noch etwas verändern, anfangs fehlte etwa die Forderung nach dem Atomausstieg. Für mich persönlich war klar, dass ich streike.

Hamann: Bei der Baseg gibt es einen klaren, politischen Hintergrund. Wir haben damals beim Irakkrieg auch einen Streik gemacht. Ich habe heute Morgen überlegt, dass ich es mir eigentlich nicht vorstellen kann, wie man Gärtner*in oder Gartenplaner*in sein kann, ohne ein ökologisches Bewusstsein zu haben.

Und wie wird gestreikt?

Hamann: Unterschiedlich. Es gibt die Überlegung, bei örtlichen Demos mitzumachen. Einige wollen stattdessen Müll auf sammeln oder Bäume pflanzen.

Inwiefern sind die Veränderungen für Sie als Gärtner*innen sichtbar?

Ahlers: Wenn man sich ein bisschen auskennt mit Pflanzen und mit offenen Augen durch die Gegend läuft, sieht man viel. Hainbuchen und Birken, heimische Gehölze, die hier immer standen, sehen jetzt katastrophal aus. Felsenbirnen, die eigentlich sehr resistent sind,

das ist per se ja auch noch nicht das Schlimmste. Brandrodung in einem begrenzten Rahmen kann mit der Asche und dem Regen ja sogar einen positiven Effekt auf die Fruchtbarkeit des Bodens haben. Aber gezüchtete Pflanzen, die es in unseren Gärten seit 100, 150 Jahren gibt, wachsen bald nicht mehr, weil sie mit der Trockenheit und der Hitze nicht mehr zurecht kommen. Gärtnereien vermehren und verkaufen diese deshalb teilweise gar nicht mehr – das hat mit dem Klima zu tun.

Besteht die Gefahr, dass einige Pflanzen aussterben?

Ahlers: Aussterben ist vielleicht zu viel gesagt, aber reduziert bestimmt. Es wird immer mehr in Richtung trockenheitsresistenter Gärten gehen.

Hamann: Und es geht dahin, dass einiges auch in Baumschulen und Staudengärtnereien aus dem Sortiment genommen wird, das schränkt die Vielfalt ein.

Könnte man heimische Pflanzen resistent züchten?

Hamann: Buchen etwa werden über Aussaat vermehrt. Bei bestimmten Exemplaren merkt man dann vielleicht, dass sie mit Trockenheit gut zurecht kommen, also bestimmte Eigenschaften entwickelt haben. Diese Pflanzen versucht man dann zu vermehren. Wenn dadurch eine neue Pflanze entsteht, die resistenter ist, würde die dann auch einen neuen Sortennamen bekommen.

Hille Ahlers, Cordula Hamann

Cordula Hamann, absolvierte eine Ausbildung zur Landschaftsgärtnerin und arbeitet selbstständig als Gartengestalterin in Bremen. Sie hält außerdem Vorträge über Gartengestaltung und Gartenkunst, schreibt Gartenbücher und organisiert Gartenreisen.

Hille Ahlers, studierte in Berlin Garten- und Landschaftsarchitektur. Als Diplom-Ingenieurin für Gartengestaltung ist sie ebenfalls in Bremen selbstständig in der Planung und im Gartenbau tätig.



F: Meinon Nickig (l.); Privat/M:taz

Anzeige

**SCHAUSPIEL
ISTANBUL**

Ein Sezen Aksu-Liederabend von Selen Kara, Torsten Kindermann und Akın Emanuel Şipal
Wiederaufnahme 22. September, Sa 12. und So 20. Oktober, Kleines Haus
THEATER BREMEN

das vorsitzenden-wahl-wetter

Der Bundesrat wählt heute Maïke Schaefer zur Vorsitzenden des Verkehrsausschusses. Bremen ist damit 2019 dran und Joachim Lohse halt nicht mehr im Amt. Unentschiedener als der Wahlausgang sind heiter-bis-wolkige 15 Grad

nachricht

Besser für Alleinerziehende

Die 14.300 Alleinerziehenden in Bremen sollen künftig mehr Unterstützung erfahren. Geplant sind etwa mehr Teilzeitausbildungen, bessere Beratung und eine Ausweitung der Betreuungszeiten, zum Beispiel durch Betreuung zu Hause. Bis März soll der Senat einen Aktionsplan vorlegen. (taz)

weltschmerz auf der hühnerleiter

